

Sozialethische Arbeitspapiere

des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften

ICS AP Nr. 8

Marianne Heimbach-Steins (verantwortl.), Alexander Filipović (verantwortl.), Josef Becker, Maren Behrens, Theresa Wasserer

GRUNDPOSITIONEN DER PARTEI „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ UND DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE IM VERGLEICH

Eine sozialethische Expertise

Juni 2017



Diese Expertise wurde erstellt auf Bitten und Anregung der Bevollmächtigten der katholischen Bischöfe gegenüber den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins
Institut für Christliche Sozialwissenschaften
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Hüfferstr. 27
48149 Münster

Prof. Dr. Alexander Filipović
zem::dg – Zentrum für Ethik der Medien und
der digitalen Gesellschaft
Hochschule für Philosophie München
Kaulbachstraße 31a
80539 München

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

Zusammenfassung einer sozioethischen Expertise i-iii

Einleitung 1

1 Koordinaten der politischen Programmatik der AfD 3

1.1 Hintergrundinformationen 4

1.2 Kernthemen 7

1.2.1 Demokratieverständnis 7

1.2.2 Sprache, Kultur und Identität 9

1.2.3 Drohszenarien: Multikulturalismus, Islam, Gender 10

1.2.4 Geschichtspessimismus und Krisenrhetorik 11

1.2.5 Fazit 12

2 Programmatik konkret: Analyse ausgewählter Themen 13

2.1 Familie und Kinder 13

2.1.1 Familienbild 14

2.1.2 Alter und Pflege 16

2.1.3 Demografiekrise 16

2.1.4 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche 17

2.2 Gender 19

2.2.1 Gender Mainstreaming, Gender Studies und "Gender-Ideologie" 20

2.2.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung 22

2.2.3 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche 22

2.3 Religion 24

2.3.1 Identitätspolitische Beanspruchung des „Christlichen“ 25

2.3.2 Feindbild Islam 25

2.3.3 Keine Religionsausübungsfreiheit für Muslime 26

2.3.4 Weder islamischer Religionsunterricht noch islamische Theologie an staatlichen Bildungseinrichtungen 29

2.3.5 Staatliche Toleranzpolitik vs. Religionsfreiheit als Grundrecht 31

2.3.6 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche 32

2.4	<i>Zuwanderung</i>	33
2.4.1	Asylrecht	33
2.4.2	Integration und Staatsangehörigkeit	35
2.4.3	Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche	36
2.5	<i>Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik</i>	37
2.5.1	Euro-Skepsis und Europa-Kritik	38
2.5.2	Verbindung von Wirtschafts- und Nationalkonzepten	39
2.5.3	Wirtschaft und Soziales	40
2.5.4	Wirtschaftsordnung	41
2.5.5	Sozialstaatsmodell	43
2.5.6	Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche	46
2.6	<i>Ökologie</i>	49
2.6.1	Nationale Interessen	49
2.6.2	Energie- und Umweltpolitik	50
2.6.3	Leugnung des anthropogenen Klimawandels	50
2.6.4	Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche	51
3	Doing Populism? Analyse und Bewertung der Kommunikationsweise der AfD	53
3.1	<i>Populismus als kritischer Begriff – eine theoretische Orientierung</i>	53
3.1.1	Populistische Ideologie (inhaltliche Ebene)	54
3.1.2	Populistische Formen und Strategien (äußere Merkmale)	56
3.2	<i>Die medienpolitischen Leitlinien der AfD</i>	58
3.3	<i>Anwendung kommunikativer Strategien des Populismus durch AfD-Vertreter</i>	59
3.3.1	Sprachanalytische Untersuchung	62
3.3.2	Populistische Strategien im internen AfD-Strategiepapier	63
3.3.3	Fazit	64
3.4	<i>Social Media Kommunikation der AfD via Facebook</i>	64
3.4.1	Algorithmen, Filterblasen und die antidiskursive Wirkung der Social Media	65
3.4.2	Die AfD funktioniert über Facebook – Beispiele und Analysen	67
3.4.3	Praktische Orientierung: Wie man eigene Filterblasen vermeidet	69
3.5	<i>Fazit: Benutzt die AfD Kommunikationsstrategien eines antidemokratischen Populismus?</i>	70

4	Potentiale der Hoffnung stärken - Schlussfolgerungen und Perspektiven	71
4.1	<i>Ängste und Ressentiments ernstnehmen, aber nicht schüren</i>	72
4.2	<i>Veränderungen mit Realismus und Solidarität begleiten</i>	72
4.3	<i>„Wir können die Dinge ändern“ – Plädoyer gegen Pessimismus</i>	74
4.4	<i>Freund-Feind-Denken überwinden – Identitäten stärken</i>	76
4.5	<i>Geschichte, Krise, Hoffnung</i>	78
4.6	<i>Umgang mit „Wahrheit“</i>	79
	Literaturverzeichnis	81
	<i>AfD-Quellen</i>	81
	Programme	81
	Reden	81
	Sonstige	81
	<i>Programme anderer Parteien</i>	82
	<i>Kirchliche Dokumente</i>	82
	<i>Sekundärliteratur</i>	84

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AL	Amoris laetitia, Nachsynodales Apostolisches Schreiben Franziskus'
ALFA	Allianz für Fortschritt und Aufbruch
AMJ	Ahmadiyya Muslim Jamaat (dt. Ahmadiyya Muslim Gemeinschaft)
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland (West, 1949-1990)
BWP	Bundestagswahlprogramm der AfD; sofern abweichend, jeweils mit gängigem Parteikürzel gekennzeichnet
CDU	Christlich-Demokratische Union
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
COMECE	Commissio Episcopatum Communitatis Europensis (dt.: Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union)
CSU	Christlich-Soziale Union
DBK	Deutsche Bischofskonferenz
DiH	Dignitatis humanae, Erklärung des II. Vatikanischen Konzils
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (türkisch: <i>Diyanet İşleri Türk İslam Birliği</i>)
EE	Ecclesia in Europa, Nachsynodales Schreiben Johannes Pauls II.
EEG	Erneuerbare Energien-Gesetz
EFDD	Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
EG	Evangelii Gaudium, Apostolisches Schreiben von Papst Franziskus
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ENF	Europa der Nationen und der Freiheit
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GP	Grundsatzprogramm der AfD; sofern abweichend, jeweils mit gängigem Parteikürzel gekennzeichnet
GS	Gaudium et spes; Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils
IB	Identitäre Bewegung
IfS	Institut für Staatspolitik
IPCC	International Panel on Climate Change
KKK	Katechismus der Katholischen Kirche
LKR	Liberal-Konservative Reformer

LE	Laborem exercens, Enzyklika Johannes Pauls II.
LS	Laudato si', Enzyklika von Papst Franziskus
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschland
OIC	Organization of Islamic Countries (dt. Organisation Islamischer Staaten)
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PL	Politische Leitlinien der AfD
PRO	Partei rechtsstaatlicher Offensive
PT	Pacem in terris, Enzyklika Johannes' XXIII.
PVV	Partij voor de Vrijheid
RN	Rerum novarum, Enzyklika Leos XIII.
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRS	Sollicitudo rei socialis, Enzyklika Johannes Pauls II.
SZ	Süddeutsche Zeitung
TISA	Trade in Services Agreement
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UKIP	UK Independence Party
WPTN	Landtagswahlprogramm der AfD Thüringen
WPSN	Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen
ZSG	Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Gemeinsames Wort von EKD und DBK

Grundpositionen der Partei „Alternative für Deutschland“ und der katholischen Soziallehre im Vergleich

Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise

Studie auf Bitten und Anregung der Bevollmächtigten der katholischen Bischöfe gegenüber den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Die vollständige Studie ist frei abrufbar unter: <https://www.uni-muenster.de/FB2/ics/publikationen/AP8.html>.

Autorinnen und Autoren: Marianne Heimbach-Steins (verantwortl.), Alexander Filipović (verantwortl.), Josef Becker, Maren Behrens, Theresa Wasserer

Beteiligte Institutionen:

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins
Institut für Christliche
Sozialwissenschaften
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Hüfferstr. 27
48149 Münster

Prof. Dr. Alexander Filipović
zem::dg – Zentrum für Ethik der Medien
und der digitalen Gesellschaft
Hochschule für Philosophie München
Kaulbachstraße 31a
80539 München

Einleitung

Die folgenden Thesen fassen zentrale Ergebnisse einer Studie zur Programmatik der Partei „Alternative für Deutschland“ zusammen; sie basiert vor allem auf der Analyse des Grundsatzprogramms, des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 sowie auf der Untersuchung ausgewählter Reden von Parteifunktionären und der Facebook-Nutzung der AfD. Die leitende Frage der Untersuchung ist: Wie verhalten sich grundlegende Positionen und politische Zielsetzungen der Partei zu den Positionen der katholischen Soziallehre? Ziel der Untersuchung ist es, Orientierungen für eine christlich fundierte Urteilsbildung und Hilfestellungen für den Umgang mit inhaltlichen und kommunikativen Herausforderungen anzubieten, denen Christinnen und Christen in der Auseinandersetzung mit den Positionen und dem Politikstil der AfD begegnen.

Die AfD definiert ihre Programmatik über Feindbilder und Krisen...

Die AfD ist als Partei aus einer Krise entstanden (der „Eurokrise“). Nach wie vor bilden Aspekte des Zeitgeschehens, die sie als krisenhaft wahrnimmt, die Dreh- und Angelpunkte ihres Programms. Islam, politische Eliten, Europa und Gender werden als diffuse Feindbilder entworfen und zu einer existenziellen Bedrohung Deutschlands überhöht. Innerhalb der einzelnen Feind-

bilder wird nicht differenziert (z. B. wird Islam nicht vom Islamismus abgegrenzt; die „Altparteien“ werden als „Meinungskartell“ dargestellt).

... und verweigert die Auseinandersetzung mit großen Zukunftsfragen,

Gesellschaftliche und weltpolitische Herausforderungen wie die Globalisierung, der Klimawandel oder die Veränderung sozialer Realitäten im Bereich der Familie werden entweder geleugnet oder ihnen wird durch das leere Versprechen, zu einer angeblich besseren Vergangenheit zurückzukehren, begegnet. Die AfD hat kein positives Verständnis von Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität in einer global vernetzten Welt.

...ohne zukunftstaugliche politische Lösungen anzubieten.

Bestimmte Einzelforderungen der AfD lassen sich auch in politischen Programmen anderer Parteien finden oder stammen ursprünglich aus diesen. Sie werden jedoch in einen programmatischen Gesamtrahmen gestellt, der im Vergleich zu anderen Parteien, vor allem aber im Vergleich zu einem christlichen Menschen-, Gesellschafts- und Geschichtsverständnis rückwärtsgerichtet und hoffnungsarm ist. Das Weltbild der AfD ist zutiefst pessimistisch.

Die AfD möchte eine „deutsche Identität“ sichern, ohne konkret zu sagen, was ihr an Deutschland eigentlich wichtig ist.

Die AfD verschreibt sich in ihrem Programm der Pflege deutscher Kultur, Identität und Sprache. Aber die allgemeinen Verweise auf abendländische Werte und Traditionen lassen im Unklaren, was genau sie bewahren möchte und weshalb. Auch in den kulturpolitischen Positionen der AfD wird eine vermeintlich bessere Vergangenheit beschworen, während eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zurückgewiesen wird. Die Stilisierung einer bestimmten ethnischen oder ethno-nationalen Zugehörigkeit als Wert an sich ist der katholischen Soziallehre mit ihren Orientierungen an der Würde jedes Menschen als Geschöpf, am (universalen) Gemeinwohl, an Solidarität und Gerechtigkeit fremd.

Die AfD steht für eine zutiefst unchristliche, ethno-nationale Bevölkerungspolitik.

Die AfD tritt zwar für die Unterstützung eines traditionellen Familienbildes und für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Diese Anliegen werden jedoch einem vorrangig bevölkerungspolitischen Interesse zugeordnet: Deutsche sollen zur Familiengründung angeregt, deutsche Familien und Kinder sollen gefördert werden, während in der Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik völlige Abschottung gefordert wird. Eine solche bevölkerungspolitische Ver zweckung der Familie widerspricht (trotz mancher ähnlich klingender Einzelaussagen) sowohl dem katholischen Familienverständnis als auch dem Eintreten für einen umfassenden Lebensschutz.

Die AfD steht im Spannungsverhältnis mit der Religionsfreiheit.

Die AfD bekennt sich zwar zur Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, bestreitet jedoch die Religionsausübungsfreiheit. Diese will sie für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger stark einschränken. Mit ihrer religionspolitischen Position steht sie in erheblicher Spannung zum Grundrecht auf Religionsfreiheit. Diese selektive Auffassung ist mit der modernen katholischen

Lehre über die Religionsfreiheit als Recht der Person – unabhängig vom konkreten Bekenntnis – nicht vereinbar.

Die AfD beruft sich auf die Soziale Marktwirtschaft, steht aber in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen nicht klar dafür ein.

Die AfD hat sich die ursprünglich christdemokratische Rede von der sozialen Marktwirtschaft und das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ angeeignet, ohne entsprechende Inhalte klar zu vertreten oder darzulegen, wie ihre Versprechen eingelöst werden sollen. Ihre Einzelpositionen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sind ein unübersichtliches Gemisch aus markliberalen und protektionistischen Forderungen. Dem Eintreten der katholischen Soziallehre für eine auf den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität gegründete Gesellschaftsordnung entsprechen weder markliberale noch protektionistische Positionen.

Die AfD nutzt populistische Kommunikationsstrategien.

Die AfD nutzt einen *populistischen* Politik-Stil, der das Profil der Partei in eigener Weise unterstützt. Zwar sind nicht alle Formen des Populismus per se abzulehnen, ein antidemokratischer Populismus jedoch schon: Er ist charakterisiert durch einen antipluralistischen Anti-Elitarismus und eine bloß symbolische Repräsentation des ‚wahren Volkes‘. Für beides gibt es Belege im AfD-Populismus. Kriterien, mit denen populistische Redeweisen identifiziert werden können, sind etwa strategische Tabubrüche und verschwörungstheoretische Einordnungen. Vertreterinnen und Vertreter der AfD nutzen solche populistischen Kommunikationsstrategien. Am häufigsten sind dies eine Bestimmung von Identität durch Exklusion, ein Anti-Elitarismus, Strategien des Tabubruchs und der Widerstand gegen eine als „Meinungsdiktatur“ interpretierte *political correctness*.

Die AfD nutzt intensiv die Sozialen Medien als Teil ihrer populistischen Strategie.

Die AfD nutzt die so genannten Social Media (vor allem Facebook) sehr intensiv und erzielt deutlich mehr Resonanz auf diesen Plattformen als andere Parteien. Zudem lassen sich für die AfD im Gegensatz zu anderen Parteien Echokammereffekte nachweisen: AfD-Sympathisanten auf Facebook bilden eine homogene, nur innerhalb „rechter“ Gruppierungen vernetzte Gemeinschaft. Echokammern und Filterblasen haben gesellschaftlich gesehen eine antidiskursive Wirkung. Praktische Konsequenz für Internetnutzer ist medienethisch gesehen daher, eigene Einschließungen in Filterblasen zu vermeiden.

Die AfD behauptet für sich einen Alleinvertretungsanspruch für den „Mut zur Wahrheit“.

Die AfD beansprucht, als einzige politische Kraft den „Mut zur Wahrheit“ zu haben. Diesem Anspruch können und müssen Christinnen und Christen entgegenreten. Um Wahrheit muss gerungen werden. Wahrheit ist ohne die Achtung der Freiheit auch der Anderen, ohne den Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit nicht glaubwürdig zu vertreten. Die Suche nach Wahrheit steht für Christinnen und Christen im Zeichen des Vorläufigen und der begrenzten menschlichen Einsichtsfähigkeit. Sie werden notwendige Auseinandersetzungen um Geltungs- und Wahrheitsansprüche im Geist des Respekts, nicht im Schema von Freund und Feind führen.

Einleitung

Rechtsgerichtete, nationalistische und fremdenfeindliche Bewegungen und Parteien sind in jüngster Zeit zu einem nennenswerten Faktor der gesellschaftlichen Lage in Deutschland, Europa und anderen Teilen der Welt geworden. Sie reagieren auf real vorhandene Ängste und Verunsicherungen in der Gesellschaft. Sie tun dies auf eine Weise, die die Grundlagen der politischen Kultur und das System der repräsentativen Demokratie in unserem Land und darüber hinaus in Frage stellt und die politische Kultur, das Lebensgefühl, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse und das soziale Klima verändert.

Diese Entwicklung bildet ein „Zeichen der Zeit“, das Christen und Kirchen herausfordert, Stellung zu beziehen und klare Orientierungen anzubieten: Als religiöse Akteure in der Gesellschaft sind sie aufgerufen, sich den Ängsten und Sorgen der Menschen ebenso wie ihren Hoffnungen zu öffnen, zugleich aber auch sich mit den Deutungen der Gegenwart und den Geltungsansprüchen auseinanderzusetzen, die populistische Rhetorik und Propaganda vortragen. Sie müssen sich dazu verhalten, wie diese Kräfte auf die Sehnsüchte vieler Menschen nach (verlorenen) Gewissheiten und einfachen Antworten in einer komplexen und unübersichtlichen gesellschaftlichen Lage reagieren: Werden hier wirklich zukunftsweisende Angebote gemacht? Welche Strategien gegen Verunsicherung und Ängste werden aufgeboten? Welcher Preis wird dafür gezahlt?

Diese Studie¹ analysiert die angedeuteten gesellschaftspolitischen Herausforderungen, denen sich Katholiken und die katholische Kirche stellen müssen, in Bezug auf die Partei „Alternative für Deutschland“ und untersucht die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit von deren Programmatik mit sozialetischen Grundpositionen, Werthaltungen und Überzeugungen des katholischen Glaubens. Auf einer fundamentalen Ebene geht es um die Orientierungskraft des christlichen Glaubens für gesellschaftliches und politisches Handeln. Welche Kriterien für die eigene Urteilsbildung und das gesellschaftliche und politische Handeln bietet der christliche Glaube, bieten die Soziallehre bzw. die Sozialverkündigung der katholischen Kirche, Menschen an, die als Bürgerinnen und Bürger, als Verantwortungsträgerinnen und -träger in der Gesellschaft und im politischen Leben ihren Standpunkt klären und auch öffentlich vertreten wollen?

¹ Für ihre Unterstützung bei den Vorarbeiten zu dieser Untersuchung sowie für die Korrektur des Manuskripts danken wir Anna Maria Riedl, Kai Stephanie Burlage, Karolin Frerich, Lena Greb und Nils Stockmann. Für kollegialen Rat danken wir Gerhard Kruip.

Die Studie besteht aus vier Teilen²:

Der *erste* Teil enthält einerseits knappe Hintergrundinformationen zur bisherigen Entwicklung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD); andererseits führt er in zentrale politische Denk- und Wahrnehmungsmuster ein, die der Programmatik der Partei zugrunde liegen. In unserer Analyse sprechen wir von *Kernthemen*, um anzuzeigen, dass es sich um übergreifende thematische Linien handelt, von denen her die konkreten Akzentsetzungen in den Einzelthemen des Grundsatzprogramms und der Wahlprogramme der Partei zu erschließen sind.³

Im *zweiten* Teil werden themenorientierte Analysen zum Grundsatzprogramm (GP) sowie ergänzend zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 (BWP) der AfD präsentiert. Die thematischen Analysen folgen einer Reihe von Leitfragen. Es wird jeweils dargestellt, welche konkreten Probleme, aber auch welche in der Bevölkerung vorhandenen oder vermuteten Ängste die Programmtexte der AfD aufgreifen. Die Untersuchung fragt nach Argumenten und Positionen, die programmatisch vorgetragen werden, sowie nach Abgrenzungen und Feindbildern, mit denen gearbeitet wird. Die in den Texten identifizierten Positionen werden zudem daraufhin befragt, was ungesagt bleibt bzw. wo sich etwa im Vergleich mit anderen politischen Programmen „blinde Flecken“ zeigen. Die Befunde werden stichprobenartig mit Beobachtungen zu anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland in Beziehung gesetzt. Eine umfassende vergleichende Analyse ist im gegebenen Rahmen nicht möglich, jedoch scheinen uns Seitenblicke sinnvoll: entweder, um auf besondere Nähe und auf schroffe programmatische Gegensätze hinzuweisen, oder um zu klären, ob und inwiefern zu bestimmten Themen traditionelle Konsense in Frage gestellt oder aufgekündigt werden. Die Befunde zur Programmatik der AfD werden in Beziehung zu Grundpositionen der Soziallehre der katholischen Kirche gesetzt, um im Vergleich der Positionen Vereinbares und Unvereinbares herauszuarbeiten. Aus der Zusammenschau dieser Aspekte und in der Gegenüberstellung mit Positionen der kirchlichen Sozialverkündigung⁴ ergeben sich Rückfragen und Ansätze der Kritik, die für eine christliche Orientierung des staatsbürgerlichen und gesellschaftspolitischen Handelns (aus katholischer Sicht) wichtig sein werden.

Im *dritten* Teil der Studie geht es um eine medienethische Analyse und Bewertung der Kommunikationsweise der AfD. Das öffentliche Auftreten der Partei und ihrer Funktionäre wird unter

² Die Studie wird als Ganze von allen Autorinnen und Autoren gemeinsam verantwortet, ist aber arbeitsteilig erstellt worden: Die Teile 1, 2 und 4 wurden schwerpunktmäßig von Marianne Heimbach-Steins, Maren Behrens und Josef Becker, Teil 3 wurde schwerpunktmäßig von Alexander Filipović und Theresa Wasserer erarbeitet.

³ Folgende Quellen haben wir berücksichtigt (in chronologischer Reihenfolge): Politische Leitlinien [2014] (PL); Landtagswahlprogramm Thüringen [2014] (WPTN); Landtagswahlprogramm Sachsen [2014] (WPSN); Grundsatzprogramm [2016] (GP); Bundestagswahlprogramm [2017] (BWP).

⁴ Wir beziehen uns auf Äußerungen des päpstlichen Lehramtes und des Zweiten Vatikanischen Konzils sowie auf Positionen der katholischen Kirche in Deutschland, der Deutschen Bischöfe / Bischofskonferenz, teilweise auch auf ökumenische Stellungnahmen, die in der Verantwortung (des Vorsitzenden) der Deutschen Bischofskonferenz und (des Vorsitzenden) des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland publiziert sind.

dem Vorzeichen des Populismus untersucht. Es wird erörtert, welche kommunikativen Strategien als populistisch einzuschätzen sind und wie sie das öffentliche Auftreten der AfD prägen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Kommunikation in den Sozialen Medien; dies wird anhand einer Analyse der Facebook-Nutzung durch die AfD dargestellt. Im Hinblick auf eine christlich-ethische Positionierung wird der Frage nachgegangen, wie ein mündiger und kritischer Umgang mit den Kommunikationsangeboten und -strategien der AfD, insbesondere auch im Bereich der Sozialen Medien, gelingen kann.

Der *vierte* Teil enthält eine Auswertung der Untersuchungsergebnisse anhand der Frage, was aus einer christlichen Unterscheidung der Geister im Hinblick auf die Programmatik der „Alternative für Deutschland“ folgt. Ausgehend von den vorgestellten Analysen werden grundsätzliche Orientierungen eines christlich zu vertretenden Menschen- und Gesellschaftsbildes skizziert und daraus Schlussfolgerungen gezogen, die zum Beispiel den Umgang mit Gesellschaftsveränderungen und ein Verständnis von politischer Verantwortung betreffen, aber auch die Gesellschafts- und Staatsform der Demokratie und den Sozialstaat, die Rolle von Religion(en) sowie den Umgang mit Vielfalt und Heterogenität in der Gesellschaft, das Geschichtsbild und die Suche nach Wahrheit. Ziel ist es, Richtungshinweise für die politisch-ethische Urteilsbildung und für das Handeln von Christinnen und Christen sowie von kirchlichen Verantwortungsträgern in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit den untersuchten Positionen der AfD zu geben.

1 Koordinaten der politischen Programmatik der AfD

- Die AfD beschreibt sich selbst im Kontrast zu den von ihr so genannten „Altparteien“ als alleinige Vertreterin eines (unterdrückten) „Volkswillens“ und des „gesunden Menschenverstandes“.
- Das Bild von der deutschen Kultur und Identität, das die AfD vertritt, gewinnt seine Konturen hauptsächlich aus der Ab- und Ausgrenzung von vermeintlich fremden Einflüssen; explizit formuliert wird vor allem eine ethno-nationale deutsche Identität.
- Das Geschichtsbild der AfD ist rückwärtsgewandt und zutiefst pessimistisch.

Um die Programmatik der Partei „Alternative für Deutschland“ zu verstehen, werden in diesem ersten Teil der Studie einerseits Hintergrundinformationen über die Entstehungs- und bisherige Entwicklungsgeschichte der Partei sowie ihre ideologischen Einflüsse gegeben; andererseits werden übergreifende Themen (Kernthemen) angesprochen, die die gesamte Programmatik durchziehen und – bildlich gesprochen – als Vorzeichen vor der Klammer fungieren: Sie bestimmen die Art und Weise, wie einzelne Politikthemen und -felder in den Programmschriften bearbeitet, vorhandene Politikstrategien kritisiert und alternative Ansätze vorgetragen werden.

1.1 Hintergrundinformationen

Die Partei „Alternative für Deutschland“ hat in ihrer erst wenige Jahre währende Geschichte sowohl im Hinblick auf ihr Führungspersonal als auch auf ihre programmatische Ausrichtung eine bewegte Entwicklung durchlaufen. Wir können diese Entwicklung im Rahmen dieser Studie nicht im Einzelnen nachzeichnen, es sollen aber grobe Eckpunkte der Parteigeschichte, soweit sie für die folgende Analyse von Bedeutung sind, nachgezeichnet werden. Zudem sollen kurzgefasst Vernetzungen und Bezüge der Partei zu bestimmten öffentlichkeitswirksam agierenden Institutionen berücksichtigt werden.

Die AfD wurde im Kontext der langfristigen Folgen der Finanzmarktkrise 2008 und ihrer negativen Auswirkungen auf die Staatsverschuldung im Euro-Raum und des gesunkenen Vertrauens in den Euro im Februar 2013 gegründet und verpasste noch im selben Jahr nur knapp den Einzug in den Bundestag. Führende Persönlichkeiten in der Anfangsphase der Partei waren Bernd Lucke (Parteigründer), Konrad Adam und Hans-Olaf Henkel. Die Partei profilierte sich zunächst über ein wirtschaftsliberales Programm mit der zentralen Forderung nach dem Ausstieg Deutschlands aus der europäischen Währungsunion. Aufgrund ihres fast ausschließlich wirtschafts- und finanzpolitischen Profils und der Tatsache, dass führende Gründungsmitglieder Wirtschaftswissenschaftler waren, wurde die Partei damals noch als „Professorenpartei“ bespöttelt.

Der erste Wahlerfolg der AfD war der Einzug ins Europaparlament 2014 mit 7,1% der Stimmen und 7 von 96 deutschen Sitzen.⁵ Seitdem ist die AfD in 13 deutsche Landesparlamente eingezogen und steht in Umfragen bundesweit – trotz erheblicher Rückschläge in den ersten Monaten des Jahres 2017 – nach wie vor bei deutlich über 5% (Stand Mai 2017). Ihre bisher größten Wahlerfolge feierte sie im Herbst 2016 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie mit weit über 20% der Stimmen und als jeweils zweitstärkste Fraktion in die Landtage einzog.

Programmatisch lässt sich eine Entwicklung der AfD von einer Einthemenpartei zu einer thematischen Vielfalt, wie sie ähnlich auch bei anderen Parteien zu finden ist, beobachten. Allgemein lässt sich konstatieren, dass die Partei seit ihrer Gründung programmatisch immer aggressiver und radikaler geworden ist: So wurden europaskeptische Positionen zu expliziter Europafeindlichkeit verschärft, und aus der Forderung nach einem Ausscheiden aus der Währungsunion

⁵ Auch die Fraktion der AfD im Europaparlament hat eine bewegte Entwicklung durchlaufen. Von ihren ehemals sieben Mitgliedern sind nur noch zwei (Beatrix von Storch und Marcus Pretzell) in der AfD, der Rest verließ 2015 die Partei zusammen mit Bernd Lucke. Pretzell und von Storch selbst wurden 2016 von der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer“, denen sich die AfD zunächst angeschlossen hatte und zu denen auch die britischen Tories gehören, zum Verlassen der Fraktion gedrängt. Seitdem gehört von Storch zur euroskeptischen und populistischen EFDD-Fraktion, die von der britischen UKIP und der italienischen „Movimento 5 Stelle“ dominiert wird; Pretzell schloss sich der rechten ENF-Fraktion an, zu der unter anderem auch FPÖ, Front National und Geert Wilders' PVV gehören.

wurde eine Forderung nach einer Volksabstimmung über den Verbleib in der EU. Forderungen nach gesetzgeberisch stärker gelenkter Zuwanderung wurden zu einer Forderung nach „Null-Zuwanderung“ und der faktischen Schließung der deutschen Grenzen; in den aktuellen Programmen der Partei nimmt der Islam eine Rolle als Feindbild ein, die 2013 so noch nicht einmal in Ansätzen angelegt war. Mit dieser politischen Verschiebung gehen auch eine zunehmende Radikalisierung der Äußerungen einzelner Mitglieder und gezielte Tabubrüche als Mittel im politischen Diskurs einher: Man denke etwa an Frauke Petrys und Beatrix von Storchs Aussagen zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an der deutschen Grenze im Januar 2016⁶ oder an Björn Höckes vielbeachtete und vielkritisierte Rede im Januar 2017, in der er eine „erinnerungspolitische Wende“ in Deutschland forderte und beklagte, dass Deutschland sich ein „Denkmal der Schande“ – das Holocaust-Mahnmal in Berlin – in „das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt“ habe.⁷ Die programmatische Verschiebung lässt sich auch in der Veränderung des Spitzenpersonals auf Bundesebene nachvollziehen: Ein erster großer Bruch wurde durch die Abwahl Bernd Luckes⁸ als Parteisprecher auf dem Bundesparteitag im Juli 2015 zugunsten von Frauke Petry und Jörg Meuthen als gleichberechtigten Parteivorsitzenden markiert. Ob der Verzicht Petrys auf eine Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 2017 und die Wahl Alexander Gaulands und Alice Weidels zum „Spitzenduo“ eine weitere Radikalisierung bedeutet, ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (Juni 2017) noch nicht abzusehen.

Die Tatsache, dass die AfD jetzt schon seit knapp drei Jahren in ganz Deutschland bei Wahlen erfolgreich ist, unterscheidet sie von Rechtsparteien, die entweder nur bei einzelnen Landtagswahlen auftrumpften⁹ oder regional stark begrenzte Phänomene blieben bzw. sind.¹⁰ Ob die AfD (nur) von akuten politischen und sozialen Konfliktsituationen („Eurokrise“, „Flüchtlingskrise“) profitiert, oder sich dauerhaft als politische Kraft rechts von CDU/CSU und FDP etablieren wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt und im Rahmen dieser Studie nicht beantwortet werden.¹¹ Jedoch bedient die AfD programmatisch und im öffentlichen Auftreten beide

⁶ Zusammengefasst etwa in der FAZ (2016): <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrix-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html>.

⁷ Der Wortlaut der Rede (vgl. Tagesspiegel 2017) findet sich hier: <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html>.

⁸ Ob diese Abwahl, die auch als parteiinterner „Putsch“ dargestellt wurde, auf politische Differenzen oder auf persönliche Animosität vor allem zwischen Petry und Lucke zurückging und ob sie die Vollendung einer „Unterwanderung“ der AfD durch rechte Kräfte war, kann und soll hier im Einzelnen nicht nachvollzogen werden. Im Zuge seiner Abwahl verließ Lucke zusammen mit vielen anderen Gründungsmitgliedern die AfD und gründete die neue Partei ALFA – jetzt LKR – die jedoch politisch bedeutungslos geblieben ist (obwohl sie nach wie vor mit fünf Abgeordneten im Europaparlament vertreten ist, vgl. Fn. 5).

⁹ Man denke an die Republikaner in Berlin 1989 und in Baden-Württemberg 1992 und 1996; die NPD bundesweit in den Jahren 1966 bis 1968 und dann wieder in Sachsen 2004 und 2009 und in Mecklenburg-Vorpommern 2006 und 2011; oder die DVU in Bremen 1992 und in Schleswig-Holstein 1993 und dann wieder in Sachsen-Anhalt 1998 und in Brandenburg 1999 und 2004.

¹⁰ Wie etwa die „Schill-Partei“ PRO in Hamburg oder „Die Rechte“ in Teilen des Ruhrgebiets.

¹¹ Das Thema wird jedoch kontrovers in der politikwissenschaftlichen Parteienforschung diskutiert; siehe hierzu etwa Decker 2016: 21 und Häusler 2015.

Motive – das angeblich „Krisenhafte“ der Tagespolitik und die angebliche Profillosigkeit der sogenannten „Altparteien“ im konservativen Spektrum – und spricht damit sowohl akute Ängste vor gesellschaftlichen Veränderungen als auch Enttäuschung durch herkömmliche politische Prozesse und Politikstile an.

In der politikwissenschaftlichen Literatur wie auch im journalistischen Tagesgeschäft werden häufig wirtschaftsliberale und nationalkonservativ-rechtspopulistische Strömungen in der AfD unterschieden (Siri 2016: 69), teilweise auch religiös-konservative, kleinbürgerliche und nationalistische Netzwerke (Kemper 2016). Solche Zuschreibungen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen. Zum einen scheinen innerparteiliche Auseinandersetzungen eher von persönlichen als von inhaltlichen Konfliktpotentialen geprägt und es bedienen sich im Prinzip alle bundesweit öffentlich sichtbaren Politikerinnen und Politiker der AfD populistischer Stilmittel (siehe dazu Kap. 3); zum anderen ergänzen sich, wenn man etwas genauer hinschaut, die jeweiligen „Strömungen“ in der Partei und stehen nicht etwa im Widerspruch zueinander (dies soll im Folgenden vor allem am Demokratieverständnis der AfD deutlich gemacht werden; siehe hierzu auch Decker 2016: 11 und vor allem Bebnowski 2016).

Die personellen Netzwerke der AfD sind schwierig zu umreißen, da sie teils auf politischer Sympathie und persönlichen Freundschaften fußen (und eben nicht auf Parteimitgliedschaft in der AfD) und teils durch geschickt lancierte Internetauftritte sowie durch Unterstützung von und Teilnahme an nominell überparteilichen Veranstaltungen präsenter und personenstärker wirken als sie tatsächlich sind. Als Beispiel für die erste Art der Vernetzung soll hier Björn Höckes freundschaftliche Beziehung zu Götz Kubitschek genannt werden. Kubitschek ist Gründer des neurechten *think tanks* Institut für Staatspolitik (IfS), der regelmäßig Konferenzen und Seminare auf Kubitscheks „Rittergut“ in Schnellroda in Thüringen veranstaltet. Darüber hinaus ist er Herausgeber der Zeitschrift *Sezession* und Leiter des Antaios-Verlags, die beide dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Höcke hat mehrfach dem IfS als Redner zur Verfügung gestanden.¹² Kubitschek ist jedoch nicht Mitglied der AfD und wurde von Teilen der Partei am Eintritt gehindert. Es besteht also eine deutliche ideologische Nähe, jedoch ohne offensichtliche institutionelle Verflechtung. Ähnliches lässt sich auch über das Verhältnis der AfD zu anderen rechten Publikationsorganen (wie *Compact* oder *Junge Freiheit*) sagen, und es gilt auch für ihren Umgang mit der rechtsextremen Identitären Bewegung (IB), der NPD und mit PEGIDA und deren Ablegern: Zwar vermeidet es die AfD in der Regel, offen mit diesen Organisationen zusammenzuarbeiten, aber sie eignet sich durchaus offensiv deren Themen an.

¹² Die Freundschaft Höckes mit Kubitschek war in einem Beitrag des Magazins Panorama (vgl. Kampf 2015) aus dem Januar 2015 Thema, der online abrufbar ist: <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Hoeckes-AfD-Resonanzraum-fuer-die-Neue-Rechte,hoeckeslehre104.html>. Höckes vielkritisierte Rede aus dem November 2015, in der er sich unter anderem darüber ausließ, dass „Afrikaner“ einen anderen „Fortpflanzungstyp“ als „Europäer“ hätten, wurde ebenfalls am IfS gehalten.

Als Beispiel für die zweite Art der diffusen Vernetzung kann Beatrix von Storchs Rolle als Bindeglied zwischen konservativen und neurechten Strömungen in den christlichen Kirchen und der AfD dienen (Kemper 2016: 86–91; Strube 2017: 60–66). So hat sie sich in den „Anti-Gender“-Protestbewegungen „Demo für alle“ und „One of us“ engagiert und dort für die AfD Profil gezeigt, ohne dass die genannten Bewegungen als solche der AfD zuzuordnen wären. Außerdem hat sie zusammen mit ihrem Mann eine Reihe von Internetaktivitäten initiiert¹³, die den Eindruck eines breiten Rückhalts in der Bevölkerung erwecken sollen, aber nur auf wenige Personen zurückgehen.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die Gruppe der „Christen in der AfD“¹⁴ und das private Nachrichtenportal „kath.net“, das in Deutschland und Österreich Sprachrohr für (extrem) konservative Katholikinnen und Katholiken ist und sich vielfach unterstützend zur AfD geäußert hat. Sowohl an den „Christen in der AfD“ als auch an „kath.net“ lässt sich das politische Potential ausloten, dass die AfD in den christlichen Kirchen bedient.

1.2 Kernthemen

Als Kernthemen bezeichnen wir jene grundlegenden Themen, die der Positionierung der AfD zu einzelnen Politikfeldern und politischen Herausforderungen zugrunde liegen, eine Richtung geben und sich in den Programmschriften und öffentlichen Stellungnahmen als „gemeinsamer Nenner“ der Parteiprogrammatik ausweisen lassen. Dazu gehören vor allem die vorgetragenen Auffassungen von Staat/Nation und Volk/Demokratie, ein bestimmtes Konstrukt von Kultur und Identität sowie, damit verbunden, eine spezifische geschichts- und erinnerungspolitische Positionierung. Des Weiteren lassen sich in der Bezugnahme auf „unsere Werte“ und in der sprachpolitischen Strategie der Partei durchgängige charakteristische Züge nachzeichnen, mit denen sich die AfD von anderen Parteien und ihren Programmatiken unterscheidet.

1.2.1 Demokratieverständnis

Auf den ersten Blick gibt sich die Einstellung der AfD zur bundesdeutschen Demokratie reformorientiert und liberal. So werden unter anderem die Einführung von Volksabstimmungen nach „Schweizer Vorbild“ (GP 9¹⁵), die Direktwahl des Bundespräsidenten (GP 13) und eine transparentere Parteienfinanzierung gefordert (GP 12). Ideologisch gerahmt werden diese Forderungen durch die klassisch wirtschaftsliberale Forderung eines „schlanken Staats“, der für die Bürge-

¹³ Z. B. freiewelt.net, vgl. dazu Amann 2017: 84.

¹⁴ Vgl. <http://www.chrafd.de/index.php>. Auf dieser Seite wird eine „Grundsatzerklärung“ vorgestellt, die Positionen zu Ehe und Familie, Lebensschutz, Religionsunterricht, Christenverfolgung u. a. formuliert. Darüber hinaus bietet der Internet-Auftritt wenig: Unter „Aktuelles“ findet man am 26.5. einen Eintrag vom 18. März 2017; die Seite „Über uns“ enthält keine Informationen.

¹⁵ Die Ziffern beziehen sich bei den Programmen von AfD und anderen Parteien auf die Seitenzahlen.

rinnen und Bürger arbeitet und sich auf die Kernaufgaben „innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“ beschränkt (GP 9).

Dieses liberale Bild täuscht jedoch. Tatsächlich unterstellt die AfD, Deutschland werde seit Jahren – wenn nicht seit Jahrzehnten – von korrupten Eliten in Berlin und Brüssel beherrscht, die nach und nach den politischen Einfluss des deutschen Staatsvolkes beschnitten und verkauft hätten. Zu diesem Punkt ist eine längere Passage aus der Präambel des „Demokratie und Grundwerte“ betitelten Abschnitts des Grundsatzprogramms (GP 8) erhellend:

„Spätestens seit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt. Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. [...] Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“

In dieser Passage zeigt sich zum einen das apokalyptische Bild, dass die AfD von den politischen Willensbildungsprozessen in Deutschland hat, und es werden zum anderen zwei Drohszenarien angelegt, die im Parteiprogramm immer wieder abgerufen werden: nämlich die EU als „Superstaat“ mit unbedingt zu begrenzender Machtüberfülle, und politische Eliten, die die Interessen Deutschlands verraten hätten und das Land als oligarchisches Meinungskartell regierten. Das gleiche Motiv wird auch in der Kritik am deutschen Listenwahlrecht bemüht, das Parteien dazu befähige, am Willen des Volkes vorbei über „sichere Listenwahlplätze“ Politikerinnen und Politiker in Parlamente und Regierungen zu hieven (GP 12).¹⁶ Die repräsentative Demokratie, wie sie in (West-)Deutschland seit der Gründung der BRD 1949 Bestand hat, wird hier als undemokratisches, wenn nicht gar diktatorisches, System beschrieben, das den eigentlichen Volkswillen bewusst unterdrücke. Die tatsächlichen Meinungsunterschiede zwischen den Parteien, die Rolle innerparteilicher – demokratischer – Willensbildungsprozesse etwa auf Parteitag, oder auch die historischen Gründe, aus denen die deutsche Demokratie in einem repräsentativen System eingehegt ist, werden ausgeblendet. Damit nimmt die AfD gleichzeitig für sich in Anspruch, als einzige Partei den tatsächlichen Volkswillen – wie er sich in Volksabstimmungen und direkten Wahlen von Volksvertreterinnen und Volksvertretern äußern würde, wenn diese denn „erlaubt“ wären – zu vertreten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich also: Was in der Außenansicht liberal daherkommt, beabsichtigt im Kern den radikalen Umbau, wenn nicht gar die Abschaffung bewährter demokratischer Institutionen und zielt auf ein Wählerpotential, dass eben jene Institutionen ablehnt oder gar verachtet. In diesem Sinne verfolgt die AfD ein Programm und einen Politikstil, der einer der gängigsten Definitionen des Populis-

¹⁶ Dieser Kritikpunkt wird freilich auch von liberalen und linken Milieus erhoben; hier ist es jedoch wichtig, den Kontext, in den die AfD diese augenscheinlich konsensfähige Forderung einbettet, zu beachten.

mus entspricht: der Stilisierung als „wahre“ Vertretung des Volkes mit Stoßrichtung gegen das „Establishment“ (Decker 2016: 11; Bebnowski 2016: 27; allgemein zu diesem Populismusbegriff siehe Mudde 2004, siehe auch Kap. 3).

1.2.2 *Sprache, Kultur und Identität*

Während der eben besprochene Abschnitt des Grundsatzprogramms zumindest oberflächlich ein liberales Bild von den Aufgaben und Grenzen staatlichen Handelns entwirft, wird dieses Bild durch die nationalistische und völkische Grundierung des Programms, die bei bestimmten Themen deutlich an die Oberfläche tritt, konterkariert. Die vorgebliche weltanschauliche Neutralität des Staates, wie ihn sich die AfD vorstellt, steht im Dienste eines eng gefassten Volksbegriffs und eines vagen, aber ausgrenzenden Kulturbegriffs. Wie im Thementeil noch weiter ausgeführt werden wird, vertritt die AfD eine nationalistische Bevölkerungspolitik, die den Erhalt des deutschen „Staatsvolks“ als ethnisch und kulturell homogene Volksgruppe zum Ziel hat. Die Rolle des Staates kommt dabei vor allem dort zum Tragen, wo er sich allem, was nicht in diesen homogenen Volksbegriff passt, widersetzen kann: So wird etwa ein bestimmtes Sprachverständnis postuliert, dem der Staat zur Durchsetzung verhelfen soll, bestimmte Bildungsinhalte sollen zurückgefahren oder ganz abgeschafft werden („Aufbrechen der Erinnerungskultur“, „Gegen die Frühsexualisierung“), und bestimmte Kultur- oder Forschungsinitiativen (Stichwort: Feindbild Gender) nicht mehr gefördert werden.

Dem Themenfeld *Kultur, Sprache und Identität* widmet das Grundsatzprogramm ein eigenes Kapitel. Darüber hinaus durchzieht der Rekurs auf „unsere Kultur“, auf die „kulturellen Interessen Deutschlands“ (GP 31) und auf „kulturelle Tradition(en)“ (GP 6; 40) das gesamte GP bis hin zu den Kapiteln über Natur- und Umweltschutz sowie Raumentwicklung. Schon die Verflechtung des Rekurses auf „unsere“ Kultur mit einer Vielzahl von Themenfeldern deutet darauf hin, dass es sich hierbei um ein Kernthema handelt. Explizit heißt es, Kultur bilde „die zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss“ (GP 46). Was „unsere Kultur“ bzw. die „deutsche Kultur“ nach dem Verständnis der AfD ist, wird durch den Rekurs auf das „Abendland“ und das Christentum markiert, ist aber vor allem national konnotiert (GP 6). Für die „deutsche Leitkultur“ wird die „religiöse Überlieferung des Christentums“ (GP 47) bzw. das „Jüdisch-Christliche“ als einer von drei prägenden Faktoren neben „der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt“ (ebd.) beansprucht.¹⁷

¹⁷ Die Berufung auf das "christliche Abendland" hat auch den kirchlichen Kulturdiskurs lange geprägt, allerdings unterscheidet sich dieser von der AfD-Position, insofern er nicht auf das "Nationale" fokussiert, vgl. etwa die Rede Benedikts XVI. vor dem Dt. Bundestag. Eine Online-Version der Rede finden Sie hier: https://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20110922_reichstag-berlin.html.

Die Sorge um eine bestimmte – wenn auch im Unklaren belassene – kulturelle Identität wird als politische Aufgabe vorgestellt: „Für die AfD ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung“ (GP 46). Die deutsche Sprache stehe dabei im Zentrum dieser Identität. Sie solle als Staatssprache festgeschrieben und in der EU dem Englischen und Französischen gleichgestellt werden. Sie müsse gegen den Einfluss des Englischen und der *political correctness* geschützt werden und solle nicht „gegendert“ werden (GP 47). In den relativ knappen Bemerkungen des Grundsatzprogramms zu Sprache und Kultur werden verschiedene Drohszenarien aufgerufen, mit denen die Partei operiert: Der angeblich schädigende Einfluss des Englischen als Weltsprache, der Deutsch zu einer Fremdsprache im eigenen Land mache, der angeblich zu geringe Einfluss des Deutschen in Europa, und eine „Gender-Agenda“, die die deutsche Sprache verunstalte (all dies geschieht mutmaßlich auf Geheiß von „Eliten“, die den „Willen des Volkes“ ignorieren).

1.2.3 Drohszenarien: Multikulturalismus, Islam, Gender

Die AfD vertritt einen *geschlossenen und weitestgehend statischen Kulturbegriff*, der sich nicht allein auf das (hoch-)kulturelle Leben (etwa Theater, Museen, Kunst) oder auf die Popularkultur bezieht, sondern alle Lebensbereiche einschließt. Kultur wird aufs engste mit Identität verbunden: „Unser aller Identität ist vorrangig kulturell determiniert“ (GP 46). Es gelte ein Bewusstsein zu stärken, „das kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt“ (ebd.). Nicht nur für die AfD ist der Zusammenhang von Bildung, Kultur und Identität für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Allerdings erscheint es problematisch, „Kultur“ und „Identität“, wie die AfD es tut, als quasi „naturhafte“ Größen zu beschreiben und von Determinierung zu sprechen, denn dadurch entsteht der Eindruck, jede Veränderungsdynamik müsse abgewehrt werden, um Identität zu bewahren. Konsequenz dieses Kultur-Konstrukts ist die Ab- und Ausgrenzung aller Einflüsse und Repräsentationen, die nicht dazu passen. Gezeichnet wird das Bild einer in vielfacher Hinsicht großartigen, auf langer Tradition beruhenden deutschen Kultur, die es gegen vielfältige Bedrohungen zu schützen gelte. Als gefährlich werden dabei sowohl äußere Einflüsse wahrgenommen, namentlich die Zuwanderung vor allem von Muslimen, aber auch die Politik der Europäischen Union, als auch Steuerungen und Beeinflussungen von Kultur, die die „natürlich“ gewachsene (deutsche) Kultur verändern wollen. Ausdrücklich kritisiert die AfD politisch gesteuerte Veränderungen von Sprachnormen unter dem Vorzeichen der Geschlechtergerechtigkeit als „Eingriff in die natürlich gewachsene Kultur und Tradition unserer Sprache“ (GP 55), aber auch ein angeblich mangelndes Bewusstsein für positive Aspekte der deutschen Geschichte¹⁸, die bisherige Kulturpolitik sowie eine die „Kulturlandschaft“ zerstörende Energiepolitik (vgl. GP 80). Dem umfassenden und geschlossenen Komplex der eigenen Kultur, dem zu bewahrenden „Kulturerbe“ (GP 47) bzw. der „deutschen Leitkultur“

¹⁸ Vgl. zum Geschichtsbild und zu den geschichtspolitischen Positionen der AfD unten 1.2.4.

(ebd.) stehe eine bedrohliche „Ideologie des Multikulturalismus“ gegenüber, „die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert“ (ebd.).

Die Rolle des Staates in der Kulturpolitik ergibt sich also aus einem diffusen Drohszenario: Der behauptete natürliche Zusammenhang von Kultur, Ethnie und Nation müsse gegen zerstörerische Fremdeinflüsse und politisch steuernde Einflussnahmen geschützt werden. Besonders interessant ist hier die augenscheinliche Widersprüchlichkeit der Forderungen: So wird zum einen Kulturbewahrung und -förderung zur „Pflichtaufgabe des Staates“ erklärt (GP 47), zum anderen soll aber der Einfluss der Parteien auf das kulturelle Leben zurückgedrängt werden (GP 48). Die AfD bemüht so das Bild einer angeblich vorpolitischen deutschen Kultur, die dem ebenfalls vorpolitischen „Volkswillen“ entspreche und gegen die politische Willensbildung in Parteien und ihre Umsetzung in konkreten kulturpolitischen Maßnahmen ausgespielt wird. Ausgeblendet wird dabei, dass natürlich auch die AfD eine politische und politisch durchzusetzende Konzeption von „Kultur“ hat. Besonders deutlich wird dies wiederum an den sprachpolitischen Positionen der AfD: So wird der Status der deutschen Sprache als Kulturgut betont, dieser müsse jedoch – mit politischen und rechtlichen Maßnahmen – gegen Fremdeinflüsse geschützt und bewahrt werden. Die AfD akzeptiert also gerade nicht, dass Sprache sich ohne politische Einmischung entwickeln kann, sondern will bestimmte Entwicklungen – wie den zunehmenden Gebrauch englischer Lehnwörter oder das Bemühen um geschlechtergerechte Ausdrucksweisen – mit politischen und rechtlichen Mitteln wieder rückgängig machen.

Auch die Rede von *Werten* steht in den Programmtexten der AfD im Dienst der defensiven Programmatik, die eigene Identität gegen Fremdeinflüsse und andere – als „ideologisch“ gebrandmarkte – Gegenlogiken zu verteidigen. Das Grundsatzprogramm spricht immer wieder von Werten, auch von „unseren Werten“ oder „gemeinsame[n] kulturelle[n] Werte[n]“ (GP 6; ähnlich GP 47). Werte werden als Elemente der eigenen Identität geltend gemacht; „unsere Werteordnung“ wird insbesondere im Kontrast zu „dem Islam“ präsentiert (vgl. GP 48–55). Im Kapitel über „Demokratie und Grundwerte“ werden vor allem die oben dargestellten Vorstellungen über eine direkte Demokratie dargelegt.¹⁹

1.2.4 *Geschichtspessimismus und Krisenrhetorik*

Zum Kern des Kulturkonstrukts der AfD gehören bestimmte *geschichtspolitische Bezüge*, durch die sie ihren Anspruch, den „bürgerlichen Protest“ zu repräsentieren, in eine historische Kontinuität stellen möchte. Sie wolle „den Willen [artikulieren], die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa souveräner demokratischer Staaten zu schaffen, die einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind“ (GP 6), und verweist in

¹⁹ Von Werten wird auch im Zusammenhang des Themas Familie gesprochen, vgl. unten 2.1.1.

diesem Zusammenhang auf die Revolutionen von 1848 und 1989, allerdings ohne näher auf diese Ereignisse einzugehen. Es bleibt bei der Insinuation einer Kontinuität zwischen den beiden genannten Daten einerseits (was mindestens einer gründlichen historischen Prüfung bedürfte) und den Anliegen der AfD andererseits (was ohne nähere Entfaltung und kritische Analyse eine ungedeckte Behauptung bleibt). Während dieser Hinweis in der Einleitung zum Grundsatzprogramm die einzige positive geschichtliche Bezugnahme in diesem Text bleibt, beklagt die Partei die angebliche „aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“, die „zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen [sei], die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (GP 48). Die behauptete Verengung der deutschen Erinnerungskultur ist zum einen unschwer zu widerlegen, etwa durch Verweise auf die in jüngster Zeit begangenen Gedenkanlässe – u. a. den ersten Weltkrieg, das Reformationsgedenken – oder auf jährlich wiederkehrende Feiertage wie den Nationalfeiertag am 3. Oktober. Zum anderen legt die zitierte Formulierung den Schluss nahe, die AfD schließe die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus (und d.h. implizit: an den Holocaust) aus ihrer Konstruktion deutscher Identität aus. Dafür spricht auch, dass weder die Verbrechen des Nationalsozialismus im Allgemeinen noch der Holocaust im Besonderen ansonsten in irgendeiner Weise erwähnt werden.

Als Komplement zu der propagierten „erinnerungspolitischen Wende“ fungiert der programmatische Blick der AfD auf aktuelle politische Ereignisse. Etwas vereinfacht lässt sich sagen, dass sich die politische Positionierung der AfD an – vermeintlich existenzbedrohenden – Krisen orientiert. Bei der Gründung der Partei war dies zunächst die „Eurokrise“, in den Jahren 2015 und 2016 die „Flüchtlingskrise“, und seither ist es die „Demografiekrise“ in Verbindung mit einer angeblichen Überfremdung und ideologischen Umerziehung des deutschen Volkes (siehe hierzu auch den Abschnitt zur Familien- und Bevölkerungspolitik). Als Gegenmittel zu diesen Krisen wird nicht etwa eine zukunftsgerichtete Politik entwickelt, sondern vielmehr eine Rückkehr zu den vermeintlich „guten alten Zeiten“ beschworen: zur D-Mark, zur EU als losem Staatenbund, zur traditionellen Mehrkinderfamilie, zu einem ethnisch weitgehend homogenen „Staatsvolk“. Unbeantwortet bleibt dabei die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen – mit welchen wirtschaftlichen Einschnitten, mit welchen rechtlichen und sozialen Umwälzungen, mit welcher Inkaufnahme menschlichen Leids – eine solche „Rückkehr“ überhaupt machbar wäre.

1.2.5 Fazit

Die erste Sichtung der Kernthemen zeigt, dass die AfD sich in vielen Punkten als außerhalb des traditionellen Parteienspektrums stehende Fundamentalopposition präsentiert und sich damit zur Vertreterin eines angeblich vopolitischen „Volkswillens“ stilisiert, der von allen anderen Parteien missachtet werde. Dahinter steht tatsächlich eine ablehnende Haltung zur repräsentativen Demokratie, wie sie seit 1949 in (West-)Deutschland verankert ist. Der besagte „Volkswil-

le“ wird selbst mit statischen und rückwärtsgewandten Begriffen von Kultur, Identität, Werten und Geschichte verknüpft. Die AfD definiert diese Begriffe erstens über Anspielungen auf das, was „früher“ vorgeblich einmal besser war und auf angeblich verlorene Gewissheiten, und zweitens über die Abgrenzung von bestimmten Einflüssen, die angeblich nicht zu Deutschland gehören („der Islam gehört nicht zu Deutschland“, GP 49). Konkrete Aussagen dazu, was genau an dieser so eingegrenzten deutschen Kultur und Identität wertvoll und schützenswert sei, fehlen jedoch völlig. Das Geschichtsbild der AfD ist ausgesprochen rückwärtsgewandt und impliziert damit eine weitgehende Abwendung von den Herausforderungen der Zukunft: Globalisierung etwa wird nicht als Gestaltungsauftrag begriffen, sondern nur als Gefahr, die durch Protektionismus gebannt werden müsse (siehe hierzu den Abschnitt zur Wirtschafts- und Sozialpolitik). Wie bereits deutlich wurde, zieht sich diese „protektionistische“ Haltung durch das gesamte Parteiprogramm; in den Analysen zu ausgewählten Einzelthemen werden entsprechende Indizien aufgegriffen werden.

2 Programmatik konkret: Analyse ausgewählter Themen

In den folgenden Abschnitten wird eine Reihe von politischen Themen vorgestellt und analysiert, die im Grundsatzprogramm sowie im Bundestagswahlprogramm der AfD eine wichtige Rolle spielen. In der Regel sind dies Themen, die auch in der katholischen Soziallehre bearbeitet wurden und werden, weil es um elementare Fragen des menschlichen Zusammenlebens geht. Zunächst steht der Themenkomplex *Familie – Lebensschutz – Generationen- und Geschlechterbeziehungen* im Vordergrund; bei den Themen *Religion – Religionsfreiheit* und *Zuwanderung* geht es um den Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt. Fragen der politischen Ordnung kommen schließlich bei den Themen *Europa, Wirtschafts- und Sozialpolitik* sowie *Ökologie* zur Sprache. Damit wird, ausgehend von den Quellen dieser Analyse, ein breites Spektrum von Themen und Fragestellungen in den Blick genommen, auch in den Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Themen, und eine Verengung der Wahrnehmung auf einige wenige Fragestellungen vermieden.

2.1 Familie und Kinder

- Die AfD propagiert ein traditionelles Bild der Familie; der Pluralität von Familien- und Lebensformen wird kaum Rechnung getragen.
- Familienpolitik (einschließlich des Eintretens für den Schutz des ungeborenen Lebens) wird einem starken bevölkerungspolitischen Interesse unterstellt.
- Kritik gegenüber der gesellschaftlichen und familienpolitischen Wirklichkeit wird mit migrations- und geschlechterpolitischen Aspekten verbunden.

Im Laufe des bisher vierjährigen Bestehens der AfD hat das Thema Familienpolitik zunehmend größeren Raum eingenommen: Während in den *Politischen Leitlinien* vom Mai 2014 noch an wenig exponierter Stelle lediglich eine familien- und kinderfreundliche Politik angemahnt wird (PL 5), nimmt diese Thematik in den Landeswahlprogrammen für Sachsen und Thüringen aus dem selben Jahr bereits einen größeren Raum ein und wird schließlich im Grundsatzprogramm von 2016 und im Bundestagswahlprogramm von 2017 offensiv mit den Themen Bevölkerungsentwicklung, Zuwanderung und Gender-Mainstreaming bzw. „Gender-Ideologie“ verknüpft, die in späteren Abschnitten dieser Studie eigens dargestellt werden. Der familienpolitische Zusammenhang wird im Folgenden in drei Abschnitten (Familienbild, Alter und Pflege, Demografiekrise) vorgestellt und anschließend mit den Positionen der katholischen Kirche in Beziehung gesetzt.

2.1.1 Familienbild

Das Familienbild der AfD scheint auf den ersten Blick in christlich-konservativer Tradition zu stehen. Ehe und Familie werden als „Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft“ und als „wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ charakterisiert (GP 40–42; vgl. exemplarisch Kirchhof 2001), und die Mehrkinderfamilie mit Mutter und Vater wird als Leitbild der Familienpolitik proklamiert. Dieses Familienmodell solle mehr staatliche Förderung erfahren und vor Diskriminierung geschützt werden. Die Pluralität der familialen Lebenswirklichkeiten findet im Grundsatzprogramm der AfD keine explizite Berücksichtigung.

Im Grundsatzprogramm wird zudem dem Schutz ungeborenen Lebens ein eigenes Unterkapitel gewidmet und in Anlehnung an die politisch viel diskutierte Willkommenskultur für Zuwanderer eine „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ gefordert (GP 44; vgl. auch BWP 37). Besonders beklagt werden die anteilig hohe Anzahl von Abtreibungen aus „sozialen Gründen“ und die Zahl der Abtreibungen im Verhältnis zu den Lebendgeburten.²⁰ Hauptziel der Schwangerschaftskonfliktberatung solle der Schutz des ungeborenen Lebens sein; Schwangeren in Konfliktsituationen müsse psychologische und materielle Hilfe angeboten werden.

Die AfD beklagt fehlende Anreize für jüngere Menschen, sich für Kinder zu entscheiden, und will dies im Rahmen einer „aktivierenden Familienpolitik“ korrigieren. Dazu gehören Vorschläge wie ein Familiensplitting analog zum Ehegattensplitting (GP 74), „zinslose Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum“ und Schuldnachlässe bei der BAföG-Rückzahlung (GP

²⁰ Laut Erhebungen des Statistischen Bundesamtes nimmt die Zahl der Lebendgeburten seit Jahren zu, die Zahl der Abtreibungen nimmt hingegen seit Jahren ab und erreichte 2016 einen historischen Tiefststand (vgl. Statistisches Bundesamt 2016; 2017). Die Statistiken sind hier abrufbar: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html> (Lebendgeburten); <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Schwangerschaftsabbrueche/Tabellen/RechtlicheBegrueundung.html> (Abtreibungen).

42). In dieselbe Richtung zielt die Forderung, Erziehungsarbeit in der Berechnung der Rentenansprüche stärker zu berücksichtigen (GP 37).

Mit diesen Vorschlägen wendet die AfD sich gegen eine am „Leitbild der voll erwerbstätigen Frau“ orientierte Familienpolitik (GP 43). In diesem Sinne wird die angebliche staatliche Bevorzugung der Krippenbetreuung beklagt und eine „echte Wahlfreiheit“ in der Kinderbetreuung gefordert (ebd.). Darin kommt ein Rollenverständnis der Mutter zum Ausdruck, das ihr für die ersten Jahre die alleinige Verantwortung für die Versorgung und Erziehung des Kindes zuweist. Dem entspricht, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft für Väter nicht als eigenes Thema erwähnt wird; unter der Überschrift „Väter stärken“ wird lediglich angesprochen, dass viele getrennt lebende Väter unter „den familienrechtlichen Bestimmungen [...] leiden“ würden (BWP 39).

Der Frage, inwieweit die familienpolitischen Vorschläge der AfD überhaupt wirksam, durchsetzbar und bezahlbar wären, kann im Rahmen dieser Untersuchung nicht nachgegangen werden.²¹ Beachtet werden muss jedoch ihre ideologische Einbettung: Die aktivierende Familienpolitik der AfD richtet sich an Deutsche ohne Migrationshintergrund, und dort insbesondere an Menschen mit vergleichsweise viel finanziellem und sozialem Kapital.²² Anders formuliert: Die AfD bedient das Vorurteil, wonach in Deutschland die „falschen Menschen“ (Migrantinnen, sogenannte bildungsferne und sozial schwache Schichten) die Kinder bekämen. Tatsächlich existierende Probleme, wie etwa verminderte soziale Aufstiegschancen bei „sozial schwacher“ Herkunft oder sogenanntem Migrationshintergrund, sollen dabei nicht durch Maßnahmen zur verbesserten sozialen Mobilität angegangen, sondern durch Erhöhung der Geburtenrate in sozial starken Schichten kompensiert werden.

Mit ihrem auf die bürgerliche Kernfamilie und die biologische Abstammung fokussierten Familienbild vertritt die AfD eine konservative Position, mit der sie sich von den stärker an der Heterogenität familiärer Lebenssituationen orientierten familienpolitischen Ausrichtungen der meisten anderen Parteien deutlich unterscheidet. Den Positionen der AfD am nächsten sind dabei zwar die christlichen Parteien, die sich unter anderem gegen die „Ehe für alle“ und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare wenden; aber auch hier schafft der völkische Kern der AfD-Positionen eine tiefe Distanz zum christlichen Menschenbild, das der Politik von CDU und CSU zu Grunde liegt.

²¹ Im Lichte des im Folgenden Gesagten soll jedoch die Frage in den Raum gestellt werden, für welche Bevölkerungsgruppen mit welchen Einkommen Familiensplitting und der Erwerb von Wohneigentum überhaupt in Frage kommen.

²² So heißt es im Grundsatzprogramm (GP 41): „Jede fünfte Frau bleibt heute kinderlos, unter Akademikerinnen war es 2012 sogar jede dritte. Familien mit mehr als zwei Kindern finden sich überwiegend in sozial schwächeren Schichten, während in der Mittelschicht das Geburteneintrittsalter der Frauen immer weiter steigt und die Anzahl kinderreicher Familien sinkt.“

2.1.2 Alter und Pflege

Im Bereich der Altenpflege hat die AfD zwischen 2016 und 2017 eine politische Kehrtwende vollzogen. Im Grundsatzprogramm wurde noch ein Paradigmenwechsel angestrebt, weg von Pflegedienstleistern und hin zur häuslichen Pflege durch Familienangehörige. Anreize dazu sollen durch erhöhte Pflegesätze für pflegende Angehörige geschaffen werden; „die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden“ hieß es dazu (GP 38). Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl wird häusliche Pflege überhaupt nicht mehr erwähnt, stattdessen wird lediglich der "Pflegenotstand" in der stationären Pflege der Krankenhäuser angesprochen und gefordert, dass medizinisches Personal vorzugsweise in Deutschland ausgebildet sein oder zumindest die deutsche Sprache auf Niveau C1 beherrschen solle (BWP 59–60). Drängende Probleme in der institutionellen (freigemeinnützigen und privatwirtschaftlichen) Pflege alter Menschen, wie etwa Kosten- und Leistungsdruck oder die teils mangelhafte Durchsetzung von Qualitätsstandards (unabhängig von den Sprachkenntnissen der Pflegenden), werden nicht behandelt. Auch auf die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, die mit dem Alt-Werden der Baby-Boomer-Generation allein in quantitativer Hinsicht in den kommenden drei Jahrzehnten zu bewältigen sein werden, wird nicht näher eingegangen.

Im Vergleich zu den Volksparteien SPD und CDU/CSU fällt auf, wie schwach das Bewusstsein der AfD für diese gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen ausgeprägt ist. Zwar betonen die Grundsatzprogramme sowohl der CSU als auch der SPD, dass Pflege – gerade auch in der Familie – stärkere Anerkennung erfahren soll, aber beide verbinden dies mit der Forderung nach Stärkung einer institutionellen Unterstützung der pflegenden Angehörigen (GP CSU 12 und 25; GP SPD 55–56 und 58) und stellen fest, dass entsprechende Pflegedienste und Institutionen flächendeckend als unterstützende bzw. kompensierende Ressourcen vorhanden sein müssen. Anders (vor allem kapitalismuskritisch) argumentiert die Linke in ihrem Grundsatzprogramm, wenn sie eine „soziale Bürgerversicherung“ fordert, die auch die Pflegekosten deckt (GP LINKE 6, 15-17 und 42; vgl. auch GP SPD 58). Schon ein flüchtiger Seitenblick zeigt also: Sowohl im bürgerlich-konservativen als auch im linken Spektrum wird das Thema Pflege breiter behandelt: nämlich als eine Aufgabe, die nur in gesamtgesellschaftlicher Solidarität zu bewältigen ist.

2.1.3 Demografiekrise

Die familienpolitischen Positionen der AfD sind nicht ohne ihren Bezug zum übergreifenden Motiv der „Demografiekrise“ zu verstehen. Dass die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen und altern wird, ist statistisch gut belegbar. Die AfD deutet diesen Trend als „demografische Fehlentwicklung“, die nicht durch „Masseneinwanderung“, sondern durch „eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ entgegengewirkt werden

müsse (GP 42). Im Bundestagswahlprogramm wird gar ein Bedrohungsszenario von mehreren hundert Millionen „auswanderungswilligen“ Afrikanern und Arabern („überwiegend junge Männer“) entworfen, die Europa „in wenigen Jahren destabilisieren“ könnten (BWP 27). Die letztere pauschale Aussage lässt sich so nicht belastbar belegen.²³

Im Motiv der Demografiekrise wird die politische Ablehnung der Zuwanderung verknüpft mit der politischen Förderung der traditionellen Mehrkinderfamilie. Bevölkerungspolitik im Sinne der AfD zielt auf die Wiederherstellung eines ethnisch und kulturell möglichst homogenen deutschen Staatsvolkes und ist in diesem Sinne als völkische Politik zu beschreiben.²⁴ So heißt es im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017: „Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demographischen Lage Deutschlands nur mit einer aktivierenden Familienpolitik gelingen“ (BWP 36).

2.1.4 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

Die traditionalistische²⁵ familien- und kinderfreundliche Stoßrichtung der AfD weist in einzelnen Aussagen Berührungspunkte mit den bisher offiziell vertretenen Positionen der katholischen Kirche auf: Das Eintreten für die Kernfamilie von Vater, Mutter und möglichst mehreren (leiblichen) Kindern entspricht der traditionellen, naturrechtlich begründeten kirchlichen Auffassung der Familie (vgl. etwa KKK 2202f.). Allerdings sind in den kirchlichen Stellungnahmen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil die Weichen grundsätzlich in Richtung eines partnerschaftlichen Verhältnisses der Eltern/Eheleute und einer entsprechenden Neubestimmung der Aufgabenteilung in der Familie (einschließlich der grundsätzlichen Anerkennung der außerhäuslichen Berufstätigkeit der Frau) gestellt (vgl. GS 47–52). Zudem ist auf der Ebene der katholischen Kirche in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten, auf der Ebene der Gesamtkirche spätestens seit den Familiensynoden der Jahre 2014/15, eine explizite Annäherung an die plu-

²³ Das Parteiprogramm spielt hier höchstwahrscheinlich auf eine Untersuchung des Gallup-Instituts aus den Jahren 2010 und 2011 an (Esipova, Ray und Srinivasan 2010-2011). Diese Untersuchung bezog sich jedoch nur auf den Wunsch (*desire*) auszuwandern, nicht auf die tatsächliche Absicht (*intent*). Danach gibt es weltweit über 700 Millionen Menschen, die diesen Wunsch haben; davon über die Hälfte in Afrika und im Mittleren Osten. Allerdings gaben nur 4% der im Rahmen der Studie Befragten Deutschland als Wunschziel an, was einer Größenordnung von 26 Millionen Menschen entspricht – und am attraktivsten sei Deutschland als Auswanderungsziel in Russland (Esipova, Ray und Srinivasan 2011: 8) und nicht in Afrika oder Asien. Die Autorinnen und der Autor sprechen zwar davon, dass eine völlig unreglementierte Migration in den genannten Größenordnungen bestimmte Staaten und Regionen überfordern (*overwhelm*) würde, sehen dies jedoch explizit nicht als katastrophales Zukunftsszenario, sondern als Mahnung an die Weltgemeinschaft, Migration frühzeitig und produktiv politisch zu gestalten – und zwar sowohl auf der Seite der „Senderstaaten“ wie auch auf der Seite der „Empfängerstaaten“.

²⁴ „Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.“ (GP 42) Die Zahl als solche trifft zu, jedoch verkennt die Aussage, dass die Geburtenrate generell nicht mit „Kultur“ oder „Ethnie“ korreliert, sondern mit der sozio-ökonomischen Gesamtlage. Schlicht gesagt: Bei verbesserten sozio-ökonomischen Bedingungen sinkt die Geburtenrate, wie es sich etwa auch an den sinkenden Geburtenraten in sich wirtschaftlich schnell entwickelnden afrikanischen und asiatischen Ländern ablesen lässt.

²⁵ Generell vertritt keine Partei eine Position, die als kinder- und familienunfreundlich zu charakterisieren wäre; aber die verschiedenen Parteiprogramme legen unterschiedliche Auffassungen von Familie zugrunde.

rale und heterogene Lebenswirklichkeit von Paaren und Familien zu verzeichnen. Dies gilt auch im Hinblick auf das Verhältnis von Frauenrolle und Familienleitbild, auch wenn die katholische Tradition über lange Zeit eine erhebliche Skepsis gegenüber dem „Leitbild der voll erwerbstätigen Frau“ gepflegt hat, weil es als Bedrohung des Ideals der Mutterschaft als der „eigentlichen“ Berufung der Frau gesehen wurde.²⁶

Eine gewisse Nähe zwischen dem von der AfD stark gemachten konservativen Familienbild und der traditionellen katholisch-lehramtlichen Auffassung der Familie und der Geschlechterrollen ist nicht zu leugnen. Sie kann aber nicht darüber hinwegsehen lassen, dass die familienpolitische Grundposition der AfD in einen ideologischen Rahmen eingebettet ist, der mit der katholischen Position keinesfalls kompatibel ist: Die skizzierten Positionen der AfD können nicht von dem Bezug auf die bereits erwähnte „nationale Bevölkerungspolitik“ losgelöst werden; eine solche Abzweckung der normativen Auffassung von Familie, die einem ethno-nationalistischen Programm verpflichtet ist, ist dem Familienverständnis der katholischen Kirche grundlegend fremd. Zwar begreift auch die kirchliche Sozialverkündigung die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“, aber sie bietet keinerlei Handhabe für eine Unterordnung der Sorge um die Familie unter ein übergeordnetes ethno-nationales Interesse, das in der Konsequenz zu einer Abwertung nicht-deutscher Familien und ihrer Schutz- und Förderungsanliegen führt. Der Begriff eines homogenen deutschen Volkes, das bedroht sei durch Zuwanderung von außen und „Multikulti“ sowie niedrige Geburtenraten im Innern, steht der kosmopolitischen und universalistischen Ausrichtung der katholischen Soziallehre²⁷ diametral entgegen und ist mit dieser nicht vereinbar (es sei denn unter starken national-konservativen Zusatzannahmen, die weder durch lehramtliche Positionen unterstützt noch allgemein geteilt werden). Eine katholische Position wird den Schutz der Familie keiner ideologischen Einschränkung unterwerfen, sie nicht demographisch instrumentalisieren und sich im Gegenteil explizit gegen eine solche Selektivität wenden müssen.

Entsprechendes gilt für die Position zum Lebensschutz; auch sie scheint auf den ersten Blick an katholische Positionen anschlussfähig. Hier sei auf die Grundsatzerklärung der „Christen in der AfD“ verwiesen, die sich besonders ausführlich den Themen Abtreibung, Präimplantations-

²⁶ Die für die nachkonziliare kirchliche Verkündigung charakteristische Spannung zwischen der Anerkennung der gesellschaftlichen Partizipation von Frauen, auch wenn sie Mütter sind, und der Sorge um die gesellschaftliche Unterstützung der Mutterrolle (als der ersten und eigentlichen „Berufung“ der Frau) wird besonders deutlich in den Äußerungen Papst Johannes Pauls II., vgl. u. a. Enzyklika *Laborem exercens* (LE, 1981) 19; Apostolisches Schreiben *„Familiaris consortio“* (FC, 1981) 23, (vgl. Heimbach-Steins 2009: 39–46).

²⁷ Diese Ausrichtung lässt sich in der nachkonziliaren Sozialverkündigung breit belegen. Wichtige Anhaltspunkte sind etwa die (schöpfungstheologisch grundgelegte) sozialanthropologische Konzeption der Einheit der Menschheitsfamilie samt deren Erweiterung zur Schöpfungsfamilie (LS 13 u.ö.), die vielfach belegte Rückbindung der Eigentumslehre an das Prinzip der Gemeinwidmung der Güter (vgl. u. a. RN 7; SRS 39), die globale Dimensionierung des Gemeinwohls (vgl. exemplarisch: GS 26) und die grundsätzlich universale Reichweite der Solidarität (vgl. Z. B. SRS 38).

diagnostik und Sterbehilfe widmet (vgl. Christen in der AfD o. J.)²⁸. Allerdings ist auffällig, dass der nur auf das ungeborene Leben fokussierte Lebensschutz in der Programmatik der AfD ebenfalls einen Aspekt der bevölkerungspolitischen Programmatik darstellt; im Bundestagswahlprogramm steht er sogar ausdrücklich im Dienst eines „Paradigmenwechsel(s) hin zu einer nationalen Bevölkerungspolitik“ (BWP 36). Explizit hat sich die Deutsche Bischofskonferenz in einem Pressebericht anlässlich ihrer Frühjahrsvollversammlung im März 2017 von der AfD abgegrenzt und betont, dass es der Kirche um Menschenwürde in allen Dimensionen gehe, „nicht nur beim Lebensschutz, auch in der Flüchtlingsfrage“ (Marx/DBK 2017: 8). Zwar lehnt die katholische Kirche seit der Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahr 1999, dem Wunsch des Papstes²⁹ folgend, aus dem gesetzlichen Beratungssystem auszusteigen, die Ausstellung sogenannter „Beratungsscheine“ im staatlichen System der Schwangerschaftskonfliktberatung ab. Sie ist jedoch in der Beratung und Unterstützung werdender Eltern auch und gerade in Konfliktsituationen sehr aktiv, und zwar unabhängig von deren nationaler und ethnischer Zugehörigkeit. Und sie vertritt explizit, vor allem in der Enzyklika *Laudato si'* (LS) (2015)³⁰, ein deutlich weiteres Lebensschutzkonzept, das weder nationalistisch vereinnahmbar noch auf das ungeborene Leben zu begrenzen ist.

2.2 Gender

- Gender bzw. die sog. „Gender-Ideologie“ werden pauschal als Feindbild konstruiert.
- Zwischen Gendermainstreaming als politischem Instrument, Gender-Studies in den Wissenschaften und Sexualpädagogik wird nicht differenziert.
- Jeder Gleichstellungspolitik (nicht nur in Bezug auf das Geschlechterverhältnis, sondern auch in Bezug auf Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationsgeschichte) steht die AfD ablehnend gegenüber.

Einen besonders großen Raum sowohl in der Familien- als auch in der Bildungspolitik der AfD nimmt der Begriff der „Gender-Ideologie“ als Feindbild ein. Diese Ideologie ist laut Auffassung der Partei zumindest ein Symptom, wenn nicht gar mitursächlich für die bereits angesprochene „Demografiekrise“. So heißt es im Grundsatzprogramm: „Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umset-

²⁸ Online unter: <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzerklaerung>.

²⁹ Vgl. Brief von Papst Johannes Paul II. an die deutschen Bischöfe vom 11. Januar 1998 (Johannes Paul II. 1998); die vom Papst befürchtete „Zweideutigkeit“ bei fortgesetzter Mitwirkung der Kirche im staatlichen System der Schwangerschaftskonfliktberatung veranlasste die deutschen Bischöfe, nach einem Weg zu suchen, wie das Engagement für das werdende Leben und für Mütter /Eltern in Konfliktsituationen unter Vermeidung solcher „Zweideutigkeit“ fortgeführt werden könne; nach heftigem Ringen und erheblichen innerkirchlichen Konflikten und einer weiteren Intervention des Papstes vom 3. Juni 1999 (Johannes Paul II. 1999) führte dies im Jahr 1999 zum Ausstieg der katholischen Kirche aus dem staatlichen Beratungssystem - und in der Folge zur Gründung des Vereins *donum vitae* e.V. durch katholische Laien (vgl. Donum Vitae o. J.).

³⁰ Vgl. v. a. Enzyklika LS 119–123; zur Einbettung der verschiedenen Dimensionen des Lebensschutzes in den komplexen Zusammenhang von Human- und Naturökologie vgl. u. a. Heimbach-Steins/Lienkamp 2015.

zung des ‚Gender-Mainstreaming‘-Projekts und die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.“ (GP 41) Die in der Programmatik der AfD unter dem Begriff „Gender“ subsumierten Aspekte werden damit den gesellschafts- bzw. innenpolitischen Faktoren zugerechnet, die nach der Wahrnehmung der Partei den Fortbestand des deutschen „Staatsvolkes“ bedrohen. In der Frühphase der Parteigeschichte taucht Gender als Schlagwort nicht auf, der Begriff "Gender-Ideologie" wird erstmals 2014 in den Landeswahlprogrammen für Thüringen und Sachsen benutzt (WPSN 9; WPTH 6). In den folgenden Abschnitten werden die Deutungen der AfD zu den Begriffen *Gender Mainstreaming*, *Gender Studies* und *Gender-Ideologie* präsentiert und die Positionen der Partei zu *Gleichberechtigung und Gleichstellung* nachgezeichnet; im Anschluss daran wird wieder ein Vergleich zu den Positionen der kirchlichen Lehrverkündigung gezogen.

2.2.1 *Gender Mainstreaming, Gender Studies und „Gender-Ideologie“*

In den Programmtexten der AfD werden verschiedene Gender-Begriffe, die teils jedoch sehr wenig miteinander zu tun haben, vermischt und so dargestellt, als bildeten sie eine homogene Ideologie. So wird Gender Mainstreaming, das als politische Leitlinie eigentlich nur beschreibt, wie Institutionen unter dem Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit beurteilt werden sollen, zu einem politischen Programm, das vom Kindergarten bis zur Universität die Marginalisierung „naturegegebene[r] Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ zum Ziel habe (GP 55). Gender Mainstreaming wird nicht nur für eine als verfehlt beurteilte Sexualpädagogik (unter dem Stichwort „Frühsexualisierung“), sondern auch für die angeblich pseudowissenschaftlichen Gender Studies (vgl. GP 52; 55) verantwortlich gemacht. Hier muss differenziert werden:

Erstens ist Gender Mainstreaming als politische Leitlinie zu unterscheiden von der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Geschlechtsidentitäten, sozialen Geschlechterrollen und Sexualität (Gender Studies) und der sexualpädagogischen Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Fundierte Kritik sollte diese Theorieebenen und ihre jeweiligen Funktionen sauber trennen. Hinter der Gleichsetzung von Gender Mainstreaming mit „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“ steht jedoch politisches Kalkül: So kann ein diffuses und massiv überhöhtes Feindbild erzeugt werden, das sich nicht mehr einfach durch die Widerlegung eines seiner Teile entschärfen lässt und beliebig an Gegenargumente angepasst werden kann. Dieses diffuse Feindbild stammt ursprünglich aus der nationalkonservativen und rechtsradikalen Szene,³¹ wurde so auch in der „Gender mich nicht voll“-Kampagne der Zeitung „Junge Freiheit“ genutzt (Kohrs 2016) und hat mit den Schlagworten „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“ inzwischen

³¹ Insbesondere das „Infoheft“ der Kampagne free-gender, welches 2009 online unter dem Titel *Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen* (<http://www.free-gender.de/wp-content/uploads/2011/02/Infoheft-2.pdf>) veröffentlicht wurde, hat augenscheinlich vielen rechtsextremen, rechten und konservativen Kreisen als Stichwortgeber gedient. Allgemein zu der Auseinandersetzung mit Gender in der rechten Szene siehe auch Winter 2016.

auch Eingang in das Parteiprogramm der CSU gefunden (GP CSU 14). Demgegenüber kommt der Begriff „Gender“ in den Parteiprogrammen der linken Parteien so gut wie gar nicht vor: So spricht sich die SPD in ihrem Grundsatzprogramm zwar allgemein für Gender Mainstreaming aus (GP SPD 41), erwähnt den Begriff sonst jedoch nicht; die Grünen verwenden ihn in ihrem Bundestagswahlprogramm für 2017 überhaupt nur, um auf die Haltung der AfD aufmerksam zu machen (BWP GRÜNE 58), und die Linke benutzt ihn nur im Zusammenhang der Diskriminierung sexueller Minderheiten („Transgender“; GP LINKE 16; 51).

Zweitens muss auch innerhalb der einzelnen Aspekte, die in dem Gender-Feindbild der AfD verwoben sind, differenziert werden. Die Gender Studies etwa werden von der AfD pauschal als „pseudowissenschaftlich“ bezeichnet, und es wird die Beendigung staatlicher Förderung von Genderforschung verlangt (GP 52). Dies erweckt den Eindruck, als würden Gender Studies nur nach einer einzigen Methodologie und mit eindeutigen politischen Zielsetzungen betrieben. Beides entspricht nicht der Wirklichkeit der Genderforschung. „Die Aufgabe, das Verhältnis von *sex* und *gender* und eine Fülle daran anschließender hermeneutischer und normativer Fragen zu klären, eröffnet [...] ein weites Forschungsspektrum für Philosophie und Theologie, Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften, aber auch Medizin und weitere Humanwissenschaften. Es gibt nicht *die* Gender-Theorie, sondern eine Vielfalt von Gendertheorien oder Genderstudies, und es gibt verschiedene Ansätze und Bereiche der Geschlechterforschung.“ (Heimbach-Steins 2015: 10.) Auch im Bereich der Sexualpädagogik muss genau unterschieden werden. Wenn im Grundsatzprogramm der AfD die Information über Themen wie Homo- oder Transsexualität im Rahmen schulischer Lehrpläne mit einem „Umerziehungsprogramm“, das wehrlosen Schülerinnen und Schülern ein bestimmtes sexuelles Verhalten aufdränge (GP 55), gleichgesetzt wird, ist eine sachliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie altersgemäße Aufklärung an Schulen aussehen kann und soll, von einer solchen Position aus nicht mehr möglich.

Drittens sei darauf hingewiesen, dass eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Gender Mainstreaming als politischer Leitlinie sich bei der AfD in der konsequenten Ablehnung von Quotenregelungen erschöpft (ebd.), wobei Gender Mainstreaming sich tatsächlich weder auf Quoten beschränken lässt noch diese notwendigerweise fordern muss. Als politische Strategie setzt Gender Mainstreaming bei der Erfahrung an, dass „Geschlecht“ de facto eine strukturierende Größe der Gesellschaft ist. Deshalb, so die Grundannahme, ist es aus Gründen der Gerechtigkeit erforderlich, ausdrücklich und (soweit wie möglich vorausschauend) die möglicherweise geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Wirkungen politischer Entscheidungen zu prüfen, um Diskriminierungen von Frauen *und* Männern zu vermeiden beziehungsweise zu überwinden. Es geht also in einem umfassenden Sinn um gerechte Beteiligung und Verteilung sowie – im Rahmen des Möglichen – um einen gerechten Ausgleich im Falle bestehender Benachteiligungen (vgl. Heimbach-Steins 2015: 11). Dass um konkrete Maßnahmen der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gestritten werden darf und muss, steht außer Frage; eine grundsätz-

liche Diffamierung des Anliegens muss sich jedoch selbst dem Verdacht vorgängiger ideologischer Festlegungen stellen.

2.2.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung

Die AfD unterscheidet in der Frage von Quotenregelungen strikt zwischen Gleichberechtigung und Gleichstellungspolitik, wobei letztere generell abgelehnt wird (GP 56). Außer in der Diskussion um Quotenregelungen, die laut AfD „leistungsfeindlich“ seien und nicht zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitragen, taucht der Begriff der „Gleichberechtigung“ sonst nur im Zusammenhang mit der Zurückweisung des muslimischen Schleiers bzw. Kopftuchs (*Hijab*, *Niqab*, *Burqa*) auf, welches der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen „als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung“ prinzipiell widerspreche (GP 50).

Mit der Unterscheidung von Gleichberechtigung als formaler Eigenschaft eines politischen Systems und Gleichstellung als aktives politisches Eingreifen in materielle Lebensbedingungen werden unterschiedliche Denkmuster bedient: Zum einen kommt hier die liberale und libertäre Unterscheidung von formeller und materieller Gleichheit zum Tragen, wobei letztere als politischer Paternalismus bzw. „Klientelpolitik“ abzulehnen sei. Hier ist darauf aufmerksam zu machen, dass der politische Auftrag zur Förderung tatsächlicher Gleichheit im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (vgl. GG Art. 3, Abs. 2, Satz 2) ausdrücklich festgeschrieben ist. Zum anderen wird auf die konservative Unterscheidung von Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit, insbesondere in Bezug auf Geschlechterverhältnisse, Bezug genommen. Dass Frauen und Männer gleichwertig, aber nicht gleichartig (sondern durch naturgegebene Differenzen unterschieden) seien, ist eine Denkfigur, die sich sowohl in nationalkonservativen und in christlichen Positionen findet als auch in sogenannten differenzfeministischen Positionen, die für eine Aufwertung spezifisch weiblicher Eigenschaften und Fähigkeiten gegenüber spezifisch männlichen Eigenschaften und Fähigkeiten argumentieren (vgl. u. a. Carol Gilligan 1982/1984; Libreria delle donne di Milano 1987/1991). Hingewiesen sei hier darauf, dass die Ablehnung speziell des muslimischen Schleiers bzw. Kopftuchs allenfalls schief in dieses Bild passt, da diese im Wortsinne symbolpolitische Forderung weder stichhaltig mit einem formal-liberalen Begriff von Gleichberechtigung zu begründen ist, noch nachvollziehbar dargelegt wird, wieso sich christlich-konservative und nationalkonservative Rollenbilder unter ein Verständnis von Frau und Mann als „gleichwertig, aber nicht gleichartig“ subsumieren lassen, bestimmte muslimische Bekleidungsvorschriften aber nicht.

2.2.3 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

Die Positionierung der AfD zum Themenkomplex Gleichberechtigung und Gleichstellung bietet Anknüpfungspotential sowohl ins wirtschaftsliberale als auch ins konservative Milieu bis hin zum rechten Rand des politischen Spektrums. In allen diesen Milieus lässt sich der Gedanke

finden, dass Gleichberechtigung in Deutschland bereits Realität sei und dass damit ein weiteres politisches Eingreifen der Politik im Sinne der Gleichstellung (von Frauen und Männern, behinderten und nicht-behinderten Menschen, usw.) überflüssig oder gar schädlich sei.

Dieser Gedanke ist so jedoch nicht aus der katholischen Soziallehre abzuleiten, die auf der Basis eines christlichen Personkonzepts einem rein formellen Gleichheitsbegriff, wie ihn etwa Wirtschaftsliberale vertreten, sehr skeptisch gegenübersteht, das Verwirklichung von echter Chancengerechtigkeit, auch etwa der sozialen Inklusion z. B. von behinderten Menschen³², hingegen grundsätzlich unterstützt. Dies entspricht dem Solidaritätsgedanken, der nicht nur als Tugend, sondern als Prinzip der Gesellschaftsgestaltung zu den Grundpfeilern sozialkatholischen Denkens gehört.

Die Ablehnung einer traditionellen Werte in Frage stellenden und diese untergrabenden "Gender-Ideologie" ist jedoch auch in der katholischen Kirche (sowie in konservativen protestantischen Kreisen und insbesondere unter evangelikalen Christinnen und Christen) verbreitet; hier bestehen deutliche Überschneidungen zwischen AfD-Forderungen und Positionen, die sowohl durch das päpstliche als auch das bischöfliche Lehramt der Kirche vertreten werden, etwa was progressive Ansätze in der Sexualpädagogik betrifft. Auch die Skepsis gegenüber rechtlichen und politischen Anstrengungen zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und der Überwindung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung ist in der Lehre der Kirche tief verankert. Das gesamtkirchliche Lehramt ebenso wie verschiedene Bischöfe haben im letzten wie im aktuellen Pontifikat entsprechende Positionen adaptiert³³, die von einigen Autorinnen und Autoren seit Jahren publikumswirksam verbreitet werden (vgl. insbesondere Kuby 2012; Kuby 2014; Spieker 2016). Dies gilt namentlich für die (auf tiefgreifenden Missverständnissen bzw. allenfalls höchst selektiver Rezeption) basierende pauschale Ablehnung wissenschaftlicher Genderforschung, die daran anschließende vehemente Kritik eines Komplexes, der „Gender-Ideologie“, zuweilen auch „Genderismus“ genannt wird, und die Abwehr von „Gender Mainstreaming“, das allerdings auch in diesem Schrifttum, ganz ähnlich den Texten der AfD, nicht (wie im rechtlichen und politischen Diskurs) als politische Strategie der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit verstanden wird, sondern als eine Art feministisch gelenkte Verschwörung zur Abschaffung der Familie und der normativen Ordnung der heterose-

³² Die Kommission Erziehung und Schule der Deutschen Bischofskonferenz meldete sich im Mai 2012 mit einer „Empfehlung“ zur „Inklusiven Bildung von jungen Menschen mit Behinderungen in Katholischen Schulen“ zu Wort (DBK 2012); das Zentralkomitee der deutschen Katholiken verabschiedete ebenfalls im Mai 2012 die thematisch weiter gefasste Erklärung „Gemeinsam lernen. Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Bildungswesen“ (ZdK 2012); vgl. zum Verhältnis von Inklusion als Menschenrechtsanliegen und christlicher Sozialethik u. a. Heimbach-Steins 2013.

³³ Das Thema hat u. a. auf den Römischen Synoden zur Familienpastoral 2014/2015 eine Rolle gespielt, vgl. dazu das Nachsynodale Schreiben von Papst Franziskus *Amoris laetitia* (AL 65; 285f.); vgl. aber auch leicht nachvollziehbare aufklärende und versachlichende Beiträge, u. a. Arbeitsstelle Frauenseelsorge / Arbeitsstelle Männerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (o. J. [2015]), online abrufbar unter http://frauenseelsorge.de/download/Flyer_DINlang_10Seiter_Gender_web_klein.pdf; sowie KDFB 2015.

xuellen Zweigeschlechtlichkeit (vgl. zur Auseinandersetzung u. a.: Heimbach-Steins 2015; Marschütz 2014; Marschütz 2017). Auf der Ebene der Deutschen Bischofskonferenz gibt es seit einiger Zeit Bemühungen, ideologische Barrieren abzubauen, die einer nüchternen Wahrnehmung und einer sachlichen Auseinandersetzung mit Positionen der wissenschaftlichen Geschlechterforschung im Wege stehen. Das Feld ist offensichtlich in Bewegung. Eine katholische Positionierung sollte dementsprechend zumindest die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und zur Wahrnehmung ernsthafter Debattenbeiträge aufbringen und nicht durch ideologische Festlegungen mögliche Lern- und Entwicklungsprozesse abbremsen.

2.3 Religion

- Bezüge auf das Christentum spielen in der Programmatik der AfD keine tragende Rolle; es wird aber als *eine* Quelle der „deutschen Leitkultur“ beansprucht.
- Religionsfreiheit wird reduziert auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Die Religionsausübungsfreiheit wird gruppenspezifisch eingeschränkt, d.h. für Muslime weitgehend negiert.
- Der Islam bildet als fremde Religion und Gefahr für die „deutsche kulturelle Identität“ ein zentrales Feindbild der AfD.
- Das Interesse an Religionspolitik ist eng mit identitätspolitischen Positionen verbunden und arbeitet tendenziell gegen den menschenrechtlichen Charakter der Religionsfreiheit.

Bezüge auf religiöse Traditionen kommen in den programmatischen Texten der AfD in zweierlei Form vor: in sehr allgemeiner Form auf das Christentum, das als ein Element zur Bestimmung der postulierten „deutschen Leitkultur“ beansprucht wird, und nahezu durchgängig auf den Islam, der als „nicht zu Deutschland gehörend“ zurückgewiesen wird. Religionsfreiheit wird auf „Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ beschränkt und unter „Kulturvorbehalt“ gestellt. Die religiöse und weltanschauliche Pluralität der Gesellschaft als Thema und Aufgabe politischer Gestaltung spielt offensichtlich keine Rolle. Auf Religion wird demnach Bezug genommen im Zusammenhang mit der Sorge um die eigene Identität und mit (tatsächlichen oder behaupteten) Ängsten vor kulturell-religiös-ethnischer Fremdbestimmung durch „den Islam“. Welche Bedeutung die restriktiven religionspolitischen Anschauungen und Forderungen der AfD über die Bezugnahme auf den Islam hinaus grundsätzlich haben, wird zu fragen sein. Die folgenden Abschnitte thematisieren die Bezüge auf das Christentum und auf den Islam. Sie zeichnen die Position der AfD zur Religions(ausübungs)freiheit im Allgemeinen sowie zum Religionsunterricht und der wissenschaftlichen Theologie nach und ziehen Schlussfolgerungen im Hinblick auf die religionspolitische Ausrichtung der Partei. Im letzten Abschnitt werden die Befunde mit der Position der katholischen Kirche zur Religionsfreiheit konfrontiert.

2.3.1 Identitätspolitische Beanspruchung des „Christlichen“

In den programmatischen Texten der AfD ist keine eigenständige und programmatische, Identität stützende Bezugnahme auf das Christentum, auf das christliche Menschenbild oder auf „christliche Werte“ zu beobachten (wie dies z. B. ausführlich im Grundsatzprogramm der CDU/CSU der Fall ist). Die wenigen Rekurse auf das Christentum, die „abendländische christliche Kultur“, auf (jüdisch-)christliche Traditionen bzw. die „religiöse Überlieferung des Christentums“ und auf die christlichen Kirchen stehen entweder im Dienst der Bestimmung der „deutschen Leitkultur“³⁴ oder im Dienst der Abgrenzung vom und der Ausgrenzung des Islams. Insofern der Islam im Grundsatzprogramm durchgängig als striktes Gegenbild dessen, was der „deutschen Leitkultur“ gemäß ist, gezeichnet wird, hängen beide Kontexte auf das Engste zusammen.

Bezüge auf Christentum und Kirchen sind rein zweckorientiert: Sie instrumentalisieren das Christentum für eine Ideologie des Nationalen; einerseits affirmativ für das Konstrukt der „deutschen Leitkultur“, andererseits abgrenzend gegenüber dem Feindbild Islam, das durch die Gegenüberstellung mit dem für die eigene Position beanspruchten religiösen Bezugssystem verstärkt wird. Die christlichen Kirchen werden im Grundsatzprogramm nur einmal explizit erwähnt, nämlich als Vertreter eines „toleranten Nebeneinander der Religionen“ (GP 50). Dies richtet sich jedoch wiederum gegen den Islam, dem religiöse Toleranz grundsätzlich abgesprochen wird. Inwiefern die christlichen Kirchen solche Toleranz üben, was sie bedeutet und inwiefern sie Grenzen kennt, spielt keine Rolle.

2.3.2 Feindbild Islam

Leitsatz der Behandlung des Islams im Grundsatzprogramm wie auch in dem Programm zur Bundestagswahl ist die Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ (GP 49; BWP 33). In den Themenfeldern Familien und Kinder; Kultur, Sprache und Identität; Schule, Hochschule und Forschung sowie Einwanderung, Integration und Asyl rekurriert das Grundsatzprogramm durchgehend und in abgrenzender Absicht auf den Islam, wobei nicht auf die Religiosität von Muslimen, sondern auf den Islam als religiös-politisches Herrschaftssystem Bezug genommen und dieses als Bedrohung der nationalen Identität und der „deutschen Leitkultur“ zurückgewiesen wird. So wird der politische Umgang mit dem Rückgang der einheimischen Bevölkerung in ein quasi final-logisches Verhältnis zu der „Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten“³⁵ gesetzt (vgl. GP 42): Einerseits wird insinuiert, die Politik fördere diese Einwanderung, um die demographischen Trends zu stoppen bzw. umzukehren, und andererseits, zuwandernde Muslime seien generell minderqualifiziert. Zuwanderung sei (ausschließlich) im

³⁴ Vgl. hierzu das oben (1.2.2) zum Kulturverständnis der AfD Gesagte.

³⁵ Zwischen islamischen Staaten und muslimisch geprägten Gesellschaften wird nicht unterschieden.

ökonomischen Interesse der aufnehmenden Gesellschaft zu steuern (vgl. GP 58 und 62f.), und es sollen grundsätzlich nur der eigenen Kultur affine Menschen aufgenommen werden. Dies passt zu der Auffassung, die „deutsche kulturelle Identität als Leitkultur“ müsse gegen die „Ideologie des Multikulturalismus verteidigt werden, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt“ und die „die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit (betrachtet)“ (GP 47). Dass auch diese Passage auf den Islam zielt, wird unzweifelhaft deutlich, wenn man die ähnliche Aussage hinzuzieht, der Islam gehöre nicht zu Deutschland (vgl. GP 49), und die AfD sehe „in seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen [...] eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (ebd.) Auch wenn viele Muslime rechtstreu und integriert seien, wird vor der Bildung von Parallelgesellschaften und vor einer Herrschaft der Scharia gewarnt (ebd.).

Ohne Zweifel ist es berechtigt, Tendenzen der Desintegration mit Sorge zu begegnen, und Bemühungen, islamistische Radikalisierung Jugendlicher zu verhindern, grundsätzlich zu unterstützen. Allerdings wären unter diesen Vorzeichen Differenzierungen angebracht, die die AfD gerade nicht vornimmt. So differenziert ihr Grundsatzprogramm nicht zwischen Islam und Islamismus (letzte Vokabel kommt im Grundsatzprogramm nicht vor) und zeichnet ein grundlegend abwertendes Islambild.³⁶ Damit hebt es sich erneut von den Positionen anderer politischer Parteien ab: Das Wahlprogramm der Grünen 2017 z. B. grenzt die integrationspolitische Grundaussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ ab von nicht zu tolerierender islamistischer Gewalt und Terrorismus wie auch von aus dem Ausland kontrollierten islamischen Vereinen (BWP GRÜNE 55–56); auch die konservative CSU differenziert, indem sie in ihrem Wahlprogramm festhält: „Der *politische* Islam gehört nicht zu Deutschland“ (GP CSU 15, Hervorhebung v. d. A.), von diesem einen „europäischen, aufgeklärten“ Islam abgrenzt und ansonsten von „Islamismus“ spricht.

2.3.3 Keine Religionsausübungsfreiheit für Muslime

Unter der Überschrift „Der Islam im Spannungsverhältnis zu unserer Werteordnung“ (GP 48f.) – und nur hier – werden Aspekte der Religionsfreiheit aufgegriffen:

„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Die Rechtsvorschrift

³⁶ Zudem werden in keiner Weise jene teilweise langfristig wirksamen Faktoren in der Aufnahmegesellschaft problematisiert, die Desintegration befördert bzw. Integration erschwert haben (wie fehlende soziale Aufstiegs- und politische Teilhabechancen, aktive Förderung der Bildungsbeteiligung usw. (vgl. hierzu u. a. Heimbach-Steins 2016: 103–118).

ten der Scharia sind mit unserer Rechtsordnung und unseren Werten unvereinbar. Dies wird auch durch die für die islamische Staatenwelt bedeutendste Kairoer Erklärung vom 4.8.1990 dokumentiert.“ (GP 48)

Während das menschen- und grundrechtlich absolut geschützte *forum internum* „uneingeschränkt“ anerkannt wird, macht der Folgesatz deutlich, dass die AfD keineswegs das Grundrecht der Religionsfreiheit umfassend anerkennt; zu diesem gehört die Freiheit der Religionsausübung, die nach Art. 4 GG keinem Gesetzesvorbehalt unterliegt, sondern seine Grenzen allein in den übrigen Grundrechten findet (anders als im Falle der Meinungs- und Pressefreiheit, vgl. Art. 5 GG). Die Religionsausübungsfreiheit kann nicht von dem jeweiligen Bekenntnis abhängig sein. Ein Staat, der so agieren würde, hätte seine Pflicht zur weltanschaulichen Neutralität verletzt. De facto wird seitens der AfD die gemeinschaftliche Religionsausübung als eine grundlegende Dimension der Religionsfreiheit (weitgehend) negiert, indem sie Angehörigen einer bestimmten Religion grundsätzlich abgesprochen wird. Denn es geht der AfD ausschließlich um den Islam; von anderen Religionen oder Weltanschauungen ist nirgendwo die Rede, abgesehen von wenigen kontrastierenden Verweisen auf das Christentum, mit denen die Zurückweisung des Islams rhetorisch verstärkt wird.

Im Hinblick auf den Islam werden die geforderten Grenzen der Religionsausübungsfreiheit sowohl grundsätzlich gezogen als auch im Detail ausgearbeitet. Formal wird zwar nicht jede „islamische Glaubenspraxis“ zurückgewiesen, sondern es werden Bedingungen genannt; diese sind allerdings sehr vage gefasst. Als Kriterium wird nicht nur geltend gemacht, ob eine religiöse Praxis „gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ bzw. gegen „unsere Gesetze“ gerichtet ist, sondern auch, dass sie sich nicht „gegen die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur“ (ebd.) richten dürfe. Da die Frage, was zu den „Grundlagen“ gehört, erheblichen Interpretationsspielraum lässt, wird damit quasi ein Freibrief für die Zurückweisung jeder öffentlichen Ausübung muslimischer Frömmigkeit ausgestellt.

Die Aussage zur Scharia suggeriert ein eindeutiges Verständnis dessen, was die „Scharia“ ist und verlangt (GP 48f.); sie lässt außer Acht, dass es dazu ausgedehnte innerislamische und islamwissenschaftliche Diskurse und verschiedene Deutungen gibt. Der Bezug auf die Kairoer Erklärung und den Scharia-Vorbehalt, der darin gegenüber den Menschenrechten geltend gemacht wird, kann den Eindruck erwecken, diese Erklärung habe den gleichen Status wie die Rechtsordnung des Grundgesetzes oder stehe mit völkerrechtlich bindenden Menschenrechtsverträgen auf einer Stufe.³⁷ Der Verweis auf die – in der Tat menschenrechtlich problematische – Kairoer Erklärung fungiert im Grundsatzprogramm als scheinbar eindeutiger Beleg für die Auffassung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Die Aussage, die auf den vieldiskutierten,

³⁷ Nach dem Maßstab der universalen Menschenrechte erweist sich die KE „[...] als ein politisches Dokument, das die inhaltliche Kontinuität mit den universalen Menschenrechtsstandards der Vereinten Nationen bewußt preisgibt.“ (Bielefeldt 1998: 137)

aber auch vielfach zustimmend zitierten Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff anspielt (und damit wieder die etablierte Politik, die „politische Klasse“, treffen soll), wird durch Sätze zur behaupteten zweifelhaften Rechtskonformität des Islam ergänzt. Hinreichend vorsichtig formuliert, um nicht den Vorwurf einer pauschalen Bezeichnung „des Islam“ auf sich zu ziehen, suggerieren sie jedoch, es führe nahezu unweigerlich in Parallelgesellschaften und islamistische Radikalisierung, würde man „dem Islam“ freie Religionsausübung ermöglichen.

Wenn „Religionskritik, auch Kritik am Islam“ mit Verweis auf das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigt wird, geht es offensichtlich nicht um Kritik religiöser Lehren und Positionen, sondern um die Zurückweisung des Islams als religiös-politisches System und des diesem generell unterstellten Herrschaftsanspruchs. Eine Differenzierung des Islambildes, die dessen innerer Vielschichtigkeit Rechnung tragen würde, zeigt sich nirgendwo auch nur im Ansatz. Hingegen wird eine Kritik an dieser Position der AfD als „Diffamierung von Islamkritik als ‚Islamophobie‘ oder ‚Rassismus‘“ pauschal zurückgewiesen (vgl. GP 49).³⁸

Dem entspricht die generelle Ablehnung öffentlicher symbolischer Repräsentationen muslimischen Glaubens, namentlich Minarett und Muezzinruf (vgl. GP 50), die in der Bundesrepublik Deutschland durch das Recht auf freie Religionsausübung gedeckt sind. Es steht der AfD frei, dieses Recht zu kritisieren, sie ist aber im Sinne der Verfassungstreue dennoch daran gebunden.³⁹ Das gilt auch für die Begründung, die für die Ablehnung des Muezzinrufes (der in deutschen Städten u. W. kaum je öffentlich hörbar ist) angeführt wird: Das darin ausgedrückte Bekenntnis abzulehnen, steht ihr frei; für den auf weltanschauliche Neutralität verpflichteten Staat ist das aber nicht relevant, da er nicht über Bekenntnisinhalte zu befinden hat. Allenfalls stellt sich (wie übrigens auch beim Glockenläuten christlicher Kirchen), wenn entsprechende Ansinnen von Bürgerinnen und Bürgern geltend gemacht werden, die Frage, ob bestimmte Lärmbelastungsgrenzen überschritten werden. Die „Islamkritik“ der AfD erweist sich damit als weitgehend inhaltsleer; sie richtet sich entweder gegen nichts Konkretes oder gegen Sachverhalte, die in und für Deutschland nicht relevant sind (Muezzinruf). Konkret wird sie einzig und

³⁸ Im gegebenen Kontext liest sich dies wie eine Inversion der auf internationaler Ebene wohlbekannten Kampagne der Organisation islamischer Staaten (OIC) gegen die Diffamierung von Religion und die Verknüpfung der Bemühungen um Freiheit der Religion (nicht individuelle Religionsfreiheit) mit der Bekämpfung von Rassismus. Zwischen 2001 und 2011 – und nochmals verstärkt durch den Streit um die Mohammed-Karikaturen in Dänemark 2005 – stellte die Kampagne gegen Religionsdiffamierung bei den Vereinten Nationen ein ständiges Konfliktfeld zwischen OIC und westlichen Staaten dar. Dies lag zu einem guten Teil darin begründet, dass die Spannung zwischen Freiheit der Religion und anderen Grundrechten, etwa auf freie Meinungsäußerung oder die Freiheit des Gewissens, einseitig zugunsten der ersteren aufgelöst werden sollte und sich darin ein menschenrechtlich hochproblematisches Verständnis von Religionsfreiheit äußerte. Erst die erwähnte Verknüpfung mit der Bekämpfung von Rassismus bahnte den Weg zu einer produktiveren Auseinandersetzung mit dem Problem der Religionsdiffamierung, vgl. dazu Bielefeldt 2012: 18–20.

³⁹ Dieser Grundsatz ist im Übrigen Bestandteil des Selbstverständnisses des säkularen (nicht: laizistischen) Staates: Niemand darf zu einem bestimmten Bekenntnis gezwungen werden; es ist aber auch jedem erlaubt, seine religiösen Überzeugungen in Gemeinschaft mit anderen zu leben (vgl. Hinsch 2013: 10–11).

allein in Bezug auf die Minarette. Hier werden Ressentiments bedient und verstärkt, die sich in Teilen der Bevölkerung regen, wenn in deutschen Städten Moscheebauprojekte konkret werden, wie etwa in den vergangenen Jahren u. a. in Köln, München oder Erfurt.

Die Verleihung des Körperschaftsstatus für islamische Organisationen wird mit dem Verweis darauf abgelehnt, dass diese die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen (vgl. GP 50). Dass es bereits heute islamische Organisationen gibt, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt sind, spielt in der Argumentation keine Rolle.⁴⁰ Die Erläuterung geht zudem über die Faktenfrage (Erfüllung oder Nicht-Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen) deutlich hinaus, wenn sie den Organisationen pauschal ein Streben nach Ausbau einer Machtposition unterstellt (vgl. GP 50).

Schärfer als die Positionen zu den vorigen Themen ist die *Forderung* formuliert, ein Verbot der Vollverschleierung sei *notwendig* (vgl. GP 50). Es mag Gründe geben, Vollverschleierung in der Öffentlichkeit abzulehnen und ggf. sogar ein Verbot derselben anzustreben. Eine in der Vorwahlkampfphase im Frühjahr 2017 getätigte Äußerung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière unter dem Vorzeichen der „deutschen Leitkultur“ („Wir sind nicht Burka“) hat jüngst eine Diskussion entfacht, die zeigt, wie umstritten das Thema in Deutschland ist. Ob ein Verbot *notwendig* ist, bleibt jedenfalls diskutabel.

Vorsichtiger wiederum wird die Position zum Kopftuch vorgetragen. Sie knüpft an eine seit vielen Jahren breit geführte gesellschaftliche, politische und juristische Diskussion an. Ungeachtet der Interpretationskonflikte um die Deutung des Kopftuchs als religiöses oder politisches Symbol und ungeachtet der Tatsache, dass muslimische Frauen verschiedene Gründe haben können, das Kopftuch zu tragen, wird beansprucht, eindeutig zu wissen, was das Kopftuch bedeutet – nämlich ein Herrschafts- bzw. Unterdrückungssymbol (vgl. GP 50).⁴¹

2.3.4 *Weder islamischer Religionsunterricht noch islamische Theologie an staatlichen Bildungseinrichtungen*

Das AfD-Grundsatzprogramm nimmt reale Probleme auf, die sich aus dem Einfluss staatlicher oder nicht-staatlicher Akteure aus dem Ausland auf muslimische Organisationen in Deutschland ergeben und die in der Tat politisch problematische Folgen zeitigen (vgl. GP 50). Das steht gerade im Zeichen der engen Verflechtungen zwischen der Türkisch-Islamischen Union in

⁴⁰ Die *Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ)* - deutsch: Ahmadiyya Muslim-Gemeinschaft) in Hessen wurde als erste islamische Organisation in Deutschland 2013 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt; seit 2014 gilt dies auch für die Ahmadiyya Gemeinde in Hamburg.

⁴¹ Der Orientierung an dem Modell des französischen Laizismus ist zumindest entgegenzuhalten, dass der laizistische Weg in Frankreich keineswegs zu einem konfliktfreien Zusammenleben in der religiös und weltanschaulich heterogenen Gesellschaft geführt hat. Wenn der Laizismus als Instrument einer nationalen „Homogenisierung“, also als Vehikel zur Durchsetzung einer von einer Partei definierten „Leitkultur“, beansprucht werden sollte, so wäre das Indiz eines Strebens nach Indoktrination, das mit dem Anspruch einer freiheitlichen Gesellschaft in keiner Weise verträglich wäre.

Deutschland (DITIB) und der staatlichen türkischen Religionsbehörde der Türkei, deren Problematik im Zuge der politischen Verwerfungen nach dem Putschversuch (2016) und dem politischen Systemwechsel (2017) in der Türkei immer deutlicher werden, aber auch angesichts von Saudi-Arabien finanzierter und beeinflusster Moscheegemeinden außer Frage. Die restriktiven Forderungen der AfD laufen jedoch praktisch darauf hinaus, die gemeinschaftliche Religionsausübungsfreiheit für Muslime nahezu vollständig abzuschaffen.

Paradoxerweise werden zugleich probate Instrumente zu einer verfassungsrechtlichen „Einhegung“ religiöser Aktivitäten zurückgewiesen: So verstößt die Forderung einer generellen staatlichen Zulassung für in Deutschland predigende Imame gegen das religiöse Freiheitsrecht. Wenn eine staatliche Kontrolle der religiösen Funktionäre für notwendig gehalten wird, ist es aber geradezu widersinnig zu fordern, die „islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten [seien] abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.“ (GP 50) Die Forderung widerspricht in der Sache der ersten Forderung und ebenfalls dem Recht auf freie Religionsausübung. Das Gleiche gilt für die Forderung, den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an Schulen wieder abzuschaffen und durch „Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler“ (GP 55) zu ersetzen. Mit dieser Forderung wird ein noch nicht befriedigend gelöstes Problem – nämlich die Frage, wie die Mitwirkung der Religionsgemeinschaft an der inhaltlichen Ausgestaltung des Religionsunterrichts und der Theologenausbildung im Fall der Repräsentationsorgane des Islam in Deutschland geregelt werden kann – aufgegriffen und mit der „Generallösung“, das Projekt zu beenden, beantwortet. Offensichtlich geht es der AfD nicht um Wege der rechtlich, sozial und politisch verantwortlichen Sicherung der Religionsfreiheit für Muslime in Deutschland. Vielmehr fungieren die bestehenden Probleme und Herausforderungen als Vehikel, um muslimische Religionsausübung in Deutschland generell zurückzudrängen, zu delegitimieren und möglichst zu verhindern. Die Umsetzung der AfD-Position würde für das religionspolitische System der Bundesrepublik Deutschland einen schweren Eingriff in die korporative Religionsfreiheit einer bestimmten Religionsgemeinschaft darstellen. Dem Anliegen, Integration durch die Ermöglichung religiöser Bildung in dem staatlicher Aufsicht unterliegenden öffentlichen Raum von Schule und Universität zu fördern, würde dies diametral entgegenstehen.

Auch die Forderung „Keine Sonderrechte für muslimische Schüler“ (GP 55) greift ein Thema auf, das vielfach an konkreten Fällen diskutiert wurde und für das auch rechtlich und sozial verträgliche Lösungen in der schulischen Praxis gefunden werden konnten. Das Thema berührt die Frage nach Grenzen der Religionsausübungsfreiheit, die vor allem angesichts der Kollision mit anderen Grundrechten – im konkreten Fall dem Recht der Kinder auf Bildung – bestimmt werden müssen. Nicht nur die AfD tritt dafür ein, solche Grenzen ernst zu nehmen und geltend zu machen (vgl. etwa GP SPD 37, wo betont wird, dass niemand Frauen und Mädchen unter dem Verweis auf Religion das Recht auf Bildung streitig machen solle). Hier wird aber weder auf den

positiven Grund der Begrenzung, das konkurrierende Recht auf Bildung, das im Konfliktfall staatlicherseits auch für muslimische Kinder durchzusetzen ist, Bezug genommen, noch wird darauf hingewiesen, dass und wie ein Ausgleich zwischen den konkurrierenden Grundrechten zu suchen und zu finden ist. Mit der bloßen Zurückweisung verbindet sich kein Ansatz zur Anerkennung von – zu lösenden – Konflikten.

2.3.5 Staatliche Toleranzpolitik vs. Religionsfreiheit als Grundrecht

Anhand des Umgangs mit dem Islam wird deutlich, dass die AfD das religiöse Freiheitsrecht auf die „Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit“ beschränken möchte. Gegenüber dem Schutzzumfang des Grundrechts gem. Art. 4 Abs. 1 und 2 GG vertritt die AfD die Fokussierung auf den Bereich des *forum internum* und weist nahezu alle Ansprüche auf Religionsausübungsfreiheit zurück – mit Bezug auf „den Islam“. Diese Exklusion des Islams markiert „weniger eine religiöse als eine kulturelle Grenze [...], mit der jene, die nicht zu ‚uns‘ gehören, benannt werden. Damit wird, was ‚deutsch‘ ist, wer dem ‚deutschen Volk‘ zugehörig ist, negativ, durch Ausgrenzung definiert - eine Grenzziehung, die sich eben nicht von der Verfassung her rechtfertigen lässt“ (Wildt 2017: 112).

Indem für eine bestimmte Gruppe bzw. für Gläubige und Religionsgemeinschaften eines bestimmten Bekenntnisses die Religionsausübungsfreiheit bestritten wird, wird faktisch der Grundrechtscharakter der Religions(ausübungs)freiheit negiert – sie wird allenfalls als Gegenstand staatlicher Gewährung bzw. Toleranz aufgefasst und vertreten. Die Ablehnung von islamischem Religionsunterricht und theologischer Ausbildung im Rahmen der staatlichen Bildungseinrichtungen spricht hier eine klare Sprache.

Würde eine solche tiefgreifende Umdeutung der Religionsfreiheit politisch umgesetzt, wäre das nicht nur im Hinblick auf den Islam, den die AfD mit ihren Forderungen adressiert, folgenreich: Zum einen wird der Privatisierung von Religion das Wort geredet; öffentliche Präsenz einer (bestimmten) Religion wird mit dem Verweis auf deren „Fremdheit“ und mit der Behauptung eines Herrschaftsanspruchs zurückgewiesen. Zum anderen wird der Grundrechtscharakter der Religionsfreiheit, insoweit sie über den inneren Bereich des Glaubens und des Bekenntnisses hinausgeht, bestritten. Sie wird – mit Verweis auf *inhaltliche* Aspekte des Bekenntnisses – der Verfügungsmacht des Staates unterstellt (was das Grundrecht des Grundgesetzes gerade verhindert). Im Fall der Kollision mit konkurrierenden Grundrechtsansprüchen wird nicht auf einen Ausgleich im Sinne der unteilbaren und zusammenhängenden Menschenrechte gedrungen, sondern das religiöse Freiheitsrecht bestritten.

Warum sollte eine Partei, die diese Positionen vertritt, was sie heute für den Islam fordert, morgen nicht auch für andere religiöse Bekenntnisse und Religionsgemeinschaften, auch für die christlichen Kirchen, fordern – vor allem dann, wenn sich auf dem Fundament religiöser Überzeugungen Widerstand gegen die vertretenen Positionen der Partei regt? Die ausgrenzende

religionspolitische Linie, die das Grundsatzprogramm der AfD gegen den Islam in Deutschland vertritt, läuft auf einen Paradigmenwechsel hinaus, der – käme er zur politischen Durchsetzung – das Verhältnis von Gesellschaft, Staat und Religion grundsätzlich beträfe und tiefgreifend verändern würde.⁴² Die sich darin andeutende Tendenz ist im Zusammenhang mit den Konstrukten einer „deutschen Leitkultur“, der Auffassung von der Herrschaft des „Volkes“ – jenseits des repräsentativen Systems –, den Versuchen, „völkisches“ Denken zu rehabilitieren und weiterer Elemente der von der AfD vertretenen rechtspopulistischen Ideologie zu interpretieren (vgl. hierzu Wildt 2017).

2.3.6 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

Die katholische Lehrposition zur Religionsfreiheit ist seit dem II. Vatikanischen Konzil durch die Anerkennung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund der Konfliktgeschichte der katholischen Kirche mit dem sich modernisierenden und säkular verstehenden Staat im 19. Jahrhundert formulierte das Konzil in der Erklärung „Dignitatis humanae“ (DiH) seine Position der Anerkennung der Religionsfreiheit als Recht der Person (vgl. hierzu ausführlich: Siebenrock 2005; Heimbach-Steins 2012: 51–101). Wenn die katholische Kirche sich heute also eindeutig zu diesem Recht bekennt, bedeutet das nie nur ein Recht der Christen (oder ein Recht der Kirche) auf Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit sowie auf die individuelle und gemeinschaftliche Freiheit der Religionsausübung. Vielmehr schließt die Anerkennung der religiösen Freiheit als Recht der Person zwingend das Recht der Anderen – und das Eintreten für deren religiöse Freiheit – mit ein, sofern sie gefährdet ist. Die Freiheit von Zwang in religiösen Dingen wird als Menschenrecht anerkannt und verteidigt; die Kirche nimmt sich selbst wie alle anderen Religionen als Trägerin einer Verpflichtung wahr, dieses Recht zu achten. Daher erhebt sie ihre Stimme, wo dieses Recht missachtet, wo Menschen aus religiösen Gründen diskriminiert, unterdrückt oder verfolgt werden, und setzt sich zugleich für einen Dialog der Religionen ein, der wechselseitige Achtung und Wertschätzung fördert und unterstützt, ohne die Unterschiede zwischen den Bekenntnissen zu nivellieren oder zu banalisieren.

Die für die AfD programmatische Ausgrenzung des Islams – und damit de facto der muslimischen Gläubigen – von dem grundgesetzlich garantierten Schutz der Religionsausübungsfreiheit ist mit der Position der katholischen Kirche weder in menschenrechtlicher Hinsicht noch im Hinblick auf die theologische Position zu den anderen Religionen noch in Bezug auf das Gewicht interreligiöser Verständigung vereinbar. Dass religiöse Akteure auch Pflichten haben – in Bezug auf die Anerkennung der Rechte der Anderen und den Schutz der öffentlichen Ordnung

⁴² Vor diesem Hintergrund kann die vordergründig steuerpolitische Forderung, „die Bezahlung von Kirchenrepräsentanten wie Bischöfen etc. aus allgemeinen Steuermitteln [...] abzuschaffen“ (BWP 48) – auch als religionspolitisches Signal bzw. als ein Vorstoß gegen die institutionalisierte Gestalt der Kirchen in Deutschland interpretiert werden – unabhängig von möglichen, auch innerkirchlichen, Gründen, das Arrangement zwischen Staat und Kirche zu diskutieren.

und eines friedlichen Zusammenlebens, gehört zum Verständnis religiöser Freiheit, wie es die katholische Kirche heutzutage vertritt. Dass aber pauschal eine Religion unter Verdacht gestellt und von den die Freiheit der Gläubigen schützenden Rahmenbedingungen ausgeschlossen wird, passt ganz und gar nicht zum inzwischen gewonnenen katholischen Verständnis des religiösen Freiheitsrechts.

2.4 *Zuwanderung*

- Die AfD vertritt eine zunehmend restriktive Position in Migrations- und Asylfragen; die Programmatik hat sich von einer ökonomischen Interessen verpflichteten Einwanderungspolitik nur für Hochqualifizierte zur Forderung einer Null-Einwanderungspolitik verschärft.
- Zentral ist die Behauptung eines langzeitigen „massenhaften“ Asylmissbrauchs durch wirtschaftliche motivierte Zuwanderer.
- Integration wird ausschließlich als Bringschuld der Zuwandernden (Assimilation) verstanden.

Zuwanderung und Asyl gehören zu den bestimmenden Themen der AfD, sowohl programmatisch als auch im öffentlichen Auftritt einzelner Politikerinnen und Politiker. Die allgemeine Position der AfD zu diesen Themen fügt sich dabei in die bereits diskutierte „nationale Bevölkerungspolitik“ bzw. das Bedrohungsszenario eines aussterbenden deutschen „Staatsvolks“ ein.⁴³ Zentraler Bezugspunkt ist dabei immer wieder die europäische Flüchtlingskrise von 2015 und 2016 und deren Nachwirkungen. Bereits in den Leitlinien von 2014 wurde eine ausschließlich an wirtschaftlichen Bedürfnissen orientierte Zuwanderungspolitik „integrationsfähiger und -williger“ Migrantinnen und Migranten nach kanadischem oder australischem Vorbild gefordert (PL 5; so auch in GP 62). In den darauf folgenden Jahren verschärfte sich der Ton immer weiter; und im Wahlprogramm 2017 wurde schließlich die „Null-Zuwanderung“ (BWP 30) als politisches Ziel ausgegeben, bei Asylsuchenden wird gar eine „Minuszuwanderung“ angestrebt (BWP 28). In den folgenden Abschnitten wird die Position der AfD zum Asylrecht sowie zu Integration und Staatsangehörigkeit dargelegt und der Position der katholischen Soziallehre gegenübergestellt.

2.4.1 *Asylrecht*

Die AfD unterstellt, dass in Deutschland seit Jahrzehnten das Asylrecht als ein „Vehikel der Masseneinwanderung“ missbraucht worden sei (GP 60). Zwar solle der individuelle Flüchtlingsschutz aufrechterhalten werden, die meisten Flüchtlinge kämen jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland und bedürften keines staatlichen Schutzes. Um den angeblich

⁴³ Vgl. hierzu oben 2.1.3.

massenhaften Asylmissbrauch abzustellen, verlangt die AfD unter anderem eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber (GP 60–61), die Schließung der EU-Außengrenzen und die polizeiliche und militärische Sicherung der deutschen Grenzen (GP 27, 59–60) sowie die Einrichtung außereuropäischer Asylzentren (nach australischem Vorbild; ebd.). Das (ohnehin nur noch sehr eingeschränkt vorhandene) Individualrecht auf Asyl des Grundgesetzes soll durch eine Institutsgarantie (welches den Flüchtlingsschutz dann als eingeschränktes Recht definieren könnte) ersetzt werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 wird in diesem Zusammenhang als veraltetes Instrument des internationalen Rechts dargestellt (vgl. ebd.). Als Gegenstück einer restriktiven Asyl- und Einwanderungspolitik werden Entwicklungshilfe vor Ort und die Beseitigung von Fluchtgründen propagiert (eine Forderung, die auch in bürgerlichen Parteien vertreten wird; bei dem Punkt „Fluchtgründe bekämpfen ist die beste Flüchtlingspolitik“ sind sich sogar CSU und Grüne einig, [vgl. GP 61, GP CSU 43, BWP GRÜNE 46]). Es ist offenkundig, dass kaum eine dieser Forderungen nur in der AfD gestellt wird; die Rede vom Asylmissbrauch etwa ist durchaus auch im konservativen und liberalen Milieu verbreitet. Was die AfD hier von anderen Parteien unterscheidet, ist, dass sie hinter der Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen in den letzten Jahren politisches Kalkül vermutet. Sie nutzt diese Vermutung, um der Bundesregierung – im Sinne des programmatisch vorgetragenen Antagonismus zwischen den „Eliten“ und dem „Volk“ – die Handlungslegitimität abzuspüren. Sie wirft ihr Rechtsbruch vor und unterstellt in der Folge die willentliche und wissentliche Verschleierung negativer Folgen der Aufnahme von Geflüchteten.⁴⁴ Im Asylstreit zwischen CDU und CSU, der seit dem Herbst 2015 immer wieder aufflammte, formulierte auch die CSU-Spitze entsprechende Vorwürfe gegenüber der Schwesterpartei.

Zumindest in drei Punkten argumentiert die AfD in offensichtlicher Unkenntnis der rechtlichen und politischen Sachlage:

Erstens wird behauptet, das BAMF habe seit 2014 „Pauschalanerkennungen ganzer Volksgruppen“ statt Einzelfallprüfungen vorgenommen (GP 60). Dies ist rechtlich falsch, denn jede Entscheidung des BAMF beruht auf einer Einzelfallprüfung, auch wenn offenkundig schwerwiegende Pannen passieren, wie der Fall des Bundeswehrsoldaten Franco A. jüngst gezeigt hat. Politische Maßgaben, etwa im Sinne einer allgemeinen (zuweilen höchst problematischen)

⁴⁴ Siehe etwa das Bundestagswahlprogramm (BWP 7): „Die Volksvertreter haben sich den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat nehmen lassen und die über ihre Köpfe hinweg getroffenen rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung klaglos hingenommen. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren Demokratie diesen illegalen Zustand beenden.“ Der letzte Satz des Zitats spiegelt, wie sich die Rhetorik der AfD verschärft hat. Im Grundsatzprogramm lautete dieser – im Kontext der Kritik am „heimliche(n) Souverän“, „eine(r) kleine(n), machtvoll(e)n politische(n) Führungsgruppe innerhalb der Parteien“ noch: „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (GP 8)

Einstufung bestimmter Herkunftsländer (wie etwa Afghanistan) als sicher, haben darauf nur einen indirekten Einfluss.⁴⁵

Zweitens beschreibt die AfD die Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und Asylbewerber als Maßnahme, die lediglich am fehlenden politischen Willen scheitere; dabei verkennt sie sowohl die politischen Hürden und die hohen finanziellen und menschlichen Kosten, die Abschiebungen oft im Wege stehen, als auch die Tatsache, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufgrund der grundlegenden Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit in Deutschland selbstverständlich die gerichtliche Prüfung ablehnender Bescheide freisteht. Auch dürfen Abschiebungen bei schweren Krankheiten nicht vorgenommen werden und manche Herkunftsländer sind schlicht nicht bereit, ausreisepflichtige Migrantinnen und Migranten aus ihren Ländern wieder aufzunehmen.

Drittens ist es sehr zweifelhaft, ob Entwicklungshilfe und Abschreckungsmaßnahmen wie Asylager in Nordafrika überhaupt wirksam Fluchtgründe und -anreize beseitigen könnten. Die Ärmsten der Armen sind in der Regel diejenigen, denen Entwicklungshilfe am meisten bietet, und gleichzeitig diejenigen, die ohnehin am wenigsten in der Lage sind, ihre Heimat zu verlassen. Plakativ ausgedrückt: Sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ fliehen oft nicht vor Armut als solcher, sondern vor fehlenden wirtschaftlichen Aufstiegschancen; es ist dabei nicht die schiefe Existenznot, die einen Fluchtanreiz schafft, sondern die Erwartung scheinbar unendlicher Möglichkeiten in Europa.⁴⁶ Da sich der deutsche und europäische Arbeitsmarkt bereits weitgehend gegen eine reguläre Einwanderung dieser Menschen abgeschottet haben, steht ihnen nur die irreguläre Einwanderung als Mittel zur Verfügung. Das, was in der politischen Rhetorik der AfD (und zeitweise auch der CSU) „Asylmissbrauch“ genannt und großen Gruppen von Zuwandernden pauschal vorgeworfen wird, ist in diesem Sinne also eben nicht einer zu laxen Politik geschuldet, sondern einem seit Jahrzehnten konsequent verfolgten wirtschaftlichen Protektionsismus und der Tatsache, dass Deutschland bis heute kein genuines Einwanderungsrecht entwickelt hat.⁴⁷

2.4.2 *Integration und Staatsangehörigkeit*

In den Äußerungen der AfD zu den Themen Integration und Staatsangehörigkeit setzt sich das ethno-nationalistische Verständnis des „Staatsvolkes“ fort, das schon im Zusammenhang der Familienpolitik besprochen wurde. Das Grundsatzprogramm fasst Integration ausschließlich

⁴⁵ Dass ein Herkunftsland politisch als sicher eingestuft wird, heißt noch nicht, dass Asylanträge von Bürgern dieses Landes prinzipiell keine Aussicht mehr auf Erfolg hätten; genauso wenig bedeutet die Einstufung als unsicheres Land oder Kriegsgebiet, dass alle Asylanträge automatisch angenommen würden.

⁴⁶ Siehe genau zu diesem Punkt auch die bereits oben (in Fn. 22) angesprochene Gallup-Studie zur „Auswanderungswilligkeit“, die betont, dass Unterbeschäftigung (*underemployment*) – und eben nicht Armut – einer der am schwersten wiegenden „push“-Faktoren der internationalen Migration sei.

⁴⁷ Ähnliches ließe sich über Migrationsbewegungen innerhalb der EU sagen, denen die AfD ebenfalls höchst kritisch gegenübersteht.

als Bringschuld von Migrantinnen und Migranten auf und knüpft den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft an die erfolgte Ableistung dieser Schuld (vgl. GP 63 und 65). Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt die AfD grundsätzlich ab (GP 65). Außer Spracherwerb und einer im Unklaren belassenen Forderung nach kultureller Anpassung werden jedoch keine konkreten Voraussetzungen für Integration genannt. Im Wahlprogramm verschärft sich die Sprache nochmals: Hier werden die Rückkehr zum Staatsbürgerschaftsrecht auf Abstammungsbasis (dem *ius sanguinis*, wie es bis zum Jahr 2000 in Deutschland geltendes Recht war) gefordert und der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft für terroristische Gefährder erwogen (vgl. BWP 31). Umgekehrt strebt die AfD an, deutsche Auswanderer für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen, insbesondere, wenn diese hochgebildet sind (vgl. GP 62).

2.4.3 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

Die Positionen der AfD zu Asyl und Zuwanderung stehen in deutlichem Gegensatz zur katholischen Soziallehre. Deren lange Tradition im Themenfeld der Migration stützt sich auf zwei aufeinander bezogene Grundpfeiler: das Ethos der Nächstenliebe, die auch den Fremden einschließt, und das weltbürgerliche Recht auf Migration (vgl. PT 25; 106), das seinen Niederschlag auch im Katechismus der Katholischen Kirche gefunden hat (KKK 2241). In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen erhält die Einforderung vorbehaltloser Solidarität mit Migrantinnen und Flüchtlingen, wie sie sich etwa in dem Aufruf des Papstes an die Kirchengemeinden zeigt, jeweils eine Flüchtlingsfamilie aufzunehmen (vgl. Radio Vatikan 2015), größeres Augenmerk. Ihren dringlichsten Ausdruck erhält sie in der Parallelisierung des Sterbens im Mittelmeer mit dem Brudermord Kains, wie es Papst Franziskus in seiner Predigt beim Besuch der zum Sinnbild der migrationspolitischen Krise gewordenen italienischen Insel Lampedusa zum Ausdruck gebracht hat (vgl. Franziskus 2013⁴⁸). Der argentinische Papst erneuert auch das Bekenntnis dazu, die Fremden willkommen zu heißen und für Notleidende ungeachtet ihrer Herkunft zu sorgen, weil er „das Oberhaupt einer Kirche ohne Grenzen [ist], die sich als Mutter aller fühlt.“ (vgl. EG 210). Diese Haltung findet auch Ausdruck in der Hochschätzung kultureller Vielfalt und im Gespräch zwischen den Religionen (vgl. Rede zur Verleihung des Karlspreises⁴⁹). Das solidarische Ethos der Nächstenliebe ist nicht bloß Ausdruck einer individualethischen Maxime, sondern hat seine Entsprechung im weltbürgerlichen Rechtsanspruch auf Migration:

„Jedem Menschen muss das Recht zugestanden werden, innerhalb der Grenzen seines Staates seinen Wohnsitz zu behalten oder zu ändern; ja, es muss ihm auch erlaubt sein, sofern gerechte Gründe dazu raten, in andere Staaten auszuwandern und dort seinen Wohnsitz aufzuschlagen

⁴⁸ Die Online-Version der Predigt findet sich hier: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2013/documents/papa-francesco_20130708_omelia-lampedusa.html

⁴⁹ Die Rede ist auf den Seiten des Heiligen Stuhls online einsehbar unter http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/may/documents/papa-francesco_20160506_premio-carlo-magno.html.

(vgl. Pius XII., Weihnachtsbotschaft 1952, U-G 3273–3315). Auch dadurch, dass jemand Bürger eines bestimmten Staates ist, hört er in keiner Weise auf, Mitglied der Menschheitsfamilie und Bürger jener universalen Gesellschaft und jener Gemeinschaft aller Menschen zu sein.“ (PT 25)

Die nationalstaatlich begrenzte Bürgerschaft wird hier erweitert um die Zugehörigkeit zu einer durch das Menschsein konstituierten politischen Gemeinschaft. Das (Staats-)Volk als Bezugspunkt tritt hinter die „universale Gesellschaft und Gemeinschaft aller Menschen“ zurück.⁵⁰ In diesem Sinne befürwortet die katholische Sozialverkündigung das Engagement kosmopolitischer Institutionen der Flüchtlingshilfe (vgl. PT 107–108) und verknüpft die Rechtmäßigkeit staatlicher Ordnung mit der Gewährleistung der persönlichen Freiheit derer, die aus politischen Gründen ihre Herkunftsstaaten verlassen müssen (vgl. PT 105–106). Auch wenn diese Positionen des katholischen Lehramts dem Erfahrungshintergrund der Weltkriege und der Wandlungsbewegungen der Nachkriegszeit geschuldet sein mögen, haben sie auch 50 Jahre später nichts an Aktualität eingebüßt. Das bringt nicht zuletzt eine aktuelle Stellungnahme der Kirchenleitungen in Deutschland zum Ausdruck: Eine „Politik, die Fremdenfeindlichkeit schürt, von Angst gegen Überfremdung lebt, einseitig nationale Interessen betont, ein nationalistisches Kulturverständnis pflegt und Grundfreiheiten in Frage stellt, [ist] mit einer christlichen Haltung nicht vereinbar.“ (EKD/DBK 2017: 1) Es wird deutlich, dass die Kirchen sich einer universalistischen und kosmopolitischen Position verpflichtet sehen und – bei aller Anerkennung notwendiger politischer Pragmatik – daraus den Kompass ihrer Haltung zu den Herausforderungen von Migration und Integration gewinnen.

2.5 Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Die AfD lehnt die Europäische Union als überstaatliches System ab und plädiert für ein Europa souveräner Nationalstaaten.
- Die AfD spricht der EU die demokratische Legitimität ab.
- Kooperation auf europäischer Ebene soll ausschließlich nationalen Wirtschaftsinteressen dienen; der Gedanke europäischer Solidarität und eines europäischen Gemeinwohls ist der AfD fremd.
- Die AfD vertritt ein marktliberales (bzw. libertäres) Wirtschaftsmodell, bezeichnet dies aber als Politik im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft.
- Ein schlüssiges Konzept (zur Konsolidierung) des Sozialstaats bleibt die AfD schuldig; sie nutzt hingegen auch das Feld der Sozialpolitik zur Polemik gegen Zuwanderung.

⁵⁰ Welche institutionelle Gestalt die politisch konstituierte Menschheit haben soll, wird in der Friedenszyklika nicht weiter entfaltet. Auch die aus dem Rechtsanspruch erwachsende „Verpflichtung zur Anerkennung durch die anderen“ (PT 30) wird hinsichtlich des Verantwortungszusammenhangs wie der Verfasstheit der „Anderen“ (als einzelne oder vergemeinschaftete Andere) nicht genauer bestimmt.

Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD weisen große Schnittmengen auf, so dass es sich anbietet, diese gemeinsam zu beleuchten, obgleich es im Laufe der programmatischen Entwicklung der AfD auch zu Differenzierungen der Positionen in den einzelnen Politikfeldern kommt. Als leitende Perspektive kann dabei das ökonomische Denken angesehen werden, das einerseits Ausgangspunkt der Euro(pa)kritik und damit wesentlicher Gründungsimpuls der AfD war (vgl. PL 1) und andererseits den Horizont der sozialpolitischen Forderungen (vgl. GP 32) darstellt. Die folgenden Abschnitte zeichnen zunächst die Positionierung der AfD zu Europa sowie die Verknüpfung von Wirtschaft und nationaler Politik nach; daran anschließend werden die Vorstellungen der Partei zur Wirtschaftsordnung und zum Sozialstaat reflektiert. Abschließend werden alle Aspekte mit den Positionen der Kirche ins Verhältnis gesetzt.

2.5.1 Euro-Skepsis und Europa-Kritik

Die Politischen Leitlinien von 2014 nehmen die „Eurokrise“ (PL 1) zum Anlass einer Fundamentalkritik der europäischen Politik der vergangenen Jahre: Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Soziale Marktwirtschaft und nicht zuletzt die europäische Idee seien beschädigt worden (vgl. PL 1–2). Im Anschluss an diese Krisendiagnose werden folgerichtig bereits über die Währungs- bzw. Wirtschaftspolitik hinausgehende Forderungen zu Rechtsstaatlichkeit, direkter Demokratie, Meinungsfreiheit, Geschlechterpolitik und Zuwanderung formuliert. Zwar bekennt sich die AfD 2014 noch „uneingeschränkt“ zur Europäischen Union (PL 2). Jedoch sind schon in diesem Dokument europaskeptische Töne erkennbar, die nahelegen, dass sich in der und um die AfD schon früh ein breites Bündnis jenseits der „stillschweigenden Zustimmung zur europäischen Integration“ (Pieper u. a. 2015: 150), wie sie jahrelang Konsens der politischen Landschaft war, abzeichnet.⁵¹

Ein solches Bekenntnis zur EU ist im Grundsatzprogramm von 2016 entsprechend nicht mehr zu finden. Die Kritik an der EU geht deutlich über Maßnahmen im Krisenmanagement hinaus. Sie zielt auf die gegenwärtige Gestalt der EU, die in der Tendenz zu einem zentralistischen europäischen Großstaat überzeichnet wird (vgl. GP 16–18). Dabei ist bemerkenswert, wie pauschal die Kritik ausfällt und wie wenig die historischen und politischen Entwicklungen, die zur europäischen Integration geführt haben, Berücksichtigung finden. Die Geschichte der europäischen Integration wird als Geschichte mangelnder demokratischer Legitimation, der Kompetenzanmaßung und Zentralisierung skizziert.⁵² Die Allgemeinheit der Aussagen – und die fehlende Würdigung positiver Aspekte der Europäischen Union – legen aber den Schluss nahe, dass es der AfD nicht um eine Reform des politischen Europas geht, sondern sie dieses rund-

⁵¹ Zum Phänomen des Euroskeptizismus mit Verweisen auf weitere Forschung siehe Pieper u. a. 2015: 151–152.

⁵² Alle drei Vorwürfe sind keineswegs neu und als solche schon oft aus allen politischen Lagern vorgebracht worden. Es stellt sich jedoch die in diesem Rahmen nicht zu beantwortende Frage, ob die europäische Entwicklung in dieser Eindeutigkeit wirklich zutreffend beschrieben ist. Für eine kritische, aber weiterführende Diskussion siehe Brunkhorst (2014).

heraus ablehnt. Die AfD visiert dagegen ein „Europa der Vaterländer“⁵³ (GP 17) an, welches sich hauptsächlich auf die Bündelung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen bzw. auf einen gemeinsamen europäischen Handelsraum beschränkt, in dem die Nationalstaaten im Wettbewerb miteinander konkurrieren (vgl. GP 17–18). Dieser restaurativ erscheinenden Forderung entspricht auch die Tatsache, dass die AfD eine gemeinsame europäische Außenpolitik ablehnt bzw. auf die institutionelle Verankerung einer gemeinsamen außenpolitischen Vertretung verzichten will (vgl. GP 18) und zwischen Europa- und Außenpolitik nicht unterschieden wird, ja Europapolitik Außenpolitik ist (vgl. Lewandowsky 2016: 41–46). Insgesamt wird deutlich, dass die AfD ein Modell zum Vorbild erhebt, das einem politischen Europa als eigenständiges institutionelles Gebilde, in dem die BRD einen festen Platz hat, entgegensteht. An dieser Stelle wird ein fundamentaler Unterschied zu den europapolitischen Positionen anderer Parteien sichtbar: So widmet beispielsweise die CDU der Darstellung der positiven Auswirkungen des europäischen Zusammenschlusses besondere Aufmerksamkeit (vgl. GP CDU 97 f.). Auch die SPD betont die Bedeutung der Europäischen Union für ein friedliches Miteinander zwischen den einzelnen Nationalstaaten (vgl. GP SPD 26). Die FDP artikuliert den Willen zur „politische(n) Union Europas“ (GP FDP 94). Durchaus berechtigte Kritik an Bürgerferne, mangelnder demokratischer Beteiligung und einem (ökonomisch) verkürzten Freiheitsdenken in der EU-Politik münden bei den Grünen in einem Plädoyer für eine demokratische, soziale und ökologische Gestaltung der Europäischen Union (vgl. GP GRÜNE 17), das sich in zugespitzter Form auch im Programm der Linken findet (vgl. GP LINKE 66).

2.5.2 Verbindung von Wirtschafts- und Nationalkonzepten

Auch wenn der Euro inzwischen gegenüber anderen Anliegen im Themenkanon der Partei in den Hintergrund getreten ist, ist ein längerer Abschnitt im Grundsatzprogramm der Kritik der Währungsunion und den wirtschaftlichen Aspekten der Union gewidmet (vgl. GP 18–22), womit wohl am deutlichsten an die Anfänge der Partei angeknüpft wird. Dementsprechend findet sich die Forderung nach einer Volksabstimmung über die Mitgliedschaft im Euro auch im Grundsatzprogramm, da der Euro „von Anfang an ein rein politisches Projekt“ (GP 18) gewesen sei (vgl. ebd.).

Besonders deutlich wird die Rettungspolitik verschuldeten Mitgliedsstaaten gegenüber kritisiert. Diese Unterstützung sei rechtswidrig und bremse das wirtschaftliche Wachstum der Mitgliedsländer (vgl. GP 19). Die darauf bezogenen Forderungen der AfD laufen auch sprachlich auf eine scharfe Trennung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene hinaus und

⁵³ Diese vor allem mit dem früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle in Verbindung gebrachte Formulierung bezeichnet „eine enge Form der zwischenstaatlichen Kooperation europ. Staaten, die jedoch die nationale Souveränität weitgehend unangetastet lässt und auf supranationale Einigungsschritte weitgehend verzichtet.“ (Conze 2013). Der AfD geht es dabei weniger um enge Kooperation als um die Wiedergewinnung nationaler Souveränität.

evozieren Feindbilder: So wird immer wieder betont, das eigene Geld dürfe nicht zur Rettung von „Nehmerländer(n)“ (GP 19) und „ausländische(n) Banken“ (GP 21) verwendet werden. Insgesamt wird zwischen Geber- und Nehmerländern unterschieden, zwischen denen „bereits bestehende ökonomische und politische Spannungen“ (GP 19) durch die ständigen Transferzahlungen ersterer an letztere noch verschärft würden (vgl. ebd.). Diese scharfe Trennlinie wird allerdings nicht durch plumpe Agitation, sondern durch Einbettung in eine ökonomische Kritik der Währungsunion gezogen. Der ökonomischen Fachsprache entnommene, nicht näher erläuterte Begriffe wie „EZB-Käufe“, „Targetsalden“ oder „Geldpolitische ‚Outright‘-Geschäfte“ (GP 19) und der Rekurs auf grundlegende Mechanismen der Zins- und Geldpolitik (vgl. GP 19–20) erwecken den Anschein, es handele sich bei den Ausführungen um eine fundierte kritische Analyse. Ob sich die dichotomische Einteilung zwischen Gebern und Nehmern wissenschaftlich aufrechterhalten lässt, kann an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.⁵⁴ Wichtig ist, die Stoßrichtung wahrzunehmen, mit der die ökonomische Argumentation adaptiert wird: Deutschland als Kreditgeber und stärkste Volkswirtschaft soll nicht länger bürgen für „EU-Staaten, die einer Währungsunion nicht gewachsen sind“ (GP 19), und daher der fehlgeleiteten Politik der europäischen Eliten wie auch der Bundesregierung die Gefolgschaft verweigern (vgl. GP 20).⁵⁵

2.5.3 *Wirtschaft und Soziales*

Dem antieuropäischen Impuls entspricht eine starke nationale Fokussierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, die sich als Familien- und Mittelstandspartei zu profilieren versucht (vgl. GP 36–38; 69). So kommt die AfD immer wieder auf die Situation von Familien zu sprechen, die sie unter dem Leitmotiv der zu beseitigenden Benachteiligung interpretiert, und benennt Armut als sozialen Missstand und drohende Gefahr für Familien, Alleinerziehende und Unterhaltzahlende (vgl. GP 37; 42; 44). In Bezug auf mittelständische Unternehmen geht sie auf die Herausforderung der zu erhaltenden Wettbewerbsfähigkeit ein und tritt dafür ein, die Stabilität der nationalen Wirtschaftsordnung in der globalisierten Welt zu sichern. Auch das Anliegen, die Verhältnismäßigkeit zwischen Beiträgen und Leistungen in den Sozialsystemen aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen, zeichnet sich bereits im Grundsatzprogramm ab (vgl. GP 37; 41; 72) und gewinnt im Zusammenhang des Bundestagswahlprogramms noch stärker an Profil (BWP 54–58).⁵⁶ Wie schon in anderen Themenfeldern greift die AfD die Angst auf, in einer immer stärker vernetzten Welt, die nicht kooperativ, sondern wettbewerbsorien-

⁵⁴ Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die Auswirkungen der Währungsunion und der Geldpolitik der EZB nach wie vor eine kontrovers diskutierte Frage darstellen, die keineswegs so eindeutig beantwortet wird, wie die AfD suggeriert. Zu einer positiven Einschätzung der EZB-Politik, gerade auch hinsichtlich ihrer Folgen für Deutschland, kommt beispielsweise eine Untersuchung des DIW (Rieth u. a. 2016: 139–147).

⁵⁵ Lewandowsky (2016: 47f.) macht in der dichotomischen Einteilung eine gängige AfD-Methode aus und benennt vier Gegensätze, anhand derer die AfD europabezogene Feindbilder kreiert: souveräne Nation vs. europäischer Überstaat; Subsidiarität vs. Brüsseler Zentralismus; Bürger vs. Eliten; deutsche Zahler vs. ausländische Nehmer.

⁵⁶ Die Thematisierung der Herausforderungen des Sozialstaats durch den demografischen Wandel hat bei der AfD einen stark immigrationsfeindlichen Zug (siehe bes. GP 41; BWP 54).

tiert gestaltet ist, abgehängt zu werden. In Bezug auf die Wirtschaft tritt möglicherweise noch die Angst vor einem Bedeutungsverlust auf der Weltbühne hinzu – man denke an die Marken „made in Germany“ (vgl. Bebnowski 2016: 30). In höherem Maße werden aber Intuitionen angesprochen, mit deren Hilfe versucht wird, Gruppen mit gegenläufigen Interessen gegeneinander auszuspielen. Solche Polarisierung hat intuitiv durchaus Anhaltspunkte in der Wirklichkeit. Beispiele solcher Gegenüberstellungen sind die Gegensätze zwischen Familien und Kinderlosen (vgl. GP 42), mittelständischen Unternehmen und multinationalen Großkonzernen (vgl. GP 69), deutschen Beitragszahlenden und Zuwandernden (vgl. GP 41), Erwerbstätigen und Arbeitslosen (vgl. GP 37). Hier wird das Bild einer Konfliktgesellschaft entworfen, die Politik als Aufeinandertreffen von konkurrierenden Eigen-Interessen versteht und Solidarität allenfalls als gruppenbezogene Interessensolidarität in Abgrenzung von Anderen begreift. Gesellschaftlichen Zusammenhalt will die AfD über die Vision einer ethnisch homogenen Nation herstellen. Deren normative Aufladung hat im Kontext der auf Konflikten basierenden Gesellschaft aber noch einen weiteren Aspekt, insofern die Nation als Unterscheidungskriterium dient: Adressaten der politischen Anliegen sind deutsche Familien, der deutsche Mittelstand, deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Fokussierung auf das Nationale illustriert erneut den Alleinvertretungsanspruch der AfD, den „Volkswillen“ zu repräsentieren.⁵⁷

2.5.4 Wirtschaftsordnung

Die AfD bekennt sich rhetorisch zu einer „Ordnungsethik auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“ (GP 67). Darunter versteht sie die Prinzipien „Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung“; politische Anliegen sind der „Schutz des Privateigentums, offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle“ (ebd.). Die Passage zur Sozialen Marktwirtschaft wirkt wie eine äußerst grobe und rudimentäre Zusammenfassung der Überlegungen im CDU-Grundsatzprogramm (GP CDU 46-73). Grundsätzlich ist zu beobachten, dass die AfD auf der Ebene der wirtschaftlichen Ordnung liberalkonservative Schlüsselbegriffe wie eben „Soziale Marktwirtschaft“, „Ordnungsethik“ und „Ordoliberalismus“ einspielt, auf der inhaltlichen Ebene aber mit wirtschaftsliberaler Terminologie wie „Bürokratieabbau“, „Deregulierung“ oder „Marktgerechtigkeit“ hantiert.⁵⁸ So erscheint die wirtschaftspolitische Rhetorik der AfD wie ein sozial-marktwirtschaftliches *Labeling* wirtschaftsliberaler Vorstellungen. Während die CDU mit der Formel „So wenig Staat wie

⁵⁷ Vgl. dazu oben 1.2.1.

⁵⁸ Die Kritik an der gegenwärtigen Energiepolitik (s. dazu unten den Abschnitt zu Ökologie), namentlich am Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), das als „staatliche Planwirtschaft“ charakterisiert wird, wird im Namen der „Sozialen Marktwirtschaft“ vorgetragen (konstruktive Bezüge auf eine ökologische Erneuerung / Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft lassen sich jedoch kaum identifizieren).

möglich, so viel Staat wie nötig.“ (GP CDU 54) arbeitet, setzt die AfD auf den Grundsatz „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle.“ (GP 67).⁵⁹

Das Wirtschaftsliberale zeigt sich in der Forderung nach Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, Bürokratieabbau für mittelständische Unternehmen oder in dem Versprechen von Steuersenkungen für Unternehmen. Auch das Kriterium der Marktgerechtigkeit weist eine Nähe zu marktliberalem Gedankengut auf. Dem Markt wird eine gerechtigkeitsstiftende Kraft zugesprochen,⁶⁰ ohne dass präzisiert wird, worin der Maßstab der Gerechtigkeit gesehen wird. Was mit „marktgerecht“ gemeint ist, bleibt unklar: Ist es das, was der Markt hergibt? Oder das, was im freien Tausch zwischen den Vertragsparteien ausgehandelt wird? Oder das, was dem Wert der Leistung entspricht? Die Berufung auf „Marktgerechtigkeit“ lässt erheblichen Interpretationsspielraum; die Partei vermeidet eine klare Positionierung.

Die vorausgehenden Beobachtungen decken sich auch mit den wirtschaftspolitischen Positionierungen im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017: Unter dem Erhardschen Wahlspruch „Wohlstand für alle!“ – dem geradezu paradigmatischen Versprechen der Frühphase der Sozialen Marktwirtschaft – sowie dem Grundsatz, die Wirtschaft sei für den Menschen da, und dem Ziel der „Schaffung auskömmlicher Arbeitsplätze für alle dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Mitbürger“ (BWP 51) finden sich die bekannten Forderungen nach Verschlan-
kung des Staates, Senkung der Staatsquote oder Steuersenkungen (vgl. ebd.). Beim Wohlstandsbegriff wird zwischen einer materiellen sowie einer sozialen und immateriellen Dimension unterschieden. Zu der letzteren werden „Freiheit, Selbstbestimmung, Teilhabe“ (ebd.) gezählt. Mit welchen politischen Maßnahmen diese Form des Wohlstands erreicht werden soll und was überhaupt unter den Kategorien Freiheit, Selbstbestimmung und Teilhabe verstanden werden soll, wird nicht ausgeführt.

Das Profil bleibt insgesamt vage. Auf die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft im Denken der Katholischen Sozialverkündigung (vgl. Goldschmidt 2011; Küppers 2017) wird an keiner Stelle Bezug genommen. Die konkreteren Überlegungen zu Arbeitsmarkt, Wirtschaftspolitik, Finanzen und Steuern weisen eine größere gedankliche Nähe zu marktliberalen Vorstellungen denn zu einer Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft auf. Sie erinnern in Teilen stark an Gedanken der „Karlsruher Freiheitsthese“ der FDP, die unter Bezugnahme auf die Wiederherstellung bzw.

⁵⁹ Bebnowski macht darauf aufmerksam, dass diese Rhetorik als Türöffner des vermeintlich unverdächtigen liberalen Wirtschaftsdenkens nach rechts fungiert (2016: bes. 25-27).

⁶⁰ Der Rekurs auf wirtschaftsliberales Gedankengut weckt Assoziationen zu Grundgedanken der FDP, die in ihren „Karlsruher Freiheitsthese“ von 2012 den Wirtschaftsliberalismus als eine der Traditionen des Liberalismus ausweist (vgl. GP FDP 5; 29). Der Markt als Wettbewerbsordnung ist bei der FDP jedoch primär Koordinations- und Verteilungsmechanismus (vgl. GP FDP 79). Das Gerechtigkeitskonzept der FDP ist stark am Fairnessgedanken orientiert (vgl. GP FDP 23). In Verbindung mit dem Markt kommt der Begriff Gerechtigkeit im AfD-Grundsatzprogramm in zwei Fällen vor: im Kontext der Attraktivitätssteigerung von sog. Mangelberufen, v. a. im Bereich der Pflege (vgl. GP 42), und im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und deren Preisentwicklung (vgl. GP 88). In diesen beiden Feldern haben die Liberalisierungen der letzten Jahre nicht besonders segensreich gewirkt.

konsequente Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft Wachstum und Chancen durch Ausweitung des Wettbewerbs, z. B. auch im Bereich sozialer Dienstleistungen, versprechen (vgl. GP FDP 78-79). Ähnlichkeiten bestehen ebenso im Insistieren auf dem Haftungsprinzip im Horizont der Finanzkrise (vgl. GP FDP 9; 80-81) sowie der Orientierung am Mittelstand (vgl. GP FDP 86). Ein deutlicher Unterschied zu den antieuropäischen Positionen der AfD besteht jedoch in der proeuropäischen Orientierung der FDP, die bis hin zum Willen der „politische(n) Union Europas“ (GP FDP 94) reicht.

In offensichtlichem Gegensatz zu diesen marktliberalen Vorstellungen, der jedoch nicht weiter thematisiert wird, greift die AfD in ihrem Grundsatzprogramm auch auf eher protektionistische Erwägungen zurück, wie etwa die Beibehaltung des Mindestlohns auf nationaler Ebene oder die Bindung von Freihandelsabkommen an die Vereinbarkeit mit nationalen Interessen auf internationaler Ebene. TTIP, CETA und TISA werden folgerichtig aufgrund mangelnder demokratischer Legitimation abgelehnt (vgl. GP 67). Auffällig ist eine stark nationale Ausrichtung der Wirtschaft (vgl. u. a. GP 67). So antwortet die AfD auf die Herausforderungen einer immer stärker globalisierten Weltwirtschaft mit der hoheitlichen Souveränität des Nationalstaats und postuliert für die Ordnungspolitik „gleiche und eindeutige Regeln für alle Marktteilnehmer unabhängig von deren Größe oder Rechtsform sowie staatlich garantierte Rechtssicherheit“ (GP 67). Diese für sich kaum aufsehererregende Forderung steht in dem weiteren Horizont der Wiedererrichtung eines national begrenzten Wirtschaftsraums. Im Wahlprogramm werden die „offenen Grenzen des Binnenmarkts“ für die „Zunahme unsicherer und gefährlicher Produkte“ verantwortlich gemacht (BWP 71). Die Arbeitnehmerfreizügigkeit im Raum der Europäischen Union wird im Grundsatzprogramm nur marginal – im Kontext der nach nationalen Interessen zu revidierenden Regeln der „EU-Personenfreizügigkeit“ (GP 58; 61f.) – angesprochen. Im Wahlprogramm wird gefordert, der freie Personen- und Güterverkehr sei im Rahmen eines wieder eingeführten Grenzschutzes zu gewährleisten (vgl. BWP 19). Ein schlüssiges, wenigstens punktuell ausgearbeitetes Konzept der (Neu-)Ordnung des europäischen und vor allem globalen Marktes, der zweifellos dringend besserer und fairerer Regulierungen bedarf, wird weder im Grundsatzprogramm noch im Bundestagswahlprogramm skizziert.

2.5.5 Sozialstaatsmodell

Das Sozialstaatsmodell der AfD⁶¹ kulminiert in dem Postulat, dass die Leistungsfähigen (in ihrer Leistungsfähigkeit) nicht eingeschränkt werden sollen, während die Nicht-Leistungsfähigen nicht aus dem Rahmen fallen sollen (vgl. GP 35). Welche Kriterien für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit herangezogen werden, wird allerdings nicht explizit benannt. Gemäß der Logik des Kapitels dürfte sich die Leistungsfähigkeit auf die Fähigkeit zur Erwerbs-

⁶¹ Gerade die Sozialpolitik der AfD ist ein Feld, das noch mitten in der Entwicklung zu sein scheint (siehe die Unterschiede zwischen GP und BWP); Beurteilungen stehen deshalb immer unter Vorbehalt.

arbeit, also die Teilnahme am Arbeitsmarkt beziehen. Schließlich wird in der Überschrift der Zusammenhang von „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ (ebd.) betont und folgendermaßen skizziert: „Die politische Gestaltung der Bedingungen des Erwerbslebens und aller Systeme, die den Erwerbslosen ausreichende Existenzbedingungen gewährleisten, gehört daher zu den bedeutungsvollsten Politikfeldern moderner Staatlichkeit“ (ebd.). Der Grundduktus bleibt auch im Bundestagswahlprogramm erhalten, wenngleich der Sozial- und der Gesundheitspolitik nun jeweils eigene Kapitel gewidmet werden und ihnen damit ein höherer Stellenwert eingeräumt wird (vgl. BWP 53-61). Dabei ist zu beobachten, dass die sozialpolitische Profilbildung wiederum sehr stark mit dem Thema Zuwanderung verknüpft wird: Die sich angesichts demografischer Veränderungen abzeichnenden Herausforderungen des Sozialstaats nutzt die AfD zu Polemik gegen eine „unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet“ (BWP 54; vgl. analog zur Gesundheitspolitik BWP 58). Die „Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme“ (BWP 28)⁶² verzerre die Verhältnismäßigkeit zwischen Beitragszahlungen und Leistungsberechtigung, denn Menschen, die nicht in die Kassen einbezahlt hätten, erhielten Leistungen, die eigentlich für diejenigen vorgesehen seien, die selbst einmal einbezahlt hätten (vgl. BWP 54). In diesem Szenario steht der Generationenvertrag, auf dem das deutsche Sozialversicherungssystem fußt, auf dem Spiel.

Die Einsicht, dass das beitragsgestützte Generationenmodell der Sozialversicherung nur noch eine begrenzte Lebensdauer hat und entsprechender Reformbedarf in der Finanzierung besteht, findet sich bereits im Grundsatz-Programm der Grünen von 2002 (vgl. GP GRÜNE 46). Zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems finden sich in den einzelnen Parteiprogrammen unterschiedliche Vorschläge: Die SPD möchte stärker auf Steuer- denn auf Beitragsfinanzierung setzen (GP SPD 46), ähnlich die Grünen (vgl. GP GRÜNE 46). Die Linke präferiert eine stärkere Besteuerung von Vermögen, Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen (vgl. GP LINKE 7). Die FDP schlägt hingegen mehr „kapitalgedeckte Eigenvorsorge“ (GP FDP 58) vor. Die CDU votiert für Schuldenabbau, Vollbeschäftigung und Steuersenkungen (GP CDU 66–67; 70). Die gegensätzlichen Lösungsvorschläge zeigen, dass über die Finanzierungsfrage politisch kontrovers geurteilt wird. Trotz des zeitlichen Abstands von z. T. mehr als einem Jahrzehnt im Vergleich zu den erwähnten Programmen anderer Parteien kann die AfD nicht mit innovativen Vorschlägen zur Konsolidierung des Sozialstaats punkten. Im Gegenteil: Sowohl die CDU (GP CDU 15–21; 45–68) als auch die SPD (GP SPD 6–12; 42–60) und die Grünen (GP GRÜNE 15–20; 61–90) widmen große Passagen der Weiterentwicklung des Sozialstaats unter den Bedingungen der Globalisierung, der demografischen Veränderungen und der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie überzeugend diese im Einzelnen auch immer sein mögen. Risikoabsicherung im Alter, bei

⁶² Siehe dazu auch Kapitel 2.4.

Krankheit oder einer Behinderung – also die Fragen derjenigen, die auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind – bleiben im AfD-Grundsatzprogramm weitgehend unbearbeitet.

Im Bundestagswahlprogramm skizziert die AfD zumindest ein Rentenmodell, dessen markantestes Merkmal die Hinwendung zu einer "klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit" (BWP 55) ist, die offenbar bei 45 Jahren liegen soll (vgl. BWP 54). Auch die Erwerbstätigkeit von Rentnerinnen und Rentnern soll erleichtert werden (vgl. BWP 55). Eine ausführliche Diskussion von Vor- und Nachteilen eines solchen Modells kann in diesem Rahmen nicht erfolgen. Die Grundtendenz scheint jedoch dahin zu weisen, dass die Menschen länger für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen und während dieser verlängerten Lebensarbeitszeit keine staatlichen Leistungen in Anspruch nehmen sollen. Im Hinblick darauf, dass die AfD Betriebsrente und private Altersvorsorge stärken will (vgl. BWP 55), zeichnet sich der Grundsatz ab: Rente kann nur noch in Anspruch nehmen, wer es sich leisten kann.

Im Hinblick auf die sozialpolitischen Erwägungen im Einzelnen fällt auf, dass im Bundestagswahlprogramm gegenüber dem Grundsatzprogramm⁶³ verstärkt Themen aufgegriffen werden, die traditionell eher dem sozialdemokratischen Spektrum zugeordnet werden können. So fordert die AfD eine längere Auszahlung von Arbeitslosengeld 1 entsprechend der Dauer der Vorbeschäftigung (vgl. BWP 56). Der Mindestlohn wird nun nicht mehr – wie noch im Grundsatzprogramm (vgl. GP 36) – mit Bezug auf den durch Massenmigration verursachten Konkurrenz- und Lohndruck gerechtfertigt (vgl. BWP 50). In dieselbe Richtung weist auch die Forderung nach einer Begrenzung von Leiharbeitsverhältnissen in Betrieben auf 15% (vgl. ebd.). Diese im Vergleich zu dem nicht einmal ein Jahr zuvor verabschiedeten Grundsatzprogramm eingearbeiteten Neuerungen lassen auf ein wahltaktisches Interesse schließen: Die AfD versucht im Bundestagswahlkampf offenbar auch traditionell eher linkswählende Milieus zu gewinnen. Gleichzeitig nutzt die Partei die Politikfelder Soziales und Gesundheit, um auf die sozialen Fragen der Altersarmut und Rentensicherheit sowie der Gesundheitsversorgung national enggeführte Antworten zu geben und sich in diesem Punkt nochmals deutlicher zu positionieren.

Schließlich wird mit dem Verweis auf die sozialpolitischen Folgen der Zuwanderungspolitik auch das Feindbild einer politischen Klasse aufgerufen, die mit ihrem als verantwortungslos dargestellten Umgang mit den Sozialversicherungsbeiträgen die Stabilität der deutschen Sozialsysteme aufs Spiel setze. Dieses Motiv einer korrupten, inkompetenten politischen Elite wird an vielen Stellen im Grundsatzprogramm aufgegriffen; es gehört seit Gründung der Partei zu deren rhetorischem Rüstzeug. Gerade die Wirtschaftspolitik bildete am Anfang der Parteigeschichte den Aufhänger für die Diskreditierung der politischen Klasse: hier die offensichtliche

⁶³ Im Grundsatzprogramm bildet die Beseitigung der Benachteiligung von Familien (vgl. BWP 54) den Schwerpunkt der sozialpolitischen Überlegungen (vgl. GP 37-38).

Inkompetenz der Politiker, dort die Kompetenz der Wirtschaftswissenschaftler.⁶⁴ In einigen Elementen der aktuellen Programmtexte spiegelt sich dieser Impuls weiterhin wider, auch wenn die ursprünglich Ton angegebende ökonomische Expertise kaum noch öffentlich als Markenzeichen der Partei erkennbar ist: Der Ruf nach der „Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung“ (GP 14), nach „privater Rentenvorsorge für Parlamentarier“ (ebd.) oder nach Befristung und Abbau von Subventionen (vgl. GP 69) suggeriert die Verantwortungslosigkeit der gewählten Politikerinnen und Politiker wie auch die Korruption des Systems.

2.5.6 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

Die AfD-Positionen zum Thema Europa und die einschlägigen lehramtlichen Äußerungen der Kirche sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer und globaler Ebene stehen einander diametral entgegen. Die kirchlichen Dokumente der jüngeren Vergangenheit betonen einhellig den *friedensschaffenden und friedensstiftenden* Charakter der europäischen Einigung (DBK 2007: 9.14; COMECE 2016: 11; Franziskus: Rede vor dem Europarat⁶⁵; Franziskus: Rede zur Verleihung des Karlspreises) und damit eine Perspektive, die in der AfD im Laufe ihrer politischen Profilentwicklung immer weniger bis hin zu verschwindend geringem Raum einnimmt. In den Argumentationen der lehramtlichen Dokumente lassen sich drei wichtige Grundorientierungen herausarbeiten, die den Abstand zu den europapolitischen Positionen der AfD deutlich werden lassen. Bemerkenswerterweise kommt dabei die Kategorie der nationalen Souveränität, die für die AfD eine herausragende Rolle spielt und zum Leitbild eines friedlichen Zusammenlebens in Europa erklärt wird (vgl. GP 6), in den kirchlichen Überlegungen zum Thema Europa nicht vor. Die Schwerpunkte liegen auf anderen politischen Beurteilungskriterien.

Der dauerhafte Friede in Europa und die Einigung der europäischen Völker unter einem gemeinsamen Dach ist *erstens* nicht denkbar ohne die *Erinnerung* an die durch Schuld und Zerstörung verdunkelten Beziehungen zwischen den europäischen Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg, die nur durch den Willen zur Versöhnung wieder Vertrauen und Freundschaft untereinander entwickeln konnten. Der katholischen Kirche – speziell auch in Deutschland (vgl. DBK 2007: 8–10) – ist das Eingedenken der Gründungszeit ein wichtiges Anliegen, um für die historische Einmaligkeit und die politische Leistung eines in Frieden geeinten Europas zu sensibilisieren (Rede vor dem Europarat). Das Friedensprojekt Europa braucht die Erinnerung an die Katastrophe, die sich im 20. Jahrhundert ereignete. In diesem Horizont haben auch die Überwindung der Teilung Europas nach dem Zerfall des Ostblocks und die europäische „Wiedervereinigung“ (COMECE 2016: 8) große Bedeutung.

⁶⁴ Diese Argumentationsform stellt in gewisser Weise sogar den Gründungsimpuls der AfD dar (vgl. Bebnowski/Förster 2014).

⁶⁵ Eine Online-Version der Rede findet sich hier: https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-consiglio-europa.html.

Das *zweite* Argument betont den Charakter Europas als *Wertegemeinschaft*,⁶⁶ die nach der Wahrnehmung der Kirche maßgeblich von christlichen Überzeugungen geprägt ist (vgl. DBK 2007: 10-12; COMECE 2016: 11) und ihren größten Vorzug im Vorrang der Würde der menschlichen Person vor allem staatlichen und gesellschaftlichen Handeln hat (vgl. DBK 2007: 11). Von dort her begründet sich der Einsatz für universale Werte (vgl. COMECE 2016: 11), für das Gemeinwohl in Europa und in der Welt, wofür das geeinte Europa der Menschenrechte, des Friedens und des Wohlstands Verantwortung trägt (vgl. DBK 2007: 12-15; Rede zur Verleihung des Karlspreises), und für die Solidarität innerhalb der EU, auch in Krisenzeiten und mit Geflüchteten (vgl. Rede zur Verleihung des Karlspreises).

In diesem Horizont wird *drittens* auch auf die *Unfertigkeit und bleibende Herausforderung* des Friedensprojekts Europa aufmerksam gemacht. Die krisenhaften Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte werden dabei nicht ausgespart. Diese seien nicht nur ökonomischer Natur, sondern werden als *Krise des europäischen Geistes* beschrieben. In dieser Hermeneutik ist der wachsende Nationalismus Teil des Problems, nicht der Lösung (vgl. COMECE 2016: 6). So unterstreicht die DBK im Prozess der Verfassungsverhandlungen die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit und markiert die Grenzen der Freiheit der Wirtschaft, die in der Freiheit der Person liegen (vgl. DBK 2007: 13). Bereits um die Jahrtausendwende bedauerte Johannes Paul II. ein Schwinden der europäischen Hoffnungen und ein Anwachsen von Zukunftsängsten (vgl. EE 8).⁶⁷ Diese Punkte erneuert Franziskus in seiner Rede vor dem Europaparlament (Franziskus – Rede vor dem Europaparlament⁶⁸) mit dem Bild der müde und alt gewordenen „Großmutter Europa“, bekräftigt in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Karlspreises aber auch das vitale Potenzial Europas mit seinen Fähigkeiten zur Integration, zum Dialog und zum schöpferischen Handeln und seiner kulturellen Vielfalt, die es zu erhalten gelte.

Die katholische Kirche tritt also durchaus nüchtern und mit einem Bewusstsein für bleibende Herausforderungen und Schwierigkeiten für die Fortentwicklung und die Stärkung eines gemeinsamen Europa als eines politischen Projektes für Frieden und Sicherheit in der Welt ein. Die antieuropäische Haltung der AfD findet in kirchlichen Stellungnahmen weder Rückhalt noch Bestätigung und steht in diametralem Gegensatz zu den universalistischen Denkansätzen der katholischen Soziallehre.

⁶⁶ Ein nicht zu unterschätzender Unterschied zwischen katholischem Lehramt und AfD besteht auch in der Verwendung des Begriffs „Werte“: Ersteres versteht unter Werten Orientierungen für das Handeln, Einstellungen und Haltungen; letztere rückt Werte in die Nähe eines auch juristisch sanktionsfähigen Kriteriums (vgl. v. a. in Bezug auf die Begrenzung der Religionsausübungsfreiheit, GP 48).

⁶⁷ An dieser Stelle legt sich die (selbst-)kritische Frage nahe, warum es den Kirchen angesichts dieser frühzeitigen Diagnose nicht gelungen ist, Zukunftsängste, die Skepsis gegenüber asymmetrisch verlaufenden wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit wirkungsvoller in der Öffentlichkeit und politischen Diskursen zu artikulieren und konstruktive Antworten zu entwickeln.

⁶⁸ Die Online-Version der Rede findet sich hier: http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html

Aus der Perspektive der Katholischen Sozialverkündigung ist zudem zu fragen, wie es um die Ordnungsethik der AfD tatsächlich bestellt ist, die sie auf die Wächterrolle des Staates zur Gewährleistung und Aufrechterhaltung des Wettbewerbs beschränkt. Die gewichtigen, insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Gestaltung der Wirtschaftsordnung erarbeiteten Sozialprinzipien der Soziallehre – klassisch: Personalität, Subsidiarität und Solidarität – spielen darin allenfalls eine untergeordnete Rolle, und das auch nur, wenn der Vorrang des Nationalen begründet werden soll. Gerade der starken Formel, dass „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen [...] die menschliche Person (ist und auch sein muss), die ja von ihrem Wesen selbst her des gesellschaftlichen Lebens durchaus bedarf“ (GS 25), kann die Programmatik der AfD in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in keiner Weise gerecht werden. Die scharfen Trennlinien zwischen Inländern und Ausländern in Bezug auf Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen sind vor diesem Hintergrund deutlich zu kritisieren.

Die Solidargemeinschaft – in der katholischen Soziallehre in der tugendethischen Formulierung der Verantwortung aller füreinander (SRS 38) zu finden – kann letztlich nicht auf ein bestimmtes Volk oder eine Nation enggeführt werden, auch wenn die konkrete Wahrnehmung von Verantwortung Kooperationen und abgestufte Zuständigkeiten erfordert, die nicht jeden (individuellen oder korporativen) Akteur in jeder Hinsicht gleich in die Pflicht nehmen. Zwar wird an den offensiven Äußerungen der AfD im Hinblick auf Sozialpolitik und Zuwanderung deutlich, wie sehr der Sozialstaat bisher konzeptionell an den Nationalstaat gebunden gewesen ist. Die Herausforderungen, die sich aus der immer stärkeren Verflechtung zwischen nationalen und internationalen Ebenen ergeben, können im Sinne der kirchlichen Sozialverkündigung aber nicht durch eine schematische Insider-Outsider-Regelung gelöst werden. Die Verpflichtung auf die jedem Menschen als Person geschuldete Solidarität, die als Maßstab institutioneller Ordnungen zu verstehen ist (vgl. SRS 39), bleibt hier ein kritischer Widerpart zu den plakativen Forderungen der AfD.

Nicht zuletzt an der Eigentumslehre kann veranschaulicht werden, dass AfD und Katholische Soziallehre auch in Wirtschaftsfragen in einer deutlichen Distanz zueinander stehen. Während die AfD das Recht auf Eigentum ohne Bedingungen zum Grundprinzip der Wirtschaftsordnung erhebt (vgl. GP 67), insistiert die Katholische Soziallehre seit jeher auf der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und der Gemeinwidmung der Güter. Die Förderung des privaten Eigentums wird im Sinne des schonenden Umgangs mit den Gütern der Erde zwar befürwortet, es wird aber entscheidend durch seine Bindung an das Gemeinwohl eingeschränkt (RN 19). Auf dieser Grundlage erscheinen die weltweit und auch in Deutschland wachsende Ungleichheit, Vermögenskonzentrationen in den Händen Weniger, eine achtlose Konsumkultur und mangelnde Solidarität mit Entwicklungsregionen kritikwürdig (vgl. das Apostolische Schreiben Evangelii Gaudium und die Enzyklika Laudato si' von Papst Franziskus). Die AfD schweigt jedoch zu den Verwerfungen der Weltwirtschaft, propagiert stattdessen nationale Verantwortung für einen natio-

nen Sozialstaat und spielt die verletzlichen Inländer und die verletzlichen Ausländer gegeneinander aus.⁶⁹

2.6 Ökologie

- „Ökologie“ oder Nachhaltigkeitspolitik spielen in der Programmatik der AfD keine eigenständige Rolle.
- Energiepolitik sowie Natur- und Umweltschutz werden v. a. unter dem Aspekt der nationalen Versorgungssicherheit und damit als ökonomische Themen behandelt.
- Die AfD leugnet den anthropogenen Klimawandel und strebt ein Zurück hinter die Politik der „Energiewende“ an.

Ökologische Fragen werden im Grundsatzprogramm in den Kapiteln Energiepolitik (GP 78–83), „Natur- und Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft“ (GP 84–88) und in gewisser Weise auch im abschließenden Kapitel „Infrastruktur, Wohnen, Verkehr“ (GP 89–95) angesprochen.⁷⁰

2.6.1 Nationale Interessen

Leitlinie der Umweltpolitik der AfD ist eine durchgehende Priorisierung der nationalen Interessen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherung der nationalen Versorgung mit Energie und Lebensmitteln (vgl. GP 88; BWP 64ff.). Dass auch hier nationale Souveränitätsinteressen zum Maßstab genommen werden, erscheint einerseits im Rahmen der Programmatik der Partei konsequent, ist andererseits aber angesichts der nicht national eingrenzenden, globalen ökologischen Krisenerscheinungen besonders problematisch. Zudem geht diese Engführung mit einer Ausblendung der globalen Gerechtigkeitsprobleme einher, die aus den komplexen Verflechtungen von ökologischer und sozialer Problematik erwachsen; diese Dimension wird z. B. von den Grünen (vgl. GP GRÜNE 16; 41–42; 157–159) und der Linken (GP LINKE 60–66) in ihren Programmen aufgegriffen.

Zwar werden eine „gesunde Umwelt“ als Lebensgrundlage „für alle Menschen und zukünftige Generationen“ gefordert und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen grundsätzlich anerkannt (vgl. GP 85f.; BWP 64); letztere wird aber nicht präzisiert und die Folgen der propagierten energie- und umweltpolitischen Positionen scheinen nicht unter dem Aspekt der intergenerationellen Verantwortung geprüft worden zu sein. Im Themenfeld Energie- und Umweltpolitik werden vor allem jene Themen aufgegriffen, die im öffentlichen Diskurs stark polarisiert vorkommen (vgl. Windkraft, Klimaschutz, Schächten).

⁶⁹ Zu letzterem Punkt siehe auch den aufschlussreichen Essay des 2017 verstorbenen Soziologen Zygmunt Bauman zur „Angst vor den Anderen“ (Bauman 2017: bes. 8-26).

⁷⁰ Das Substantiv „Ökologie“ kommt im GP ebenso wenig vor wie das ökologienpolitische Programmwort „Nachhaltigkeit“; das Adjektiv „ökologisch“ findet sich an zwei Stellen (GP 88; 95), das Adjektiv „nachhaltig“ kommt einmal im energiepolitischen Kontext vor (GP 88), ansonsten wird es unspezifisch in anderen Zusammenhängen (Kriminalitätsbekämpfung, Militärpolitik, Vermögensschutz) benutzt.

2.6.2 Energie- und Umweltpolitik

Ein zentraler Vorwurf der AfD gegenüber der Energie- und Ökologienpolitik, einschließlich Klimaschutz und Landwirtschaft, lautet Überregulierung. Positionen, die demgegenüber Deregulierung fordern, werden jeweils mit (erwünschten) Auswirkungen auf die soziokulturelle Struktur begründet. Zudem setzt die AfD bei den Themen Umwelt- und Naturschutz auch auf die Ebene sinnlicher Wahrnehmung (und so etwas wie Heimatbewusstsein), indem beispielsweise Naturräume und die drohende Zerstörung „unserer Kulturlandschaften“ (GP 80)⁷¹ sprachlich illustriert werden. Die derzeitige Energiepolitik wird u. a. wegen der steigenden Kosten für die Verbraucher und aufgrund bestimmter – nicht zu leugnender – Fehlanreize (Stichwort: Biogasanlagen) abgelehnt. Die „Energiewende“ mit dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wird als ineffizient, an einigen Stellen gar als illegal dargestellt (vgl. u. a. GP 80f.). Wie in anderen Themenbereichen auch greift die AfD hier reale Probleme auf, bietet aber kaum zukunftsorientierte Lösungen. Vergleichsweise ausführlich werden zum einen die Energieforschung – mit Plädoyers für eine weitere Nutzung und Erforschung der Kerntechnik und des Frackings (vgl. GP 83) – und zum anderen die Gentechnik behandelt; hier plädiert die AfD entschieden für gentechnische Forschung und Entwicklung, mahnt aber auch – wie andere Parteien – eine umsichtige Folgenabschätzung, sorgfältige Prüfung und Regulierung des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen an (vgl. GP 83; 87). Im Interesse der Unabhängigkeit Deutschlands in den Bereichen Energieversorgung und Lebensmittelsicherheit plädiert die AfD für eine subsidiär organisierte Landwirtschaft. Im Bereich des Tierwohls wird außerdem die Gefährdung ökologischer Standards durch kulturelle und religiöse Praktiken angesprochen (Thema: „Schächten“) (vgl. GP 86 f.).⁷²

2.6.3 Leugnung des anthropogenen Klimawandels

Die AfD spricht sich eindeutig gegen die Theorie des anthropogenen Klimawandels aus und spricht internationalen Studien *und* Abkommen ihre Legitimität ab (vgl. GP 79; BWP 57). Damit stellt sie sich gegen einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens in Bezug auf den Einfluss, den menschliches Handeln auf die Entwicklung des globalen Klimas hat. Dieser Zusammenhang wird in den Programmen aller anderen Parteien als Tatsache anerkannt; die Klimaentwicklung wird nahezu ausnahmslos als eine der großen politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts betrachtet (vgl. GP CDU 15; GP GRÜNE 16; GP SPD 6f.; GP FDP 19; GP LINKE 24-25).

⁷¹ Diese Position erscheint geradezu satirisch: Windräder und Photovoltaikanlagen würden die „Kulturlandschaft“ also stärker stören als die Kühltürme von Atomkraftwerken oder riesige Braunkohletagebauegebiete.

⁷² Dies ist ein weiteres Beispiel für die das gesamte GP durchziehende Positionierung gegen Praktiken, die als kulturell oder religiös fremd eingeschätzt werden, namentlich gegen alles, was dem Islam zugeordnet wird, wobei hier implizit zugleich gegen jüdische Ritualpraktiken und -vorschriften votiert wird.

Die Fundamentalkritik der AfD an der Theorie des anthropogenen Klimawandels wird kaum überprüfbar begründet. Man beruft sich auf (nicht belegte) „Studienergebnisse“, um die Ineffizienz der bisherigen Energie- und Umweltpolitik zu belegen. So werden zum Thema Klimaschutz Erkenntnisse internationaler Wissenschaft (etwa des IPCC) in Abrede gestellt, ohne Quellen zur Fundierung der Ablehnung auszuweisen (vgl. GP 79). Gleiches lässt sich für die Beurteilung der „Energiewende“ und der dazugehörigen gesetzlichen Maßnahmen als ineffizient bzw. als wirtschafts- und sozialschädlich zeigen. So bestätigen die Befunde zu diesem Themenfeld den Eindruck, dass die AfD kaum innovative Alternativen zur bisherigen Politik anbietet, sondern in revisionistischer Weise eine Rückkehr zum *status quo ante* einfordert (vgl. Technologie-Forschung; Rücknahme des Atomausstiegs; Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen; Einstellung der Förderung von Klimaforschung).

In den energie- und umweltpolitischen Schwerpunktthemen zeichnen sich zentrale Feindbildkonstrukte ab, mit denen die AfD auch sonst operiert: So wird hinsichtlich des Klimawandels, aber auch der Förderung ökologischer Landwirtschaft mit der Ideologisierung des (herrschenden) Diskurses argumentiert, die eine neutrale Auseinandersetzung unmöglich mache (vgl. GP 88) und zu sozial gefährlichen Resultaten führe. Dieser Vorwurf zielt darauf ab, die kritisierten politischen Entscheidungen und Strategien ins argumentative Abseits zu stellen. Im Kontext der grundlegend „klimaskeptischen“ Position bildet die Windkraft-Technologie in sämtlichen programmatischen Schriften ein bevorzugtes konkretes Ziel der Kritik der sog. Energiewende (vgl. GP 80 f., 86; BWP 57 f.). Dies betrifft sowohl die vermeintliche Ineffizienz und Unsicherheit der Technologie, als auch die Zerstörung des Kulturräumens auf einer ästhetischen Ebene. Indem globale Konzerne und Institutionen sowie die EU-Politik als Gefahrenquellen für den nationalen Natur- und Umweltschutz und die heimische Landwirtschaft identifiziert werden (vgl. GP 88; BWP 65 f.), werden auch hier das Feindbild EU bedient und die Doktrin nationaler Souveränität geltend gemacht.

2.6.4 Die AfD-Positionen im Verhältnis zu den Positionen der katholischen Kirche

In vielen Punkten widerspricht die AfD mit ihren Thesen den umwelt- und sozialetischen Positionierungen der katholischen Kirche. Dies betrifft insbesondere auch die Position zum Klimawandel, die Leugnung des Zusammenhangs zwischen Klima- und Umweltschutz sowie die weitgehende Ausblendung der weltweiten sozialen Folgen des Klimawandels.

Die katholische Kirche in Deutschland hat sich den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu den epochalen Herausforderungen des anthropogenen Klimawandels spätestens mit dem Klimapapier der Deutschen Bischofskonferenz (DBK 2006) zu eigen gemacht⁷³ und sich auch auf der

⁷³ Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben seit langem auch gemeinsam die ökologische Verantwortung betont: Das Gemeinsame Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (ZSG) hat erstmals das Prinzip Nachhaltigkeit in das Gefüge der normativen Grundlagen christlicher Sozialethik integriert; auch in dem Text zur

Höhe des aktuellen wissenschaftlichen Wissens zu Fragen der nachhaltigen Energieversorgung geäußert (DBK 2011). In jüngster Zeit hat Papst Franziskus mit der Enzyklika *Laudato Si'* (2015) in aller wünschenswerten Klarheit die umfassende ökologische Dimension des Lebensschutzes und die (nicht zuletzt von den wohlhabenden Industrienationen einzulösende) globale Verantwortung für die sozialen Folgen des Klimawandels aufgenommen und theologisch reflektiert. Die programmatischen Positionen der Kirche adressieren die ökologischen Herausforderungen im Kontext globaler Kooperation und reflektieren die entsprechende Verantwortung sowohl schöpfungstheologisch (Einheit nicht nur der Menschheits-, sondern der Schöpfungsfamilie) als auch sozialetisch. Hier zeigt sich ein eklatanter Widerspruch zu der Programmatik der AfD, die weder im Bereich Umweltschutz noch in der Energiepolitik die internationale Ebene als notwendig oder erfolgversprechend in Betracht zieht. Das Gegenteil ist der Fall: Die absolut gesetzte Sorge um die nationale Souveränität und Unabhängigkeit steht der Anerkennung einer notwendigerweise globalen Lösungsstrategie, wie sie sowohl in den Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz als auch und gerade in der Enzyklika *Laudato Si'* aus kirchlicher Sicht eingefordert wird, diametral entgegen.

Dementsprechend fehlt die Dimension globaler Gerechtigkeit, der in den Lehrschriften der Kirche ein hoher Stellenwert zugemessen wird, in der Position der AfD völlig. Sämtliche politischen Entscheidungen werden in der Programmatik der AfD ausschließlich mit dem Wohl der deutschen Bevölkerung und Wirtschaft gerechtfertigt. An keiner Stelle werden die Auswirkungen nationalen Handelns auf globale Zusammenhänge berücksichtigt. Auch der Begriff der Subsidiarität, der in der Lehrtradition der Kirche einen herausragenden Stellenwert einnimmt, wird von der AfD einseitig im Sinne des Verbots der Kompetenzanmaßung geltend gemacht: Subsidiarität wird ausschließlich als Norm zur Absicherung uneingeschränkter nationaler Souveränität beansprucht. Demgegenüber arbeitet das katholische Sozialprinzip der Subsidiarität mit dem Wechselverhältnis von Kompetenzanmaßungsverbot und Hilfestellungsgebot und steht damit für eine konstruktive Zuordnung der Verantwortungsebenen, kann aber nicht für eine nationalistische Abschottung gegenüber übergreifenden Hilfee Erwartungen und der Bildung suprastaatlicher Solidargemeinschaften beansprucht werden.

Über Notwendigkeit, Ausmaß und Konzeption einer gesellschaftlichen Transformation angesichts des fortschreitenden Klimawandels besteht bisher auch in der Kirche kein übergreifender Konsens. Dies betrifft insbesondere, wie auch im Kapitel „Wirtschaft und Soziales“ gezeigt, die (wiederum globale) Tragfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft, der Ökologie aber auch die Sinnhaftigkeit der ökonomischen Wachstumslogik und die Nutzung bestimmter natürlicher Ressourcen (vgl. auch Vogt 2015; Heimbach-Steins/Lienkamp 2015). Diese Frage kann auch

Gemeinsamen Sozialinitiative wird die ökologische Herausforderung aufgegriffen: *Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft* (EKD/DBK 2014).

nicht durch eine verbindliche kirchliche Lehrposition entschieden werden. Was aber auf der Grundlage der Soziallehre der Kirche eindeutig festgehalten werden kann (und in der Enzyklika *Laudato si'* in aller wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wird), ist eine ethische Verantwortung, sich den erkennbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen im Sinne einer nachhaltigen, sozial und global gerechte(re)n Zukunft zu stellen – auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Handelns. Dies spricht klar gegen einen revisionistischen Kurs der Politik, der sich an einem *status quo ante* orientiert. – Eben dies wird aber im Grundsatzprogramm der AfD propagiert, das sämtliche transformativen Ansätze ungeachtet der jeweiligen politischen und/ oder wissenschaftlichen Fundierung als ideologisch aus der Auseinandersetzung ausschließt.

3 Doing Populism? Analyse und Bewertung der Kommunikationsweise der AfD

Richtete sich der Blick bis hierhin vornehmlich auf inhaltliche Fragen, so wechselt dieses Kapitel zu den Praktiken und konkreten Kommunikationsstrategien der AfD. Diese Strategien bringen nicht nur die programmatisch-inhaltlichen Elemente der AfD zur Geltung, sondern stehen mit ihrem eigenen Stil auch für sich und unterstützen damit das Profil der Partei. Dies ist typisch für populistische Politik (siehe auch Kapitel 1). Ein differenzierter Begriff des Populismus eignet sich daher für die Analyse dieser kommunikativen Strategien. Nach der Klärung des Begriffs Populismus und der Entwicklung einer Kriteriologie für populistische Kommunikationsstrategien geht das Kapitel kurz auf die medienpolitische Programmatik der AfD ein. Es folgen eine Analyse verschiedener Redebeiträge von Partei-Funktionären sowie eine Analyse des Gebrauchs von Social Media durch die AfD.

3.1 Populismus als kritischer Begriff – eine theoretische Orientierung

- Nicht alle Formen des Populismus sind per se abzulehnen.
- Ein antidemokratischer und deshalb abzulehnender Populismus ist charakterisiert durch einen gegen den Pluralismus gerichteten Anti-Elitarismus und eine bloß symbolische Repräsentation des „wahren Volkes“.
- Populistische Redeweisen können anhand verschiedener Kriterien identifiziert werden, wie etwa strategische Tabubrüche und verschwörungstheoretische Einordnungen.

Der Ausdruck „Populismus“ ist im Allgemeinen ein vornehmlich kritisch gebrauchter Begriff, der den Stil politischer Akteure und den Inhalt ihrer Aussagen beschreibt. Die Vereinnahmung des Begriffs durch die Alltagssprache teilt der „Populismus“ mit vielen anderen politischen Begriffen: „Bemühungen, die wissenschaftliche Substanz des Populismus freizulegen, sind

demgegenüber die Ausnahme geblieben“ (Decker 2004: 90). Hier soll in Orientierung an der Literatur eine solche wissenschaftliche Herangehensweise in knapper Form versucht werden.⁷⁴

Als erste Orientierung kann festgehalten werden: In einer negativen Sichtweise wird dem Populismus vorgeworfen, er schüre Ängste und Vorurteile und rede dem Volk nach dem Mund. In positiver Sichtweise wird der Populismus gewürdigt, weil er die Interessen der „kleinen Leute“ berücksichtige, mit diesen direkt kommuniziere und ihren Interessen zur politischen Durchsetzung ver helfe (vgl. Hartleb 2011: 53). Gemeinsame Merkmale, aber noch keine strengen Kriterien populistischer Bewegungen (der Vergangenheit und heutiger Ausformung) sind erstens eine Berufung auf ein als homogen verstandenes Volk mit besonderem Blick auf den „kleinen Mann“ und zweitens eine anti-elitäre Haltung (vgl. Canovan 1981). Letztere beschreibt eine „vertikale“ Argumentationsweise des Populismus (wir hier unten, die da oben). Dieser Richtung tritt eine „horizontale“ Argumentation zur Seite, die Gruppen wie etwa „Ausländer“, „Migranten“ oder auch Organisationen wie die Europäische Union als gefährlich oder bedrohlich beschreibt, um die eigene Identität (des Volkes) darüber zu definieren oder zu stärken.

Ange sichts einer gewissen Erstarrung demokratischer Institutionen und Akteure, die Colin Crouch als postdemokratische Tendenzen beschrieben hat (Crouch 2011), wird der Populismus positiv gewürdigt, da er in der Lage sei, beispielsweise durch Erstarrung stabilisierte gesellschaftliche und politische Exklusionen aufzuheben (vgl. für diese Sichtweise Palaver 2013: 139-142). Insofern der Populismus auf Volkssouveränität im Sinne des Demokratieprinzips zielt und insofern egalitäre, inklusive demokratische Verhältnisse wieder einzurichten trachtet, ist in der Tat nichts gegen ihn einzuwenden.

Um populistische Inhalte und Strategien kritisieren zu können, was im Folgenden das Ziel sein soll, benötigt man Kriterien, die angeben, welcher Populismus aus (christlich-) ethischen Gründen abzulehnen ist. Hilfreich für eine Kriteriologie ist eine Unterscheidung zwischen der a) populistischen *Ideologie* (materialer, inhaltlicher Aspekt, „innere“ Merkmale) und b) populistischen *Strategien* (formaler Aspekt, „äußerliche“ Merkmale). Aber auch diese Differenzierung ist nicht einfach, weil auch Inhalte strategisch verwendet werden können oder sich die Ideologie in einer Strategie erschöpft. Sie kann aber im Hinblick auf die geforderte Kriteriologie hilfreich sein.

3.1.1 *Populistische Ideologie (inhaltliche Ebene)*

Im Grunde ist auf der ideologisch-inhaltlichen Ebene des Phänomens (a), und hier folgen wir Jan-Werner Müller, der Populismus abzulehnen, weil er zumindest „der Tendenz nach immer

⁷⁴ In der wissenschaftlichen Literatur einschlägig sind vor allem die Publikationen von Karin Priester (bspw. 2007; 2012), Paul Taggart (2000), Jan-Werner Müller (2016) und Frank Decker (2004). Wir richten uns hier wegen der klaren kritischen Populismusdefinition nach Müller und wegen seiner kommunikationswissenschaftlichen Perspektive vor allem nach Decker.

antidemokratisch“ ist (Müller 2016, Kap. "Zum Auftakt")⁷⁵. Diese antidemokratischen Tendenzen des Populismus sind aber nicht leicht nachzuweisen, weil man dafür eine normative positive Festlegung auf eine Demokratietheorie benötigt. Nach Müller kann man einen antidemokratischen Populismus daher nicht identifizieren, indem man erstens Populisten über eine Beschreibung ihrer Anhänger und Wählerschaft und zweitens über die Selbstbeschreibung ihrer Akteure zu identifizieren sucht (Müller 2016, Kap. 1). Stattdessen schlägt er vor:

„Populisten behaupten: ‚Wir sind das Volk!‘ Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (und dabei gleichzeitig eine politische Kampfansage): ‚Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.‘ Damit werden alle, die anders denken, ob nun Gegendemonstranten auf der Straße oder Abgeordnete im Bundestag, als illegitim abgestempelt, ganz unabhängig davon, mit wie viel Prozent der Stimmen ein offizieller Volksvertreter ins Hohe Haus gewählt wurde. Alle Populisten sind gegen das ‚Establishment‘ – aber nicht jeder, der Eliten kritisiert, ist ein Populist. Populisten sind zwangsläufig antipluralistisch; wer sich ihnen entgegenstellt und ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren Volk. Demokratie ist ohne Pluralität jedoch nicht zu haben; wie Jürgen Habermas formulierte: Das Volk ‚tritt nur im Plural auf‘.“ (Müller 2016, Kap. "Zum Auftakt")⁷⁶

Neben diesen antipluralistischen und daher antidemokratischen Zug, der seine Wurzeln in dem geschilderten moralisch verstandenen Alleinvertretungsanspruch hat, tritt ein besonders verstandener Anspruch auf „symbolische Repräsentation“ dieses angeblichen wahren Volkes, die instrumentalisiert wird, um existierende demokratische Institutionen zu diskreditieren: Volksvertreter werden zu „Volksverrättern“. Populisten sehen sich mit einem „imperativen Mandat“ ausgestattet. Dies wird etwa deutlich, wenn Populisten ihren „Auftrag“ betonen, den sie vom Volk bekommen haben und der alleine sie verpflichtet:

„Diese Logik des eindeutigen ‚Auftrags‘ (mit den Bürgern als vermeintlichen Auftraggebern, die unzweideutige Anweisungen kommunizieren) erklärt die letztlich ambivalente Rolle, welche das Volk bei den Populisten spielt: an der Oberfläche äußerst aktiv, letztlich jedoch völlig passiv. [...] Der Repräsentant [des wahren Volkes, AF] bildet in der politischen Theorie eigentlich nur ab – ganz anders als beim Repräsentationsverständnis von Linken, Liberalen oder auch Konservativen [...], die von Repräsentanten erwarten, dass sie Gebrauch von ihrer eigenen Urteilkraft machen. Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat.“ (Müller 2016, Kap. 1)

Auch hier macht sich also der antidemokratische Zug des Populismus deutlich: „Statt um die Repräsentation eines interessegeleiteten Willens geht es um die symbolische Repräsentation des ‚wahren Volkes‘ (das man gar nicht mehr direkt befragen muss).“ (Müller 2016, Kap. 1) Insofern interessieren sich die Populisten auch nicht für die Partizipation der Bürger.

⁷⁵ Verweise auf Textstellen in Ebooks (ePub) beziehen sich wegen fehlender oder unklarer Paginierung auf die Kapitel.

⁷⁶ Das Habermas-Zitat ist aus Habermas (1992/1993): 607.

In diesen beiden Punkten, einem antipluralistischen Anti-Elitarismus und einer bloß symbolischen Repräsentation des ‚wahren Volkes‘, besteht der antidemokratische Zug des Populismus. In den Äußerungselementen, die diese Eigenschaften des antidemokratischen Populismus erkennbar machen, bestehen zugleich *Kriterien* (K) für den Nachweis eines solchen Populismus. Das erste Element (**K1**) zeigt sich etwa in den Aussagen, nur man selbst repräsentiere das Volk. Damit werden explizit andere politische Kräfte als illegitim diskreditiert (wie beispielsweise Recep Tayyip Erdogan formuliert hat: „Wir sind das Volk. Wer seid ihr?“). Das zweite Element (**K2**) ist an dem imperativen Mandat des Populisten und an seinem strengen Auftrag, der ihm vom Volk gegeben sei, zu erkennen.

3.1.2 *Populistische Formen und Strategien (äußere Merkmale)*

Die populistischen Formen und Strategien (b) hängen mit der inhaltlich-ideologischen Seite des Populismus eng zusammen. Grundsätzlich können sie auch jenseits, aber oft in Verbindung mit den problematischen inhaltlichen Punkten, selbst ethisch fragwürdig und daher abzulehnen sein. Populistische Bewegungen setzen *manipulative* Strategien ein, die als solche schon deshalb abzulehnen sind, weil sie kommunikative Absichten verschleiern. D.h., sie suchen unwahrhaftig und in Absehung von individuellen Wahlmöglichkeiten und der Autonomie der Adressaten Unterstützung. Solche manipulativen Strategien vertragen sich nicht mit dem christlichen Menschenbild, das auf der Autonomie und Subjekthaftigkeit der Personen aufbaut.

Inwiefern allerdings die verschiedenen kommunikativen Strategien tatsächlich manipulativ wirken und wie sie sich zu den antidemokratischen Tendenzen des Populismus verhalten, ist nicht ganz einfach festzustellen. In der Werbung beispielsweise werden ebenfalls manipulative Instrumente eingesetzt, genauso wie in der gesamten strategischen Kommunikation. In der Ethik strategischer Kommunikation werden dafür Wahrhaftigkeit und Transparenz als moralische Kriterien herangezogen (das bedeutet: Werbung muss als Werbung identifizierbar sein, Interessenskommunikation als Interessenskommunikation).

In der Literatur findet man für den Rechtspopulismus folgende Elemente kommunikativer Strategien:⁷⁷

K3 – Common sense-Argumente: Ein typisches Stilmittel des Populismus, welches sich vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik findet, stellt der Rückgriff auf Common sense-Argumente dar. Ausgehend von dem Motto „Was sich im privaten Bereich bewährt und als richtig erwiesen hat, kann im öffentlichen Bereich nicht falsch sein!“ wird individuelle Moral mit kollektiver Moral gleichgesetzt. So wird beispielsweise ein ausgeglichenes Budget gefordert oder die Sparsamkeit des Einzelnen aus dem Bereich der privaten Angelegenheiten in eine öffentliche Sphäre erhoben.

⁷⁷ Vgl. vornehmlich Decker (2004): 101-103, aber auch Priester (2012): 4f. und Geden (2006): 9; 26.

K4 – Radikale Lösungen: Um gegen die so gesehene allzu zögerliche Reformbereitschaft herrschender Politik vorzugehen und so zu verhindern, dass Entscheidungen gar nicht oder nur halbherzig gefällt werden, signalisiert der Populist in seiner politischen Rhetorik keinerlei Kompromissbereitschaft und setzt auf einfache, aber umfängliche Lösungen.

K5 – Identität durch Exklusion und Verschwörungstheorien: Diesem typischen Merkmal des Rechtspopulismus zufolge werden Anhänger durch Identitätsbildung in Abgrenzung zu den „Anderen“ (repressive, exkludierende Mobilisierung) mobilisiert. Dies gilt vertikal (die Identität des „wahren Volkes“ *unten* wird in Abgrenzung zu einer „abgehobenen Elite“ *oben* definiert) und horizontal (die Identität wird xenophob gegen andere Gruppen, meist „Fremde“ und „Einwanderer“, definiert). Allgemein werden damit soziale Umbrüche auch als Entfremdungserfahrung gekennzeichnet. Mit der Exklusion geht folglich die Kreation eines Feindbildes einher, wie etwa das der herrschenden Elite (vgl. hierzu auch Kapitel 1). Das Feindbild entsteht dadurch, dass gesellschaftliche Probleme ursächlich bestimmten Personengruppen zugeordnet und diese zu "Sündenböcken" stilisiert werden. Diese Identifizierung wird auch mittels Verschwörungstheorien begründet oder mehr oder weniger sublim unterstützt, die sich immer auf einen sogenannten „inneren Feind“ beziehen, der das Eindringen eines „äußeren Feindes“, eines Fremden, nicht verhindert und dem daher eine Unterdrückungsabsicht vorgeworfen wird.

K6 – Provokation, Tabubruch, gegen *political correctness*: Die eigene Abgrenzung von der herrschenden Elite gelingt durch „kalkulierte Entgleisungen“, die im Überschreiten bestimmter von der Elite auserkorener Tabus bestehen. Zentral und symbolisch dafür ist der Kampf gegen sprachliche Tabus: Die aggressive Abwehr einer von Eliten erschaffenen Political Correctness - verstanden als Meinungsdictatur - rechtfertigt dabei den populistischen Tabubruch als Kampf gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Die *political correctness* wird als Mittel einer Politik gegen die Interessen „des Volkes“ interpretiert. Sprachschöpfungen und die Reaktivierung von Tabubegriffen („völkisch“) gehören als Strategien dazu. Damit geht die populistische Eigeninszenierung als „unterdrückte Stimme“ einher, die den Kampf oder den Aufstand gegen die Unterdrücker rechtfertigt und dem „einfachen Volk“ Glaubwürdigkeit vermittelt.⁷⁸

K7 – Sprachschöpfung, Biologistische und Gewaltmetaphern: Mittels Kriegsrhetorik soll zum einen der politische Wettstreit befördert und zum anderen der Gegner in seinem Vernichtungsziel bloßgestellt werden. Zudem wird eine Ablehnung von Fremdartigem, Widernatürlichem durch biologistische Sprachbilder zum Ausdruck gebracht. Auch allgemeine Sprachschöpfungen, Framing und semantische Wiedererweckungen (wie „Lügenpresse“, oder auch „Bahn-

⁷⁸ Hierzu Oliver Geden: „Ein Mindestmaß an medialer Aufmerksamkeit vorausgesetzt, gelingt es dem Rechtspopulismus gerade durch strikt konfliktorientierte Praktiken, durch den wohlkalkulierten Einsatz harscher Polemiken und suggestiver Dramatisierung, von Tabubrüchen und persönlichen Beleidigungen des politischen Gegners exakt jene Reaktion zu provozieren, die er wiederum als Beleg für die Selbstabschottung der ‚politischen Klasse‘ verwenden kann.“ (Geden 2006: 37)

hofsklatscher“ für diejenigen, die Flüchtlinge am Bahnhof willkommen heißen haben) gehören dazu. Jenseits der Provokation (siehe K 6) geht es hier ebenfalls um eine mehr oder weniger subversive Bestimmung des Diskurses.

K8 – Emotionalisierung und Angstmache: Durch die gezielte Wortwahl wird die Stimmung in der Bevölkerung „angeheizt“. Vorhandene Unsicherheiten und Statusängste werden nicht argumentativ entkräftet, sondern die "Wahrheit" des Populismus schürt Ängste: Es muss immer jemand weg, ob Merkel, die Flüchtlinge oder der Euro. Der Populismus malt Dystopien, hat aber außer der Abwehr drohender Entwicklungen inhaltlich kein oder nur ein sehr dünnes Gegenmodell zu bieten (vgl. dazu auch Diener 2016).

Diese Strategien sind, wie betont wurde, für sich genommen nicht zwingend moralisch kritikwürdig. Als formale Merkmale können sie, müssen aber nicht auf einen antidemokratischen Populismus hinweisen. Wenn also im Folgenden konkrete Äußerungen von AfD-Mitgliedern auf populistische Kommunikationsstrategien hin untersucht werden sollen, ist zusätzlich zu dem Nachweis der Strategie als solcher eine Einschätzung nötig, ob diese Strategie als antidemokratisch im Sinne Jan-Werner Müllers anzusehen ist.

3.2 Die medienpolitischen Leitlinien der AfD

- Auf programmatischer Ebene steht die AfD dem etablierten Mediensystem äußerst kritisch gegenüber und strebt eine grundlegende Neuordnung des Mediensystems Deutschlands an.
- In der Medienpolitik wird das Feindbild „Elite“ bemüht und mit „Zensur“ in Zusammenhang gebracht.

Bevor die angekündigte Untersuchung präsentiert wird, scheint es sinnvoll, zumindest kurz auf die generelle medienpolitische Ausrichtung der AfD einzugehen. Die Vermutung lautet, dass auch auf programmatischer Ebene ein Verständnis medienvermittelter öffentlicher Kommunikation zu Grunde gelegt wird, das mit populistischen Tendenzen einhergeht.

In der Medienpolitik vertritt die AfD auf den ersten Blick widersprüchliche Positionen: Auch hier werden der Volkswille auf der einen und „die Altparteien“ auf der anderen Seite gegeneinander ausgespielt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle zu einem freiwilligen Bezahlservice und so zu einem „Bürgerrundfunk, welches [sic] ausschließlich von seinen zahlenden Zuschauern und nicht mehr von der Politik abhängig ist“ (GP 48) umgewandelt werden. Zugleich solle dieser Bezahlservice seinen Bildungs- und Kulturauftrag behalten. An verschiedenen Stellen im Parteiprogramm unterstellt jedoch die AfD „den Medien“, eben jenen Bildungsauftrag durch politische Propaganda und Verschleierung von Information (den negativen Auswirkungen der Flüchtlingskrise) zu konterkarieren. In beiden Bereichen verschleierte die AfD, dass ihr eigenes Parteiprogramm mit dem Ziel einer national-konservativen Neuordnung des Staates selbstver-

ständig parteilichen Einfluss auf kulturelle Institutionen und die Medien ausüben, oder diese eben durch Entzug von öffentlichen Geldern dort „abstrafen“ würde, wo sie nicht den Absichten der AfD dienen. Die vorgebliche weltanschauliche Neutralität und Demokratisierung, die den Plänen der AfD zu Grunde liegen, ist also nur Fassade.

Ähnliches gilt für den Verweis, das Internet solle „als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten“ werden (BWP 47). Hier dürfte zum einen auf die Pläne des Justizministeriums angespielt werden, sogenannte „Hasspostings“ stärker strafrechtlich zu verfolgen; zum anderen wird insinuiert, dass es tatsächlich politische Pläne zu einer Zensur des Internets gäbe – was dann vor allem die AfD betreffen würde, die ihre Kernbotschaft eben gerade in den sozialen Netzwerken verbreitet.

Insofern in beiden Punkten das Feindbild einer „Elite“ bemüht wird, die den angeblichen Mehrheitswillen unterdrückt bzw. ihn durch mediale Propaganda zu kaschieren versucht, bedient sich die AfD auch in diesem spezifischen Bereich populistischer Sichtweisen. Diese Haltung fügt sich wiederum in jenes Demokratie- und Kulturverständnis ein, das im ersten Abschnitt besprochen wurde. Ungefilterte Äußerungen in sozialen Medien werden als direkte Artikulation des Volkswillens konstruiert; journalistisch aufbereitete Nachrichten hingegen als „Ideologie“ abgetan.

3.3 Anwendung kommunikativer Strategien des Populismus durch AfD-Vertreter

- Vertreterinnen und Vertreter der AfD nutzen populistische Kommunikationsstrategien.
- Am häufigsten sind dies die Konstruktion von Identität durch Exklusion, ein Anti-Elitarismus, Strategien des Tabubruchs und der Widerstand gegen eine als „Meinungsdiktatur“ interpretierte *political correctness*.
- Es gibt Belege für antidemokratische Züge des AfD-Populismus. Das Kriterium der Identität durch Exklusion lässt sich in Zusammenhang bringen mit dem Kriterium des antipluralistischen Anti-Elitarismus.

Das dargestellte Populismusverständnis gilt es nun in den konkreten kommunikativen Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern nachzuweisen. Dies kann in der folgenden Untersuchung nur stichprobenhaft geschehen. Die Ergebnisse, die anhand der vorgestellten Krite-riologie erarbeitet wurden, verstehen sich eher als Anregung, mit eigenen Augen und Ohren den Äußerungen von AfD-Politikerinnen und -Politikern zu folgen und das Gehörte oder Gelesene entsprechend zu beurteilen.

Für diese Stichprobe haben wir drei Reden untersucht:⁷⁹

- Dr. Frauke Petry (Sprecherin der Bundespartei), Rede auf einer AfD-Kundgebung in Berlin am 7.11.2015. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=tip9ljzXdXg> (Länge ca. 24 Minuten)
- André Poggenburg (Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt), Rede auf einer AfD-Kundgebung in Erfurt am 21.09.2016. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=PK7lA4ZLaBo> (Länge ca. 6 Minuten)
- Dr. Alexander Gauland (stellvertretender Sprecher der Bundespartei und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl), Rede auf dem Thüringer Landesparteitag der AfD am 18.02.2017. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=4fuYdQ4hd8g> (Länge ca. 14 Minuten)

Die Bundessprecherin der AfD, Frauke Petry, zeichnet in ihrer Rede ein Entfremdungsszenario (K5) und belegt damit, wie Identität der „Bürger in Deutschland“ und eigene Wählerschaft durch eine vertikale Abgrenzung zwischen oben und unten formiert wird:

„Die Angst vieler Bürger in Deutschland ist inzwischen, außerhalb des politischen Konsens zu stehen, weil sie angefeindet und diffamiert, bedroht werden, weil wir täglich Angst haben müssen, für die freie Meinungsäußerung persönlich bestraft zu werden. [...] Wir wollen nicht zulassen, dass Bürger dieses Landes ausgegrenzt werden.“⁸⁰

Die oben/unten-Rhetorik (K5) wird hier bei Petry verbunden mit dem Vorwurf der Meinungsdictatur (K6), die auch in diesem Abschnitt deutlich wird:

„In Deutschland im Jahr 2015 erleben wir etwas, von dem wir alle geglaubt haben, dass es 1989 endlich vorbei war, dass eine politische Überzeugung zu haben, eine Gefahr für die eigene wirtschaftliche Existenz ist. Dies sind diktatorische Instrumente, dies ist nicht ein Merkmal eines demokratischen Rechtsstaates und die Toleranz der sog. Konsensparteien von CDU SPD Grünen und Linken ist reine Heuchelei.“ (Petry 2015, Timecode 2:41)

Die Rede von der „Politik gegen das eigene Volk“ ist durchaus ein Merkmal des antidemokratischen Populismus (K1):

„Das ist Politik gegen das eigene Volk Frau Merkel und nach 1989 wollten wir doch nie wieder Politik gegen das eigene Volk erleben.“ (Petry 2015, Timecode 9:28)

„Wenn Sie den Bürger von Politik fernhalten, wenn Sie weiter zulassen, dass Bürger zu Konsumenten degradiert werden, dann fordern Sie nicht nur die Entpolitisierung Deutschlands, dann

⁷⁹ Die Quellen sind ausgeführt im Literaturverzeichnis unter Petry (2015), Poggenburg (2016) und Gauland (2017).

⁸⁰ Bei Petry (2015) herausgeschnitten, offenbar wegen zu lauter Gegendemonstranten. Zitat dagegen in anderen Mitschnitten der Rede, etwa unter <https://www.youtube.com/watch?v=Mjn8fris7Mg> (Timecode 5:23). – Zitate aus den Reden sind wie gesprochen aufgeführt (inklusive der Fehler).

fordern Sie genaugenommen die Entdemokratisierung dieses Landes“ (Petry 2015, Timecode 5:08)

André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei, proklamiert Missstände mit der bewussten Wortwahl „Masseneinwanderung“ (K7). Die einfache und radikal erscheinende Wortwahl „Merkel muss weg“ hat ihr Vorbild allerdings im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 („Kohl muss weg“):

„Sie (Angela Merkel) hat damit einer illegalen, unrechtmäßigen Masseneinwanderung und auch dem Terror in Deutschland und Europa Tür und Tor geöffnet.“ (Poggenburg 2016, Timecode 4:31)

„Und auch wenn Frau Merkel heute dankenswerterweise der AfD Recht gibt, indem sie ihre eigenen Fehler versucht einzuräumen und indem sie heute sagt, sie würde die Aussage ‚Wir schaffen das‘, vor diesem Hintergrund nicht noch einmal so formulieren, so kann ich nur sagen Frau Merkel, dieses heuchlerische Fehlerbekenntnis nehmen wir Ihnen nicht ab. Wir bleiben bei einer unserer Hauptforderungen eisern stehen und die lautet natürlich wie kann es anders sein: Merkel muss weg.“ (Poggenburg 2016, Timecode 4:50)

Die Kommunikationsstrategie der Emotionalisierung und Moralisierung der Politik (K8) wird verschiedentlich deutlich. So fordert Petry auf einer Demonstrationsveranstaltung an Frau Merkel gerichtet:

„Lassen Sie dieses Land in Ruhe und lassen Sie uns zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren.“ (Petry 2015, Timecode 1:18)

Die grundsätzliche Anti-Haltung, eine klare oben/unten-Rhetorik (K5) und die These der von den Eliten durch *political correctness* aufgebauten „Meinungsdiktatur“ (K6) zeigen sich auch in Alexander Gaulands Rede:

„Dabei liebe Freunde, ist es doch gerade die Strategie der Altparteien mit Sprachverboten Politik zu machen und uns auszugrenzen.“ (Gauland 2017, Timecode 5:03)

„Die Gründung der AfD war auch dem Wunsch breiter Bevölkerungskreise geschuldet, wieder frei sagen zu dürfen, was man denkt ohne stigmatisiert und sozial ausgegrenzt zu werden. Meinungsfreiheit, Meinungspluralismus und der Mut zur Wahrheit wurden daher zum Markenkern unserer AfD. Sie ist zur Stimme des kleinen Mannes geworden, der Angst vor dem sozialen Abstieg der politischen Bedeutungslosigkeit und dem Fremden hat und der sich wenig darum schert, welche Worte er dafür benutzen darf und welche nicht.“ (Gauland 2017, Timecode 3:35)

Hier wird recht klar deutlich, dass der eigentlich durch Wahlen legitimierte Repräsentationsanspruch der Regierungsparteien nicht anerkannt, ja sogar als undemokratisch und gegen das Volk gerichtet („breite Bevölkerungskreise“) charakterisiert wird (K1). Gleichzeitig wird der „kleine Mann“ aufgerufen (K5). Während Gauland einen Rundumschlag gegen die von der AfD sogenannten „Altparteien“ (K7) vornimmt, fällt der Ausspruch: „Merkel und Schulz, das sind

Pest und Cholera.“ (Gauland 2017, Timecode 8:38) Ganz in diesem Sinne (K1, K6) und mithilfe von Gewaltmetaphern (K7) proklamiert er:

„Das politische Erbe dieser Parteien ist verheerend. Und wir wollen und werden dieses Erbe zerstören. Vieles macht uns Mut. Die Briten haben sich ihre Souveränität zurückgeholt und die Amerikaner haben zum Entsetzen der Westeuropäischen Eliten einen Präsidenten gewählt, der einfach tut, was er angekündigt hat. Das ist für unsere Politiker völlig etwas Neues und deshalb sind sie so dagegen.“ (Gauland 2017, Timecode 9:43)

Die Dualität „Wir“ und „die Anderen“ (K5) wird auf emotionaler Ebene unterstützt durch die Proklamierung einer freundlichen und familiären Wir-Identität. Alle, die zu Demonstrationen und Auftritten der AfD kommen, werden mit „liebe Freunde“ angesprochen (Gauland 2017, Timecode 0:07). Andre Poggenburg begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AfD-Demonstration als Patrioten mit den Worten: „Ihr seid damit die tatsächlichen Bewahrer unserer deutschen Identität.“ (Poggenburg 2016, Timecode 1:19) In Opposition gegen die als unmoralisch bezeichneten Eliten wird das Volk als homogene moralische Einheit beschrieben, dessen Wille nicht irren kann (K1, K5).

3.3.1 Sprachanalytische Untersuchung

Eine vom Dresdner Sprachwissenschaftler Joachim Scharloth durchgeführte Analyse der Sprache politischer Parteien im Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz 2016⁸¹ unterstreicht die Befunde, dass der Populismus der AfD auf das „wahre Volk“ (K1) rekurriert und einen antipluralistischen Anti-Elitismus zeigt. In seiner Studie lassen sich vier Merkmale finden, die aufzeigen, dass die Sprache der AfD in Rheinland-Pfalz in dieser Hinsicht populistisch ist. Erstens ist sie mehr als bei anderen Parteien von Skandalisierungen, also negativ wertenden Adjektiven oder solchen, die auf Konflikte hinweisen, und Intensivierungen geprägt, wobei Intensivierungen Emotionen kodieren (K8). Mit der Skandalisierung der Sprache geht also eine Emotionalisierung einher. Poggenburg spricht von „Genderwahn“ und im Zusammenhang mit Multikulturalität von „Gesellschaftsexperimenten“ – Hinweise auf die Verwendung des Merkmals K8 (Poggenburg, 2016, Timecode 3:27).

Ein zweiter Aspekt ist die Zentralisierung des Volkswillens (K2). „Bürger“ und „Volk“ sind in der Kommunikation der AfD zentrale Begriffe, während sich in der Sprache der CDU nur drei Komposita befinden, die den Begriff „Bürger“ involvieren. Damit erklärt die AfD den Volkswillen für zentral (K2) und konstruiert das „Volk“ in Abgrenzung zu Asylsuchenden und Migranten und Migrantinnen (K5). Ein dritter Aspekt betrifft die Frontstellung gegen das Establishment, die die AfD auch sprachlich einnimmt (K5 und K6). Damit ist gemeint, dass den Parteien, Medien der Politik und sonstigen Eliten unterstellt wird, sie hätten einen Verblendungszusammenhang

⁸¹ Vgl. Scharloth 2016. Datengrundlage für die Studie waren die Pressemitteilungen und Wahlprogramme der sieben Parteien, die sich um Mandate im Landtag in Rheinland-Pfalz beworben haben.

konstruiert (K5), während die AfD der allgegenwärtigen Manipulation mit den Mitteln der Wahrheit und Vernunft entgegentrete (K6). Diese Tendenz zeigt sich daran, dass die AfD überdurchschnittlich häufig auf vermeintliche Manipulationen Bezug nimmt und auf Lügen oder verborgene Wahrheiten hinweist. Viertens finden sich viele metasprachliche Markierungen in Pressemitteilungen (K7). Durch Setzung von Anführungszeichen oder durch den Vorsatz von „sogenannt“ werden Distanzierung und Sprachkritik geäußert. Betrachtet man also die Wörter, die metasprachlich markiert wurden, so wird daraus erneut die Distanz zum Establishment deutlich (K5). Zudem finden sich darunter Ausdrücke, die die Migration thematisieren, wie auch diejenigen Wissenschaften vor allem im thematischen Umfeld von „Gender/Diversity“ – darunter vor allem die Sozialwissenschaften –, die von der AfD als Ideologie verteufelt werden.

3.3.2 Populistische Strategien im internen AfD-Strategiepapier

Das Kriterium der Benutzung von Tabubrüchen und Provokationen (K6) wird auch in dem Wahlkampf-Strategiepapier der AfD, das vom Bundesvorstand der Partei angenommen wurde und der Öffentlichkeit zu Teilen bekannt ist, deutlich (vgl. Leif/Gensing 2017; Bender 2017). Das uns vorliegende Dokument bietet einen Einblick in die Intentionen und Ziele, die die AfD-Führung bei öffentlichen Auftritten verfolgt (Alternative für Deutschland, Bundesvorstand 2016). Hier wird Provokation zu einem Stilmittel, wenn es heißt, dass die AfD „vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“ (S. 11) dürfe. Dadurch erhofft man sich bestimmte Reaktionen der sog. „Altparteien“:

„Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD.“ (Alternative für Deutschland, Bundesvorstand 2016: 11)

Es gehe zudem vor allem darum, „den Finger in die Wunde der Altparteien“ (ebd., 9) zu legen und mit provokanten Slogans zu polarisieren und zu spalten. So heißt es weiter:

„Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern muss sich selbstbewusst zu ihrer Aufgabe bekennen, dem Protest in Deutschland eine politische Richtung und ein Gesicht zu geben.“ (Alternative für Deutschland, Bundesvorstand 2016: 11)

Die AfD inszeniert sich dabei gezielt als Opfer: „Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern. Die Altparteien müssen es ablehnen.“ (Alternative für Deutschland, Bundesvorstand 2016: 10) Diese Taktik wird genutzt, um sich gegen populistische Vorwürfe zur Wehr zu setzen, indem erklärt wird, dass eine populistische Partei wohl kaum so intensiv den Diskurs suchen würde (Petry 2015, Timecode 4:13).

Da sich die meisten Wählerinnen und Wähler in der politischen Mitte verorten, will sich die Partei nach außen hin deutlich gegen rechts abgrenzen. Allerdings heißt es in dem Papier: „Man kann relativ ‚radikale‘ Forderungen erheben, wenn man sie gut begründet und in sachli-

cher Sprache und Ton vorträgt.“ (Alternative für Deutschland, Bundesvorstand 2016: 5) Zudem äußert sich Gauland verhalten über die Rede Björn Höckes in Dresden, legitimiert allerdings „hinterrücks“ den Tabubruch (K 6):

„Damit wir uns nicht falsch verstehen, auch ich halte die Dresdner Rede Björn Höckes nicht für ein Meisterwerk politischer Klugheit.“ (Gauland 2017, Timecode 1:08)

„Nur liebe Freunde und das ist auch schon gesagt worden, er hat nichts gesagt, was die Ordnung oder Satzung unserer Partei verletzen würde.“ (Gauland 2017, Timecode 1:27)

„Eine Rede wie die in Dresden etwas verändern – auch in der Tonlage – lieber Björn Höcke – im Deutschen Bundestag und wir hätten die Republik gerockt.“ (Gauland, 2017 Timecode 11:56)

3.3.3 Fazit

Es konnte anhand der in der Literatur gefundenen Kriterien exemplarisch gezeigt werden, dass Vertreterinnen und Vertreter der AfD populistische Kommunikationsstrategien nutzen. Am häufigsten konnte die Schaffung einer Identität durch Exklusion und einen Anti-Elitarismus gefunden werden (K5). Ebenfalls häufig kommen die Strategien des Tabubruchs und der Widerstand gegen eine als „Meinungsdiktatur“ interpretierte *political correctness* vor (K6).

Aus ethischen Gründen abzulehnen ist dieser Populismus dort, wo er antidemokratische Züge aufweist. Auch dafür konnten Belege gefunden werden, die zum Teil als solche klar zu erkennen sind. Mehrfach ist dieses Kriterium aber nicht eindeutig nachweisbar. Das liegt bei einem eher „weichen“ Kriterium, um das es sich hier handelt, in der Natur der Sache. Hinweise allerdings lassen sich erkennen und entsprechend interpretieren: So lässt sich das Kriterium der Identität durch Exklusion (K5) oft in Zusammenhang bringen mit dem Kriterium des antipluralistischen Anti-Elitarismus (K1). Die Abgrenzung der „Anderen“ von einem „Wir“ kann demnach antipluralistisch wirken, wenn durch die Abgrenzung einzig dem „Wir“ eine Legitimität zugestanden und mit einem moralischen Alleinvertretungsanspruch verbunden wird.

3.4 Social Media Kommunikation der AfD via Facebook

- Algorithmen, Filterblasen und Echokammern sind Phänomene digitaler öffentlicher Kommunikation und zeigen, dass die Sozialen Netzwerke eine zum Teil antidiskursive Wirkung haben, die sich auch auf den politischen Prozess auswirken kann. Soziale Medien sind Populismus-affin.
- Die AfD nutzt die so genannten Social Media (vor allem Facebook) sehr intensiv und hat deutlich mehr Resonanz auf diesen Plattformen als andere Parteien.
- Für die AfD lassen sich im Gegensatz zu anderen Parteien Echokammereffekte nachweisen: AfD-Fans auf Facebook bilden eine nur innerhalb „rechter“ Gruppierungen vernetzte Gemeinschaft.

- Filterblasen haben gesellschaftlich gesehen eine antidiskursive Wirkung. Praktische Konsequenz für Internetnutzer und Internetnutzerinnen ist medienethisch gesehen daher, eigene Einschließungen in Filterblasen zu vermeiden.

Der gesellschaftliche Wandel und der Medienwandel haben Folgen für die Kommunikationsstrategie der Parteien (Unger 2012: 38f.). Das Alltagsleben spielt sich zunehmend im Internet und dort vor allem auf Social Network Portalen wie Facebook und Twitter ab. Daher zeigen auch Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten immer mehr Online-Präsenz (Zeh/Holtz-Bacha 2015: 43). Dabei verfolgen alle Parteien (wie auch andere zivilgesellschaftliche Kräfte) legitime Eigeninteressen, um z. B. neue Unterstützer für ihre Partei zu gewinnen, indem auf Facebook Menschen angesprochen werden, die eigenständig keine Veranstaltungen oder die Website der jeweiligen Partei aufsuchen würden (vgl. Unger 2012: 151–153). Die AfD nutzt die so genannten Social Media (vor allem Facebook) sehr intensiv.

3.4.1 Algorithmen, Filterblasen und die antidiskursive Wirkung der Social Media

Soziale Medien fungieren nach Lawrence Lessing als eigene Handlungs- und Erfahrungsspielräume, die Träger bestimmter Werte sind, indem sie bestimmtes Handeln gewähren und anderes verwehren (Rohgalf 2016). Das hängt damit zusammen, dass soziale Netzwerke von Algorithmen durchzogen sind. *Algorithmen* sind Rechenvorschriften, die für eine Maschine programmiert werden, um ein Problem zu lösen. Algorithmen sind vielfältig einsetzbar. Einer dieser Bereiche betrifft den Einsatz algorithmischer Medien: Hier steuern Algorithmen die Sichtbarkeit von Inhalten und Personen und strukturieren somit Diskursräume wie z. B. Facebook (vgl. Heise 2016).

Problematisch ist daran, dass durch diese opaken Filtermechanismen die Freiheit der öffentlichen Kommunikation gefährdet ist. Dies ist der Fall, wenn der selektierende Effekt der Algorithmen durch sog. Social Bots verstärkt wird. Social Bots sind selbstständig aktive Algorithmen, die beispielsweise bei Twitter auf bestimmte Hashtags reagieren, indem sie zuvor programmierte Informationen posten. Diese Bots werden problematischer Weise durch realistisch wirkende Profile verschleiert und sollen meist der Verbreitung von Werbung dienen.

Weitere, die Freiheit der öffentlichen Kommunikation gefährdende Mechanismen (vgl. Filipović 2013; 2016) sind die von Cass Sunstein (2009) beschriebenen *echo chambers* oder die von Eli Pariser (2011) problematisierten *filter bubbles*. Das Problem ist auch hier, dass Informationen nicht realitätsgetreu in den Sozialen Netzwerken auftreten. *Filterblasen* entstehen dadurch, dass Webseiten versuchen, mittels Algorithmen vorherzusagen, welche Informationen der Benutzer bzw. die Benutzerin auffinden möchte. Basierend auf den Informationen, die man über sie hat, werden diesen vor allem solche Informationen angezeigt, die mit dem bisherigen Informationsverhalten der Nutzerinnen und Nutzer übereinstimmen. Userinnen und User werden also in einer Blase isoliert, da sie nicht mit solchen Informationen konfrontiert werden, die

nicht ihren vermeintlichen Interessenshorizont entsprechen. Der *Echokammer*-Effekt beschreibt ein ähnliches Bild. Es handelt sich dabei um einen abgegrenzten Bezugsraum, in dem Meinungen widerhallen und verstärkt werden, wodurch sich Informationen innerhalb dieser Echokammern schneller bewegen. Durch den verstärkten virtuellen Umgang mit Gleichgesinnten in sozialen Netzwerken kommt es zu einer Verengung der Weltansicht.

Eine weitere problematische Tendenz ist in dem Phänomen zu sehen, dass auch und vor allem *Hasskommentare und Fake-News* auf diesem Weg eine immense Verbreitung finden. Zwar ist der Anteil an Hasskommentare insgesamt gering und nicht typisch für das Online-Kommunikationsverhalten, aber auch wenige Hasskommentare weisen schon eine Tendenz auf, die überzähligen sachlichen Kommentare zu verdrängen. Die demokratische Öffentlichkeit steht vor einer enormen Herausforderung: Auf der einen Seite müssen Hasskommentare gelöscht werden, um Minderheiten vor den Angriffen der Hetzerinnen und Hetzer zu schützen und um zu verhindern, dass bei längerem Bestehen die Hemmschwelle für weitere unsachliche Kommentare herabgesetzt wird. Auf der anderen Seite müssen das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Verbot von Zensur gewährleistet werden. Ziel ist es nicht, den sachbezogenen Streit und Diskurs über Werte auszulöschen, sondern diesen jenseits von Hate-Speech anspruchsvoll und zivilisiert zu gestalten.

Algorithmen, Filterblasen und Echokammern, die im Netz ein Zuhause gefunden haben, zeigen, dass die Sozialen Netzwerke eine antidiskursive Wirkung haben, die sich auch auf den politischen Prozess auswirken kann – dies bezeichnet Jan Rohgalf (2016) als „*Coding Populism*“. Rohgalf stellt die These auf, dass die sozialen Medien populistische Praktiken befördern. Unmittelbarkeit, also die Möglichkeit, politische Willensbildung nicht durch diskursive und formale Prozesse geschehen zu lassen, spricht für die Populismus-Affinität der Sozialen Medien und ist ein Hinweis auf einen antidemokratischen Politikstil (siehe oben K2).

Aus all den genannten Problemen ergibt sich die große Bedeutung, die dem kritischen und *diskursiven Journalismus* zukommt. Notwendig ist eine Moderation der öffentlichen, digitalen Kommunikation durch den Journalismus, um den eben geschilderten antidiskursiven Tendenzen des Netzes entgegenzusteuern (vgl. Stapf et al. 2017).

Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass das Internet nicht von vornherein auf populistische Praktiken hin programmiert ist. Normalerweise bekommen Nutzerinnen und Nutzer noch genug Einfluss und Input von außen. Erst dort, wo Algorithmen, Filterblasen-Effekte und entsprechende Nutzungsweisen zusammenkommen, wird die populistische Affinität des Netzes, die zunächst nur als Anlage vorhanden ist, real. Auch daraus erwächst somit eine Aufgabe für den Journalismus. Von jeher war es Aufgabe der Journalistinnen und Journalisten, für den öffentlichen Diskurs eine Plattform zu bieten und ihn zu begleiten. Es wird auch weiterhin Aufgabe des

Journalismus bleiben, diese aufklärende, informierende und integrierende Funktion für die Gesellschaft auszuführen und einen anspruchsvollen Diskurs zu institutionalisieren.

3.4.2 Die AfD funktioniert über Facebook – Beispiele und Analysen

Mit dem Blick auf die Facebook-Präsenz der AfD fällt zunächst ein wichtiger Unterschied im Vergleich zu anderen Parteien auf: Die AfD hat deutlich mehr „Gefällt mir“-Klicks.⁸² Die AfD hat 323.544 Fans, die SPD etwa nur 140.320 (siehe Abbildung 1).

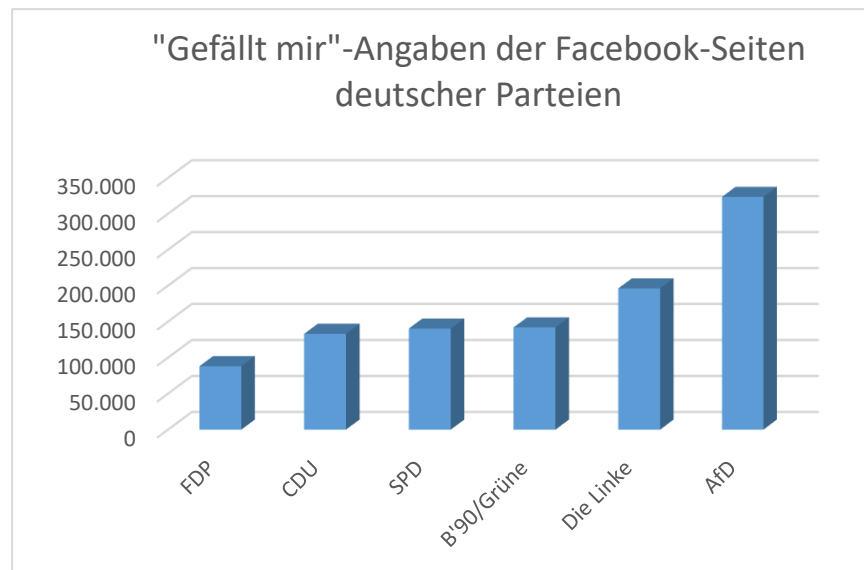


Abbildung 1

Zieht man alle Zahlen in Betracht, dann zeigt sich, dass die beiden „Protestparteien“ Die Linke und AfD besser auf Facebook vertreten sind als die traditionellen Volksparteien. Für Protest und eine Anti-Haltung scheint das Netz unterstützend zu wirken. Die Kommunikation der neuen Parteien hat damit die Chance, neue Wege jenseits der traditionellen einzuschlagen; sie können sich somit auch auf diesem Weg von etablierten Kräften absetzen.

In einer groß angelegten Datenrecherche hat ein Team der Süddeutschen Zeitung die Facebook-Aktivitäten der politischen Kräfte in Deutschland untersucht (vgl. Brühl et al. 2017). Sie stellen fest:

„Die AfD setzt sich in der blauen Arena Facebook durch, weil sie konsequent Regeln bricht, nicht nur die des politischen Konsenses – auch die von Facebook selbst. Sie profitiert digital umso mehr von der populistischen Grundierung ihrer Slogans, die auf Facebook wie ein Brandbeschleuniger wirkt.“ (Brühl et al. 2017)

⁸² „Gefällt mir“ drückt nicht immer reine Sympathie mit einer Partei aus, sondern zum Teil auch nur Interesse. Dies aber ist allerdings tendenziell immer affirmativ, da es auch die Möglichkeit gibt, den Nachrichten-Stream einer Facebook-Seite zu abonnieren, was weniger Affirmation ausdrückt.

Unsere eigene Stichprobe bestätigt diese Aussage (Abbildung 2). Es wurden in zwei Untersuchungsperioden (Umfang 7 bzw. 8 Tage)⁸³ die Anzahl der Postings der Parteien AfD und CDU und die darauf folgenden Reaktionen gezählt. Gerade im Untersuchungszeitraum 1 (U1) mit gleichen Postingzahlen (=13) zeigt sich der Unterschied deutlich. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass nicht alle „Kommentare“ positiv sind,⁸⁴ so ist im Sinne der populistischen Strategie entscheidend, Reaktionen hervorzurufen. Daher zeigt sich an den Zahlen mit aller Deutlichkeit, wie sehr die AfD mit ihrer Strategie Erfolg hat⁸⁵ Allerdings hat der Politik- und Datenwissenschaftler Simon Hegelich darauf hingewiesen, dass Likes durch hyperaktive Nutzer systematisch vergeben werden, oft auch durch mehrere Accounts. Das macht die Postings wiederum populärer und lässt die Nachrichten in den Newsfeeds der Facebook-Nutzer öfter erscheinen.

Zeitraum	Art	AfD Anzahl)	CDU (Anzahl)
U 1	Postings	13	13
	Kommentare	15230	2471
	Reaktionen	55721	6982
	Geteilt	21226	1867
U 2	Anzahl Postings	13	3
	Kommentare	9431	785
	Reaktionen	74253	3790
	Geteilt	21493	180

Abbildung 2

Die AfD schafft dies durch einen besonderen Charakter ihrer Postings. Zentral ist dabei in der Regel ein Bild mit einer polemisch gehaltenen Aussage, häufig mit Fotomontagen, die andere Politiker lächerlich machen: „Leicht zu merken, bildlastig, pointiert – so funktionieren viele erfolgreiche Posts in sozialen Medien“ (Brunner/Hauck 2017). Der SZ-Artikel zitiert Christian Lüth, Pressesprecher der AfD: „Ein Foto mit einem Slogan funktioniert viel besser als die ellenlangen Posts mit den weichgespülten Sätzen, die drei Parteiverantwortliche vorher freigeben mussten.“ (zit. nach Brunner/Hauck 2017).

⁸³ Untersuchungszeitraum 1 (U1): 20.02.2017-26.02.2017 (= 7 Tage), Untersuchungszeitraum 2 (U2): 24.12.2016-31.12.2016 (= 8 Tage).

⁸⁴ Allerdings ist zu bemerken, dass auf negative Kommentare von AfD-Postings eine noch größere Anzahl von Kommentaren folgt, die das Posting verteidigen. Eine Stichprobe bei einem Beitrag vom 29.5.2017 (Quelle: <https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/1509908945706106:0>) hat ergeben, dass von insgesamt 322 Kommentaren (Stand 30.5.2017, 14 Uhr) ca. 7 als kritisch gegenüber der AfD eingeschätzt werden können. Diese haben aber wiederum ca. 20 Pro-AfD-Kommentare provoziert.

⁸⁵ Zur Methode und den Daten der Recherche vgl. Brunner (2017). Die Daten stammen aus dem Zeitraum von Oktober bis März 2017.

Ein weiteres interessantes Ergebnis der SZ-Datenrecherche ist im Hinblick auf die Filterblasenproblematik zu erwähnen: Filterblasenphänomene zeigen sich grundsätzlich *nicht* bei anderen deutschen Parteien. So gibt es Querverweise zu potentiellen Koalitionspartnern, aber auch zu politischen Gegnern. Der Ballungsraum der etablierten Parteien CDU, FDP, SPD, Grüne und Linke zeichnet sich durch ein einheitliches Übereinkommen in der Akzeptanz über Facebook-Seiten wie etwa Tagesschau, Spiegel Online oder SZ, aus.

Lediglich die AfD steht jenseits dieser natürlichen Vernetzung als Echokammer da, innerhalb derer sich vor allem die Facebook-Seiten eigener Landesverbände wiederfinden. Dieses „rechte Lager“ ist gekennzeichnet durch Ablehnung, was sich an der Präferenz zu Seiten wie „Multikulti? Nicht mit uns“ oder „Bürger sagen Nein“ zeigt. Damit sammelt die AfD „wie ein Staubsauger“ unzufriedene Bürger ein, die sich auf einem engen Raum, geballt mit Gleichgesinnten, wiederfinden (Brühl et al. 2017).

3.4.3 Praktische Orientierung: Wie man eigene Filterblasen vermeidet

Die Frage, ob das *Auftreten der AfD in sozialen Netzwerken spezifisch populistisch* ist, ist vorsichtig zu beantworten. Zentral für diese Bewertung ist auch, dass die Social Media, wie beschrieben, populismus-affin und durch ihre Strukturen ein gutes Mittel sind, mit dem sich populistische Strategien umsetzen lassen. Diese anti-diskursive Wirkung der Social Media ist eine enorme Herausforderung für die Demokratie. Die AfD nutzt die sozialen Netzwerke ähnlich wie andere Parteien und dennoch lassen sich einige spezifisch populistische Merkmale ausmachen: Ein Merkmal besteht in der Machart der Beiträge, die zur Reaktion herausfordern und so durch die vielen Interaktionen den Eindruck einer breiten Unterstützung schaffen. Zudem ist der unmittelbare Dialog die ideale Bühne für die Inszenierung als Stimme des Volkes. Zusammen mit dem nachweisbaren Filterblasen-Effekt der AfD zeigt dies: Facebook fungiert als geschickt produzierter Resonanzraum für die „wahre Stimme“ des Volkes, deren Alleinvertretung sich die AfD in populistischer Manier anmaßt.

Wenn man eine gewisse persönliche politische Ausrichtung voraussetzt, dann wirken die Social Media-Strategien der AfD sehr gut. Man sieht die eigene Ablehnung etwa gegenüber einem steigenden Flüchtlingszuzug bestätigt, man „liked“ entsprechende Beiträge und wird in der Folge mit ähnlichen Inhalten automatisch versorgt. Ist erst einmal die Meinung etabliert, dass die demokratisch gewählten Repräsentanten „Politik gegen das Volk“ machen oder sich mit etablierten Medien zusammengeschlossen haben, um eine „Meinungsdiktatur“ zu errichten, dann hat sich die Filterblase schon geschlossen. Selbst wenn man eine ausgesprochen konservative Meinung hat und sich in vielen AfD-Positionen wiedererkennt, kann man von Bürgern erwarten, dass sie sich ernsthaft mit anderen politischen Positionen befassen. Dies gilt auch anders herum. Zwar setzt dies einen höheren Bildungsstand und gewisse Kompetenzen voraus (beruht also auf Voraussetzungen, die Einzelne nicht immer erfüllen und vor allem nicht alleine

herstellen können), aber Demokratie basiert auf dem Willen und der Kompetenz derjenigen, die sich die politischen Vertreterinnen und Vertreter wählen.

Aus dieser Argumentation heraus kann es als eine allgemeine Bürgerpflicht gelten, aus ihren jeweiligen Filterblasen auszubrechen bzw. darauf zu achten, dass etwa bei Facebook nicht nur Inhalte auftauchen, die in die eigene Weltsicht passen. Es gibt eine Reihe von Tools, mit denen man die eigene Filterblase analysieren kann (etwa auch in Brühl et al. 2017), und gute Anleitungen, eigene Filterblasen zu vermeiden und zu verlassen. Wichtig ist etwa: 1. Die eigene Blase kennen, 2. öfter ohne Spuren surfen (keine Cookies zulassen, Inkognito-Modus des Browsers benutzen), 3. anders suchen (Alternativen zu Google oder Bing), 4. sich angewöhnen, abweichende Meinungen nicht wegzuklicken oder zu scrollen, sondern zu lesen und 5. auch in der offline Welt offen und interessiert an anderen und ihren Ansichten sein.

3.5 Fazit: Benutzt die AfD Kommunikationsstrategien eines antidemokratischen Populismus?

Es lässt sich zunächst festhalten, dass die AfD nicht nur in den öffentlichen Auftritten ihrer Vertreterinnen und Vertreter und im Gebrauch der Social Media populistisch ist, sondern dass auch ihre programmatische Haltung zu den Medien überhaupt als populistisch eingestuft werden kann. Die Art und Weise, wie die AfD in der Öffentlichkeit kommuniziert, findet so ihre Entsprechung in der mindestens ambivalenten Haltung, die sie beispielsweise der Institution des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entgegenbringt. In diesem Abschnitt konnte an Beispielen gezeigt werden, dass und wie die AfD in ihren Äußerungen und Kommunikationsweisen populistische Strategien anwendet. An verschiedenen Stellen wird ein antidemokratischer und deshalb abzulehnender Populismus deutlich, etwa da, wo der Anti-Elitismus mit klar antipluralistischen Tendenzen kommuniziert wird. Deutlich wurde weiterhin, dass die AfD die so genannten Social Media (vor allem Facebook) sehr intensiv nutzt und deutlich mehr Resonanz auf diesen Plattformen erzielen kann als andere Parteien. Zudem lassen sich für die AfD im Gegensatz zu anderen Parteien Echokammereffekte nachweisen: AfD-Sympathisanten auf Facebook bilden eine homogene, nur innerhalb „rechter“ Gruppierungen vernetzte Gemeinschaft. Echokammern und Filterblasen haben gesellschaftlich gesehen eine antidiskursive Wirkung. Praktische Konsequenz für Internetnutzer ist medienethisch gesehen daher, eigene Einschließungen in Filterblasen zu vermeiden.

4 Potentiale der Hoffnung stärken – Schlussfolgerungen und Perspektiven

- Ängste, Ressentiments und destruktive Emotionen müssen als soziales Faktum ernst genommen werden; ihre politische Verstärkung und Instrumentalisierung gilt es aber aufzudecken und zu kritisieren.
- Starke Identitäten können nicht auf Abgrenzung und Abwehr gebaut werden, sondern bedürfen der positiven Erfahrung von Zugehörigkeit und des Vertrauens auf solidarische Begleitung – zumal in Situationen der Verunsicherung.
- Ein christliches Menschen- und Geschichtsverständnis setzt einem fatalistischen Pessimismus einen nüchternen, aber hoffnungsvollen Realismus entgegen, der die Opfer und Leiden der Geschichte nicht vergessen macht und Schuldgeschichte(n) nicht verdrängt.

Bei nahezu allen Themen, die in unserer Analyse berücksichtigt wurden, zeigen sich tiefgreifende Differenzen zwischen der Programmatik der Partei „Alternative für Deutschland“ und der Sozialverkündigung der katholischen Kirche. Die Unterschiede beziehen sich meist nicht auf die Gewichtung der Themen, sondern auf die Vor-Zeichen und Optionen, unter denen sie behandelt werden. Dazu gehört auch, dass die AfD bevorzugt negative Emotionen aufgreift, die in der Bevölkerung vorhanden und als Teil der Lebenswirklichkeit ernst zu nehmen sind, diese Emotionen verstärkt und für die eigenen politischen Ziele in Dienst nimmt: Dazu gehören Ängste (vor tatsächlichen und vermeintlichen gesellschaftlichen Veränderungen), aber auch Enttäuschung, Wut und Gefühle der Missachtung. Die AfD greift diese Regungen als destruktive Emotionen auf und bedient Ressentiments, die sich daraus speisen. Sie richten sich sowohl gegen etablierte Institutionen wie die Presse („Lügenpresse“) wie auch gegen in der Öffentlichkeit immer sichtbarere „Minderheiten“ (hier sei an die Themenkomplexe Gender und Zuwanderung erinnert).

Daher ist nun abschließend zu fragen: Wie ist aus christlicher Sicht konstruktiv mit solchen Emotionen umzugehen? Und: Welche Alternativen im Denken und Handeln kann eine christlich-sozialethische Sicht auf den Menschen, auf die Gesellschaft und die Geschichte eröffnen – im Gegenüber zu dem von der AfD vertretenen Bild vom Menschen, dem Gesellschafts- und Staatsverständnis, dem Geschichtsbild und den daraus abgeleiteten politischen Optionen? Bildlich gesprochen: Welche „Vorzeichen vor der Klammer“ setzt der christliche Glaube für das Verständnis von Gesellschaft und Geschichte, und was bedeutet dies für die politisch-ethische Urteilsbildung und für das Handeln von Christinnen und Christen sowie von kirchlichen Verantwortungsträgern in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung – auch, aber keineswegs ausschließlich mit den Positionen der AfD?

4.1 *Ängste und Ressentiments ernstnehmen, aber nicht schüren*

Die AfD greift in ihrer Programmatik und in ihrem öffentlichen Auftreten reale Empfindungen von Menschen in unserer Gesellschaft auf. Die Feindbilder, derer die Partei sich bedient, werden als tatsächliche Bedrohung wahrgenommen. Von dem Vorhandensein dieser Ängste ist jedoch die Frage zu unterscheiden, *warum* diese Wahrnehmungen existieren und *warum* sie auf eben jene Feindbilder projiziert werden. In der Politikwissenschaft und in anderen Geisteswissenschaften gibt es dazu eine Vielzahl von Erklärungsansätzen: So kann der Erfolg des Rechtspopulismus wirtschaftlich aufgeschlüsselt werden – etwa unter dem Stichwort „Modernisierungsverlierer“ (vgl. Spier 2006); er kann auch kulturell erklärt werden, sowohl mit Verweis auf nationalistische und rassistische Ressentiments (Decker 2006: 22; Spier 2006: 49) als auch auf neue Kommunikationsmöglichkeiten. Wie in Kapitel 3 deutlich wurde, nimmt die AfD medial gerade dadurch Einfluss, dass sie ihre „Message“ an den traditionellen Medien vorbei in den sozialen Netzwerken verbreitet, und damit bestimmte – nicht zuletzt moralische – Regeln und Barrieren der Kommunikation umgeht. Keiner dieser Erklärungsansätze erscheint aus unserer Sicht für sich genommen befriedigend. Vielmehr ist von einer Gemengelage unterschiedlicher Einstellungen auszugehen.⁸⁶ Die AfD scheint vor allem damit politisch erfolgreich, dass sie sich nicht auf eine einzelne Quelle des Ressentiments verlässt. Sie bedient verschiedene Feindbilder und verwebt sie miteinander: Dabei mag für manchen die Angst vor „dem Islam“ entscheidend sein, für andere ein anti-europäisches Ressentiment, für wieder andere das Unbehagen gegenüber der gesellschaftlichen Enttabuisierung und der öffentlichen Sichtbarkeit sexueller Vielfalt und einer als zu liberal wahrgenommenen Familienpolitik. Ausschlaggebend ist, dass die AfD diese Feindbilder nicht unverbunden nebeneinander stehen lässt, sondern sie so verquickt, dass sie leicht in ein populistisches – also „eliten“feindliches – Weltbild eingepasst werden können. Die „Eliten“ stehen dann im Umkehrschluss für alle, die vermeintlich von den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung profitieren („Asyl-Lobby“, „Schwulen/Gender-Lobby“, „Banken-Lobby“), ohne deren negative Auswirkungen zu spüren. Das Weltbild, das sich darin ausdrückt, ist leicht an verschiedene Themen und Entwicklungen anpassbar, aber nicht völlig beliebig. Seine Widerstandskraft liegt gerade darin, dass es zwar diffus ist, aber in sich relativ geschlossen bleibt.

4.2 *Veränderungen mit Realismus und Solidarität begleiten*

Allgemein gesprochen drückt sich in den angesprochenen Emotionen ein Grundunbehagen an Veränderung aus; es kann, je nach persönlicher und sozialer Lage, an wirtschaftliche (Abstiegsangst) oder an kulturelle und soziale Faktoren („Überfremdung“, „Genderismus“) „ando-

⁸⁶ So wäre etwa dem ökonomischen Erklärungsversuch entgegenzuhalten: Wenn die AfD-Unterstützer alle Globalisierungsverlierer wären, würde einiges dafür sprechen, dass sie die Vertretung ihrer politischen Anliegen eher von der Partei Die Linke erwarten.

cken“. Dass gesellschaftliche Veränderungen – gerade wenn sie relativ zügig voranschreiten – Unsicherheit verursachen, gehört zur *conditio humana*. Und die Wirklichkeit dieses Unbehagens lässt sich nicht „wegreden“. „Ängste lassen sich in Unterhaltungen darüber höchstens binden und zerstreuen. Voraussetzung dafür ist freilich, dass man die Ängste seines Gegenübers akzeptiert und nicht bestreitet.“ (Bude 2014: 12). In genau diesem Sinne sind weder Ängste noch destruktive Emotionen bloß Schein-Phänomene; es wird nicht ausreichen, sie nur durch die Nennung von Fakten zu bekämpfen: Die Fakten können zur Kenntnis genommen werden, aber sie werden nicht auf die eigene Person bezogen, und das Unsicherheitsgefühl oder das Ressentiment bleibt – und damit auch die Neigung, die eigenen negativen Emotionen auf "Sündenbocke" abzuleiten. Gerade bei den diffusen Ressentiments, die die AfD bedient, kommt es deshalb darauf an, nicht nur mit Evidenz zu kontern, sondern vielmehr auf einer im Wortsinne *seelsorgerischen* Ebene tätig zu werden, zugleich aber den Strategien, mit denen die Partei die vorhandenen Emotionen schürt und politisch instrumentalisiert, entschieden entgegenzutreten und sie zu kritisieren.

Wie ist also konstruktiv mit in der Bevölkerung, auch in kirchlichen Gruppen und Gemeinden, vorhandenen Ressentiments und einer angstbestimmten Stimmung umzugehen? Was haben christlicher Glaube, christliche Praxis und Kirche dem entgegenzusetzen? Christinnen und Christen und auch die Kirche selbst sind ihrem eigenen Selbstverständnis gemäß und aus der Mitte des christlichen Glaubens heraus zur Solidarität mit Menschen in Angst aufgerufen:

„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände. Ist doch ihre eigene Gemeinschaft aus Menschen gebildet, die, in Christus geeint, vom Heiligen Geist auf ihrer Pilgerschaft zum Reich des Vaters geleitet werden und eine Heilsbotschaft empfangen haben, die allen auszurichten ist. Darum erfährt diese Gemeinschaft sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden.“ (GS 1)

Sich „Trauer und Angst der Menschen von heute“ zu eigen zu machen und in diesem Sinne Solidarität zu üben, ist etwas Anderes als die (politische) Instrumentalisierung vorhandener Ressentiments. Solidarität fragt, wie Ängsten zu begegnen und was den Auslösern destruktiver Emotionen entgegenzusetzen ist, um letzten Endes beides überwinden zu helfen. Dazu gehören Empathie mit den Menschen, die Unbehagen empfinden, und ein Realismus, der die jeweilige subjektive Sicht mit einem „größeren Bild“ der komplexen Wirklichkeit verbindet: nicht um zu beschönigen, sondern um die Dimensionen vorhandener Probleme, aber auch darüber hinaus weisende (möglicherweise Hoffnung stiftende) Perspektiven aufzuschließen und zugänglich zu machen.

Das heißt konkret: wo die AfD Untergangsszenarien verbreitet, gilt es, durch ermutigende Praktiken und Perspektiven Szenarien der Hoffnung zu nähren. Das bedeutet keineswegs, tatsächli-

che Probleme und Herausforderungen zu leugnen oder zu banalisieren. Im Gegenteil ist es wichtig, Herausforderungen, Ambivalenzen, Schwierigkeiten (etwa: tragfähige Lösungen für große Probleme wie die Unterbringung und Versorgung großer Zahlen von Flüchtlingen oder die Zukunftsfestigkeit des Pflegesystems zu finden) ehrlich zu benennen und weder den volkswirtschaftlichen Aufwand noch den Zumutungscharakter mancher gesellschaftlicher Veränderungsprozesse zu beschönigen. So schreibt Zygmunt Bauman in einem aktuellen Essay über die Angst auslösenden Migrationen nach Europa: „Die Lage [...] ist – für den Augenblick unheilbar – ambivalent. Eine auf Überschaubarkeit und Eindeutigkeit ausgerichtete theoretische Analyse, falls man sie denn praktisch umsetzte, beschwört mehr Gefahren herauf als die Krankheit, die sie heilen möchte.“ (Bauman 2017: 24) Vereindeutigung des „unheilbar“ Ambivalenten kann gefährlich sein. Das gilt sowohl für Versuche, die auf nationale oder nationalistische Homogenisierung und den Ausschluss der „Anderen“ setzen, als auch für kosmopolitische Ansätze, wenn diese Spannungen und Schwierigkeiten gegenüber bestehenden politischen Realitäten und Regelwerken idealistisch überspringen (vgl. Heimbach-Steins 2017: 10–13).

Der Respekt vor den Menschen, die mit den Zumutungen eines u. U. schnellen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels leben müssen, gebietet es, sie als Handelnde zu adressieren, sie einzubeziehen und als potentielle Mitgestalter ernst zu nehmen, anstatt nur mit ihrem passiven Ertragen zu kalkulieren. Es kommt darauf an, Beklemmungen zu lösen und Verengungen aufzubrechen, die es verhindern, über die Unbehagen verursachenden Probleme hinaus zu schauen, und nur Bedrohung wahrzunehmen erlauben. Die christlichen Kirchen haben Potentiale anzubieten, um diese Herausforderung aufzugreifen. Die Sozialverkündigung der Katholischen Kirche bietet gute Ansatzpunkte, um eine weite Sicht auf ein „größeres Bild“ vom Menschen, von der Gesellschaft und der Geschichte zu eröffnen.

4.3 „Wir können die Dinge ändern“ – Plädoyer gegen Pessimismus

Wenn gesellschaftliche Wirklichkeiten – sei es in Form ungerechter ökonomischer Verhältnisse oder sozialer, ethnischer und religiöser Heterogenität – Menschen verunsichern und Ängste und Wut auslösen, kann der Eindruck entstehen, einem blinden Schicksal ausgeliefert zu sein, gegen dessen Macht scheinbar „nichts zu machen“ ist. Demgegenüber ist zu fragen: Was muss unternommen werden, damit Verhältnisse, die als „nicht gut“, als „ungerecht“ wahrgenommen werden, eher als Anlass und Aufforderung zu einem verändernden Handeln wahrgenommen werden (können)?

In den Programmtexten der AfD wird deutlich, dass die Partei Antworten vor allem in der Rückkehr zu Verhältnissen einer vermeintlich guten oder jedenfalls besseren „alten Zeit“ (der D-Mark, eines Europas der Nationalstaaten, der traditionellen Familie etc.) sucht. Dahinter scheint die Überzeugung zu stehen, eine konstruktive, Zukunft eröffnende Bearbeitung der aktuellen Herausforderungen sei gar nicht möglich. Deshalb wird das Heil in der Vergangenheit

gesucht und alles, was die gegenwärtige gesellschaftliche Lage von dieser Vergangenheit trennt, sei es durch Ausschluss oder durch Delegitimierung als „Ideologie“ ausgeschieden; zugleich muss aber ausgeblendet werden, dass es ein solches „Zurück“ gar nicht geben kann, weil die komplexen sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Veränderungen eben nicht ungeschehen gemacht werden können. Dieser Haltung scheint ein sehr pessimistisches Bild vom Menschen zugrunde zu liegen. Es fehlt offenbar an Zutrauen in die menschliche Gestaltungskraft und Verantwortungsfähigkeit angesichts *neuer* Herausforderungen. Mut zum Risiko und die Bereitschaft, das Eigene in Frage stellen zu lassen, scheinen wenig ausgeprägt. Deshalb wird Sicherheit im (vermeintlich) Bewährten gesucht.

Gegen solchen Pessimismus erhebt ein christliches Verständnis des Menschen Einspruch, ohne einem naiven Optimismus zu verfallen. Papst Franziskus hat dazu in der Enzyklika *Laudato si'* (2015) Wegweisendes gesagt. Was er mit Bezug auf die ökologische Herausforderung und ihre Implikationen für die soziale Gerechtigkeit formuliert, kann auf jede Facette des gesellschaftlichen Wandels und der aktuellen Veränderungserfahrungen bezogen werden:

„Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen, denn wir wissen, dass sich die Dinge ändern können. Der Schöpfer verlässt uns nicht, niemals macht er in seinem Plan der Liebe einen Rückzieher, noch reut es ihn, uns erschaffen zu haben. Die Menschheit besitzt noch die Fähigkeit zusammenzuarbeiten, um unser gemeinsames Haus aufzubauen.“ (LS 13)

Die Grundbotschaft lautet: Die Dinge können sich ändern, weil Menschen befähigt sind zu handeln. Hinter dieser Auffassung stehen zwei grundlegende Aspekte des christlichen Menschenbildes, die eng miteinander zusammenhängen:

Erstens drückt sich darin die Überzeugung aus, dass der Mensch fähig und berufen ist, Verantwortung wahrzunehmen. D. h.: die zu einem wesentlichen Teil von Menschen selbst bewirkten Verhältnisse (d. h. Auswirkungen von Veränderungsprozessen), die heute viele Menschen bedrängen, sind gerade kein blindes Schicksal. Sie sind menschlichem Handeln geschuldet, und als (u. U. schlimme) Folgen von Handeln enthalten sie wiederum einen Auftrag, die Dinge durch Handeln zum Besseren zu ändern. Das setzt voraus, dass die Menschen sich nicht allein als „Opfer der Verhältnisse“, sondern als Akteure, als Mit-Gestaltende der (politischen) Wirklichkeit, wahrnehmen - und nicht nur Andere, vornehmlich die „Eliten“, der Verantwortungslosigkeit bezichtigen. In christlich-religiöser Sprache formuliert bedeutet das: Die Auseinandersetzung mit den Verhältnissen, die nach Veränderung im Sinne größerer Gerechtigkeit rufen, fordert zur *Umkehr* heraus, d. h. zu einer Vergewisserung über den eigenen Standort in Bezug auf die gegebenen Herausforderungen, über den eigenen möglichen Beitrag zur Zukunftsgestaltung und zu einer entsprechenden Neuausrichtung.

Dies führt zum *zweiten* Aspekt: Diese Fähigkeit zur Umkehr als positive Dynamik darf dem Menschen (trotz seiner zwiespältigen Rolle in der Wirklichkeit) zugetraut werden – bzw. darf er oder sie sich selbst zutrauen –, weil er nach christlicher Überzeugung nicht auf sich allein gestellt, sondern in eine tragende Beziehung eingebettet ist, die ihn dazu befähigt. Gott, der Schöpfer, steht treu zu seinen Geschöpfen, um alle – in der Verbundenheit untereinander („Schöpfungsfamilie“) – zum Guten, zum Heil gelangen zu lassen. Die Verantwortung, die dem Menschen aufgetragen ist bzw. die er als Auftrag erfährt, ist unterfangen durch eine Beziehung, die das Bemühen des Menschen mitträgt und auffängt. Und zugleich verweist diese Beziehung den Menschen als Verantwortungsträger in den denkbar größten Bezugsraum der Menschheit und der Schöpfung als Rahmen des Handelns und der Sorge für ein gutes und gerechtes Zusammenleben – und fordert damit zur Zusammenarbeit im Dienst an einer gemeinsamen guten Zukunft heraus.

4.4 *Freund-Feind-Denken überwinden – Identitäten stärken*

Der Anspruch, den der oben zitierte Passus aus der Pastoralkonstitution des II. Vatikanums formuliert, sagt Grundlegendes über das Verhältnis der Menschen untereinander: Es geht um eine *Verbundenheit* in den positiven („Freude und Hoffnung“) wie in den negativen („Trauer und Angst“) Empfindungen angesichts der Herausforderungen der Gegenwart. Nicht Abgrenzung, Abschottung und Ausschließung werden als Modi der Auseinandersetzung mit dem, was Menschen bedrängt, empfohlen, sondern Solidarität und Kooperation, die in der Rückbindung (*religio*) an die unbedingte Solidaritätszusage Gottes in Jesus Christus ihren ermöglichenden Grund haben. Dieser theologisch fundierte, umfassende Solidaritätsanspruch, der in der Tradition der Soziallehre der Kirche jeweils mit den konkreten Gegebenheiten der Zeit korreliert wird, steht einem Denken im Schema von Freund und Feind grundlegend entgegen. Zum Gesellschaftsbild der katholischen Soziallehre gehört die Suche nach Modellen des Zusammenschlusses, der Zusammenarbeit, der Verständigung, der Suche nach Gemeinsamkeiten, von denen her Konflikte gelöst werden können. Nicht Konflikt, sondern Konsens ist das Paradigma, nach dem die Soziallehre der Kirche die nicht zu leugnenden oder schön zu redenden Differenzen und Streitfälle im gesellschaftlichen Zusammenleben so zu bearbeiten sucht, dass sozialer Friede im Inneren einer Gesellschaft und ein gerechter Friede zwischen den Völkern möglich wird.⁸⁷

Ein solches Modell baut auf moralisch anspruchsvollen Voraussetzungen auf, die Christen mit vielen humanistisch denkenden Menschen teilen können:

⁸⁷ Das ist nicht zu verwechseln mit einem harmonistischen Gesellschaftsverständnis, das keine Auseinandersetzung, keinen Streit zuließe. Vielmehr geht es um die Art und Weise, wie Dissense ausgetragen werden und nach Lösungen gesucht werden soll: nicht durch (Klassen-)Kampf, sondern durch geordnete Kooperation. Die Grenzen eines solchen Modells können hier nicht diskutiert werden; im gegebenen Zusammenhang kommt es v. a. darauf an zu zeigen, dass das Freund-Feind-Schema in der Lehre der Kirche nicht unterstützt wird.

Fundamental ist die Anerkennung jedes und jeder Anderen als Mensch mit gleicher Würde und gleichen Rechten; auch ein (ideologischer) Gegner, auch eine Konkurrentin um bestimmte Güter bleibt ein (Mit-)Mensch mit gleicher Würde und gleichen Rechten. Den Anderen als Anderen gelten zu lassen – unbeschadet möglicherweise irritierender, sogar ängstigender Aspekte seines oder ihres Andersseins in nationaler, ethnischer, religiöser oder genderspezifischer Hinsicht – bedeutet, ein Denken in den Kategorien von „Freund“ und „Feind“ zu überwinden und schafft die Voraussetzung für eine Kultur der friedlichen Konfliktlösung⁸⁸. Ein solches ethisches Fundament ist in der christlichen Sozialethik gut begründet; es in der sozialen Wirklichkeit zur Geltung zu bringen, ist aber selbstredend auch für Christinnen und Christen und für die Kirche eine bleibende Herausforderung. Das gilt nicht zuletzt auch für die Auseinandersetzung über ethisch als nicht tolerierbar wahrgenommene Positionen: Der ggf. ethisch unumgänglich erscheinende Streit ist so zu führen, dass die Würde des Gegenübers gewahrt bleibt.

Die universale und gleiche Würde aller Menschen – unabhängig von ethnischer, religiöser und politischer Zugehörigkeit und sexueller Orientierung – und die Menschenrechte jeder Person zu verteidigen, gilt zum einen auf der Ebene der konkreten Solidarisierung mit Notleidenden und mit Menschen, die unter Ungerechtigkeit leiden. Nicht zuletzt gilt er in Bezug auf Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten, die aufgrund ihres prekären rechtlichen und sozialen Status besonders anfällig für Ausbeutung, gewalttätige Übergriffe und Entrechtung sind. Zum anderen bedeutet ein solches Engagement, denjenigen den Rücken zu stärken, die sich durch ihren Einsatz für andere exponieren, z. B. indem sie sich fremdenfeindlichem Reden und Handeln aktiv entgegenstellen und deswegen selbst angefeindet oder bedroht werden. Und schließlich heißt Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte auch, Solidarisierungen zwischen den Armen und Marginalisierten zu fördern, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Dazu bedarf es der Bereitschaft, die eigenen Grenzen zu überschreiten. Gerade in Bezug auf den letzten Punkt kann auch die Kirche ihre Bemühungen noch verstärken. Eine – wenn auch noch so begrüßenswerte – Verurteilung aller nationalistischen, Hass und Ressentiments fördernden Politikmodelle wird hier nicht ausreichen. Es gilt, soziale und politische Aktivitäten in den Gemeinden vor Ort zu intensivieren und Angebote zu schaffen, die Vertrauen zueinander und Verständnis füreinander fördern.

Die Beispiele deuten darauf hin, dass die Verwirklichung wechselseitiger Anerkennung und Solidarität auf eine zentrale Voraussetzung angewiesen ist: So handeln zu können, setzt eine starke und positiv bestimmte eigene Identität voraus, eine durch wechselseitige Kommunikation und Kooperation getragene Gewissheit, sich auf den Anderen hin öffnen zu können. Eine Identität, die sich nur durch Abgrenzung („Wir“ vs. „die Anderen“) und durch Ausgrenzung (der

⁸⁸ Anzunehmen, auf der Basis wechselseitiger Anerkennung gäbe es keine Konflikte, wäre selbstverständlich eine gefährliche Illusion.

Fremden, des Islams, der Eliten, der Nicht-Heterosexuellen) ihrer selbst zu vergewissern weiß, wird immer eine schwache und angreifbare sein – und deshalb im Verteidigungsmodus gegenüber dem „Feind“ verharren.

Christliche Gemeinden, Gruppen und Verbände können Orte sein, an denen Identitäten gestärkt und die Offenheit gegenüber Anderen – seien es Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten, Andersgläubige oder Nicht-Gläubige, Menschen, die anders leben und lieben – geübt und gepflegt werden können. Auch hier gilt: Es geht um ein Potential des christlichen Glaubens, das Christinnen und Christen, Gemeinden und die Kirche als ganze beständig herausfordert. In manchen Handlungsfeldern gibt es viele gute Beispiele für gelingende, anerkennende Kommunikation und Begegnung. In anderen haben gerade auch kirchliche Akteure noch erhebliche Lernprozesse vor sich.⁸⁹

4.5 Geschichte, Krise, Hoffnung

Mit der Frage nach Quellen individueller und kollektiver Identitäten hängt der Umgang mit der Geschichte eng zusammen. In den Programmtexten der AfD zeichnet sich ein rückwärtsgewandtes Geschichtsdenken ab, das einerseits nach Vergewisserung einer nationalen Identität in der selektiven Bezugnahme auf bestimmte Ereignisse der Vergangenheit sucht, andererseits aber problematische Aspekte dieser Geschichte – namentlich die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Anerkennung einer bleibenden ethischen Verpflichtung im Umgang mit den Opfern des Holocaust – auszublenden bzw. zu marginalisieren versucht.

Eine christliche Sicht wird die Verbindung der Gegenwart einer sozialen Gemeinschaft (eines Volkes) mit ihrer (seiner) Geschichte und das entsprechende Geschichtsbewusstsein Schuld und Versagen ebenso einschließen wie das Gedenken der Opfer. Solche Erinnerung ist gerade kein rückwärtsgewandtes Verharren, sondern ein zukunftsorientiertes Umgehen mit dem Erbe der Vergangenheit. Vor allem unter dem Eindruck des Holocaust haben Theologie und kirchliche Verkündigung der letzten Jahrzehnte sich in einem durchaus schmerzhaften Lernprozess die Einsicht erschlossen, dass für das christliche Bekenntnis zu Jesus Christus die Erinnerung des Leidens, das Gedenken an die Opfer ungerechter Gewalt und die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuldverhaftung konstitutiv ist, und sich der „Leidvergessenheit“ auch christlicher Traditionen gestellt. Es geht um Gerechtigkeit für die Opfer und um die (immer prekäre) Hoffnung auf Versöhnung in der Zeit. Daraus erwächst ein Bewusstsein von Geschichte als Zeitraum der Umkehr und der je neuen Auseinandersetzung mit den unversöhnten Anteilen der Vergangenheit, die in der Gegenwart fortwirken.

⁸⁹ Wie in Kapitel 2.2 deutlich wurde, betrifft dies u. a. die Genderthematik und den Umgang mit gleichgeschlechtlich liebenden Menschen.

Die Erfahrung der gegenwärtigen Zeit als „Krise“ muss dann nicht in erster Linie den drohenden Verfall des vormals Guten (oder Besseren) ansagen – als Ausdruck eines Kulturpessimismus, der auch in manchen kirchlichen Kreisen durchaus gepflegt wurde und wird. „Krise“ kann – und darin liegt ihr genuiner biblischer und christlicher Sinn – vor allem als Ansage einer notwendigen Unterscheidung, Entscheidung und Neuorientierung, in diesem Sinne als „Wachstumskrise“ und als dynamisches Moment der Geschichte verstanden und damit als Chance ergriffen werden. Genau in diesem Sinne wandte sich Papst Johannes XXIII. bei der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils gegen die „Unglückspropheten, die immer das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergang stünde“ (Johannes XXIII. 1962/1990)⁹⁰; diesen Gedanken greift Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* (2013) auf, um einem „sterilen Pessimismus“ (EG 84) entschieden entgegenzutreten:

„Eine der ernsthaftesten Versuchungen, die den Eifer und den Wagemut ersticken, ist das Gefühl der Niederlage, das uns in unzufriedene und ernüchterte Pessimisten mit düsterem Gesicht verwandelt. [...] Der böse Geist der Niederlage ist ein Bruder der Versuchung, den Weizen vorzeitig vom Unkraut zu trennen, und er ist das Produkt eines ängstlichen egozentrischen Misstrauens.“
(EG 85)

In diesem Sinne kommt es darauf an, die Geschichte – als vergangene und als vor uns liegende – mit ihren Licht- und ihren Schattenseiten als den unabgeschlossenen Zeit-Raum der menschlichen Entwicklung, des Ringens um Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, der Versöhnung zwischen den Menschen und der Menschen mit der Schöpfung aufzufassen und anzunehmen, kurz: als Aufgabe humaner Gestaltung. Für Christen steht diese Aufgabe unter dem Vorzeichen der Hoffnung auf eine nicht vom Menschen selbst zu leistende Vollendung – der Verheißung eines allen Menschen zugedachten Heils. Diese Zusage kann einerseits entlasten, weil sie vom Zwang der Selbsterlösung und damit zu einer grundlegenden Gelassenheit im Denken und Handeln befreit (vgl. ZSG 94). Zugleich fordert sie aber auch dazu heraus, der Hoffnung im Leben und Handeln glaubhaften Ausdruck zu geben, um das Bekenntnis zu bewahrheiten und Anderen Anteil daran zu geben.

4.6 Umgang mit „Wahrheit“

Das oben beschriebene Unbehagen gegenüber Veränderungen wird in der Rhetorik der AfD nicht zuletzt dadurch verstärkt, dass die Kritik an den eigenen politischen Äußerungen oft als Rede- oder Meinungsverbot konstruiert wird – genau deshalb kann sich die AfD auch mit dem Slogan „Mut zur Wahrheit!“ inszenieren. Den „Eliten“ wird eine planmäßige Meinungsdictatur vorgeworfen, mit der Andersdenkende kontrolliert, ihre Meinung unterdrückt werden sollen. Darin wird letztlich ein dogmatisches Wahrheitsverständnis offensichtlich, das für die eigene

⁹⁰ Ein Auszug aus der Rede findet sich online hier: http://www.unifr.ch/iso/assets/files/Gaudet_Mater.pdf.

Position behauptet wird. Aus dieser Position wird auch versucht, Wirklichkeit durch die Umdeutung von Begriffen zu verändern. Auch hierin zeigt die AfD in antidemokratisch-populistischer Manier die Abwehrhaltung gegenüber dem gesellschaftlichen Pluralismus, der zu einer freiheitlichen, grundrechtebasierten Demokratie dazugehört. Prozessorientierung und die Bedeutung von Verfahren für Politik werden in diesem Sinne abgelehnt.

Es mag nicht immer leicht auszuhalten sein, dass es nur unfertige, manchmal stark kompromissbehaftete politische Lösungen gibt, die eigene Unzufriedenheit nicht umfassend ausräumen und eigene Ideale nicht vollständig aufnehmen können. Im Prinzip ist dies aber der Normalfall in heutigen Demokratien, daher sind Versprechen von einfachen Lösungen verdächtig. Oft genug sind Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren, gerade von einem christlichen Standpunkt aus (etwa der Zustand sozialer Gerechtigkeit). Fertige Lösungen aber gibt es nicht und wer von sich behauptet, nur er und kein anderer habe „den Mut zur Wahrheit“ und wisse genau, was zu tun ist, nimmt mehr in Anspruch, als er halten kann. Christinnen und Christen haben den Mut zur Wahrheit, aus dem Glauben und eben nicht aus einer Anti-Haltung heraus, und sind resistent gegenüber denen, die aus bloßen Machtinteressen oder im Modus der Ausgrenzung etwa von Menschen in Not Wählerstimmen generieren wollen.

Wahrheit stellt sich im kritischen, aber friedfertigen und mitmenschlich-aner kennenden Dialog ein, nicht zuletzt durch die Bereitschaft, sich von einem besseren Argument überzeugen zu lassen. Wahrheit und Vertrauen sind die Ziele von Kommunikation. Kommunikation gelingt in dieser Hinsicht nicht immer, aber oft genug gelingt sie doch und für dieses Gelingen tragen wir die Verantwortung, die wir an politischen Diskussionen teilnehmen. Wichtig dafür sind Räume und Gelegenheiten, durchaus auch solche der Geselligkeit, die in christlichen Gemeinden bestehen und nutzbar gemacht werden können. Für Christinnen und Christen haben die Suche nach der Wahrheit und der Mut zur Wahrheit schließlich eine spirituelle Dimension: Für die Kunst der Unterscheidung, was wahr ist und was nicht, sind wir auch angewiesen auf den Geist Gottes. Gemeint ist, dass wir im Geiste Gottes und des Evangeliums, also aus der christlichen Haltung heraus, die Dinge drehen und wenden. Führt dies zu einer letzten und einzigen Lösung für Probleme? Wohl nicht. Es geht also um die Bereitschaft, miteinander zu suchen und zu ringen im Dienst der Gerechtigkeit und Liebe.

Literaturverzeichnis

AfD-Quellen

Programme

GP – Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, online unter https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf, erstellt 27.06.2016/abgerufen 06.04.2017.

PL – Alternative für Deutschland (2014): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland, Mai 2014, online unter <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf>, erstellt Mai 2014/abgerufen 19.05.2017.

BWP – Alternative für Deutschland (2017): Wahlprogramm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln, online unter https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/05/2017-05-19_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf, abgerufen 19.05.2017.

WPSN – AfD Sachsen (2014): Wahlprogramm 2014, online unter http://www.afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf, abgerufen 29.05.2017

WPTH – AfD Thüringen (2014): Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014, online unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf, abgerufen 29.05.2017

Reden

Gauland, Alexander (2017): Rede auf dem Thüringer Landesparteitag der AfD am 18.02.2017, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=4fuYdQ4hd8g>, abgerufen 06.06.2017.

Poggenburg, André (2016): Rede auf einer AfD-Kundgebung in Erfurt am 21.09.2016, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=PK7IA4ZLaBo>, abgerufen 06.06.2017.

Petry, Frauke (2015): Rede auf einer AfD-Kundgebung in Berlin am 7.11.2015, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=tip9ljzXdXg>, abgerufen 06.06.2017.

Sonstige

Christen in der AfD (o. J.): Grundsatzerklärung, online unter <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzerklaerung>, abgerufen 22.05.2017.

Alternative für Deutschland, Bundesvorstand (22.12.2016): Demokratie wieder herstellen. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben. AfD – Manifest 2017. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017.

Programme anderer Parteien

GP CDU – Christlich-Demokratische Union (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag Hannover, 3. – 4. Dezember 2007, online unter <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf?file=1>, abgerufen 10.04.2017.

GP CSU – Christlich-Soziale Union (2016): Die Ordnung. Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union, online unter: http://www.csu.de/common/download/CSU_Grundsatzprogramm_Parteitag_MUC_2016_ES.pdf, abgerufen 29.05.2017.

GP GRÜNE – Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, online unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Grundsatzprogramm-2002.pdf, erstellt April 2002/abgerufen 10.4.2017.

BWP GRÜNE – Bündnis 90/Die Grünen (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. Entwurf Wahlprogramm 2017, online unter http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruener_Bundestagswahlprogrammentwurf_2017.pdf, abgerufen 29.05. 2017.

GP FDP – Freie demokratische Partei (2012): Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des 63. Ordentlichen Parteitages der FDP. Karlsruhe, 22. April 2012, online unter https://www.fdp.de/files/408/Karlsruher_Freiheitsthesen.pdf, erstellt Juni 2012/abgerufen 19.05.2017.

GP LINKE – Die Linke (2011): Programm der Partei Die Linke, Beschluss des Parteitages vom 21. Bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, online unter https://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf, abgerufen 29.05.2017.

GP SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2007): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag am 28. Oktober 2007, online unter https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf, abgerufen 10.04.2017.

Kirchliche Dokumente

AL – Franziskus (2016): Nachsynodales Schreiben *Amoris Laetitia*. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 204).

Benedikt XVI. (2011): Ansprache von Papst Benedikt XVI. Berliner Reichstagsgebäude, Donnerstag, 22. September 2011, online unter https://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20110922_reichstag-berlin.html, abgerufen 01.06.2017.

COMECE (2016): Europas Berufung zur Förderung des Friedens in der Welt. Ein Beitrag der europäischen Bischöfe zur geplanten globalen Strategie der EU für Außen- und Sicherheitspolitik. Brüssel: Kommission der Bischofskonferenzen der europäischen Gemeinschaft.

DBK (2007): Europa: In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. In: DBK (Hg.): Texte zum 50.

Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge 25. März 2007. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Stimmen der Weltkirche – Europa, 39), 7–15.

DBK (2012): Inklusive Bildung von jungen Menschen mit Behinderungen in Katholischen Schulen in freier Trägerschaft. Empfehlung der Kommission Erziehung und Schule, Bonn 2012, online unter http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse/2012-074a-Inklusive-Bildung-Empfehlung-Kommission-Erziehung-Schule.pdf, erstellt 07.05.2012/abgerufen 31.05.2017.

DiH – II. Vatikanisches Konzil (1965): Erklärung *Dignitatis humanae* über die Religionsfreiheit. In: Rahner, Karl; Vorgrimler, Herbert (Hg.) (2008): Kleines Konzilskompodium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils. 35. Aufl. Freiburg i. Br.: Herder, 661–675.

EE – Johannes Paul II. (2003): Nachsynodales Schreiben *Ecclesia in Europa* zum Thema „Jesus Christus, der in seiner Kirche lebt – Hoffnung für Europa“. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 161).

EG – Franziskus (2013): Apostolisches Schreiben *Evangelii Gaudium* – Über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 194).

EKD/DBK (2014): Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

EKD/DBK (2017): Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2017: Begegnung – Teilhabe – Integration, online unter https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-075a-Gemeinsames-Wort-2017.pdf, abgerufen 19.05.2017.

FC – Johannes Paul II. (1981): Apostolisches Schreiben *Familiaris Consortio* – Über die Aufgaben der christlichen Familie in der Welt von heute. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, 33).

Franziskus (2013): Besuch auf der Flüchtlingsinsel Lampedusa – Predigt von Papst Franziskus, 8. Juli 2013, online unter http://w2.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2013/documents/papa-francesco_20130708_omelia-lampedusa.html, abgerufen 19.05.2017.

GS – II. Vatikanisches Konzil (1965): Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* – Über die Kirche in der Welt von heute. In: KAB (Hg.): Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. 8. erweiterte Auflage 1992. Bornheim: Kotteler, 291–395.

Johannes XXIII. (1962/1990): *Gaudet Mater Ecclesia*. Ansprache zur Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils, 11. Oktober 1962, lat. und dt. Übersetzung. In: Kaufmann, Ludwig; Klein, Nikolaus: Johannes XXIII. Prophetie im Vermächtnis. Fribourg: Exodus, 116–150.

Johannes Paul II. (1998): Brief an die deutschen Bischöfe, online unter https://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/letters/1998/documents/hf_jp-ii_let_27011998_bishops.html, abgerufen 31.05.2017.

Johannes Paul II. (1999): Schreiben an die deutschen Bischöfe, online unter https://w2.vatican.va/content/john-paul-ii/de/letters/1999/documents/hf_jp-ii_let_03061999_german-bishops.html, abgerufen 31.05.2017.

KKK – Katechismus der Katholischen Kirche (1993): München: Oldenbourg.

LE – Johannes Paul II. (1981): Enzyklika *Laborem exercens* – Über die menschliche Arbeit zum neunzigsten Jahrestag der Enzyklika *Rerum Novarum*. In: KAB (Hg.): Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. 8. erweiterte Auflage 1992. Bornheim: Ketteler, 529–601.

LS – Franziskus (2015): Enzyklika *Laudato Si'* – Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.

PT – Johannes XXIII. (1963): Enzyklika *Pacem in terris* – Über den Frieden unter allen Völkern in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit. In: KAB (Hg.): Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. 8. erweiterte Auflage 1992. Bornheim: Ketteler, 241–290.

Rede vor dem Europaparlament – Franziskus (2014): Ansprache des Heiligen Vaters an das Europaparlament, 25. November 2014, online unter https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html, abgerufen 19.05.2017.

Rede vor dem Europarat – Franziskus (2014): Ansprache von Papst Franziskus an den Europarat, 25. November 2014, online unter https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-consiglio-europa.html, abgerufen 19.05.2017.

Rede zur Verleihung des Karlspreises – Franziskus (2013): Ansprache von Papst Franziskus, 6. Mai 2016, online unter http://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2016/may/documents/papa-francesco_20160506_premio-carlo-magno.html, abgerufen 19.05.2017.

RN – Leo XIII. (1891): Enzyklika *Rerum Novarum* – Über die Arbeiterfrage. In: KAB (Hg.): Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. 8. erweiterte Auflage 1992. Bornheim: Ketteler, 1–38.

SRS – Johannes Paul II. (1987): Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* – Zwanzig Jahre nach der Enzyklika *Populorum Progressio*. In: KAB (Hg.): Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. 8. erweiterte Auflage 1992. Bornheim: Ketteler, 619–687.

ZSG – Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland / Deutsche Bischofskonferenz (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Sekundärliteratur

Amann, Melanie: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: Wo sie herkommt, wer sie führt, woin sie steuert. München: Droemer.

Arbeitsstelle für Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz / Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen e.V. (o.J. [2015]): Geschlechtersensibel. Gender katholisch gelesen, Düsseldorf - Fulda, online unter http://frauenseelsorge.de/download/Flyer_DINlang_10Seiter_Gender_web_klein.pdf, abgerufen 01.06.2017.

Bauman, Zygmunt (2017): Die Angst vor den Anderen. Essay über Migration und Panikmache [Lizenzausgabe]. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 10048).

Bebnowski, David (2016): „Gute“ Liberale vs. „böse“ Rechte? Zum Wettbewerbspopulismus der AfD als Brücke zwischen Wirtschaftsliberalismus und Rechtspopulismus und dem Umgang mit der Partei. In: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, 25–35.

Bebnowski, David; Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen. Frankfurt/Main: Otto Brenner-Stiftung (OBS-Arbeitspapier, 14), online unter https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2014_03_31_AfD_Papier.pdf, erstellt 31.03.2014/abgerufen 19.05.2017.

Bender, Justus (25.01.2017): Die Strategie der Provokateure. Wähler als „Zielscheiben“, wenig Abgrenzung zu Rechtsextremen und gezielte „Eskalation“ von Konflikten: Ein vertrauliches Papier zeigt, wie die AfD mit Tabubrüchen Stimmen gewinnen will. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.01.2017, online unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-bezeichnet-waehler-in-vertraulichem-papier-als-zielscheiben-14745611.html>, abgerufen 29.05.2017.

Bielefeldt, Heiner (1998): Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Bielefeldt, Heiner (2012): Streit um die Religionsfreiheit. Aktuelle Facetten der internationalen Debatte. Erlanger Universitätsreden Nr. 77, 3. Folge. Erlangen, online unter <https://www.zuv.fau.de/einrichtungen/presse/publikationen/erlanger-universitaetsreden/Uniredede-77.pdf>, abgerufen 31.05.2017.

Bude, Heinz (2014): Gesellschaft der Angst. Hamburg: Hamburger Edition.

Brühl, Jannis; Brunner, Katharina; Ebitsch, Sabrina (2017): Der Facebook-Faktor. [Digital Reportage]. In: *sueddeutsche.de*, 2017, online unter <http://gfx.sueddeutsche.de/apps/e502288/www/>, abgerufen 01.06.2017.

Brunkhorst, Hauke (2014): Das doppelte Gesicht Europas. Zwischen Kapitalismus und Demokratie. Berlin: Suhrkamp.

Brunner, Katharina (3.5.2017): So haben wir die Daten recherchiert. In: *Süddeutsche Zeitung*, 03.05.2017, online unter <http://www.sueddeutsche.de/digital/der-facebook-faktor-so-haben-wir-die-daten-recherchiert-1.3474026>, abgerufen 01.06.2017.

Brunner, Katharina; Hauck, Mirjam (3.5.2017): Wie die Parteien auf Facebook Wahlkampf machen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 03.05.2017, online unter <http://www.sueddeutsche.de/digital/der-facebook-faktor-wie-die-parteien-auf-facebook-wahlkampf-machen-1.3479979>, abgerufen 01.06.2017.

Canovan, Margaret (1981): Populism. New York: Janovich.

Conze, Vanessa (2013): Europa der Vaterländer. In: Große Hüttmann, Martin; Wehling, Hans-Georg (Hg.): Das Europa-Lexikon. 2. aktualisierte Auflage. Bonn: Dietz, online unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/176853/europa-der-vaterlaender>, abgerufen 31.05.2017.

Crouch, Colin (2011): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2540).

Decker, Frank (2004): Populismus. Darstellungsformen und Strategien plebiszitärer Politik. In: Kreyher, Volker J. (Hg.): Handbuch politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 89–112.

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9–32.

Decker, Frank (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, 7–24.

Donum Vitae (e. V.) (o. J.): Wer wir sind und was wir tun, online unter http://www.donumvitae.org/Ueber_donum_vitae, abgerufen 31.05.2017.

Esipova, Neli; Ray, Julie; Srinivasan, Rajesh (2010–2011): The World's Potential Migrants: Who They Are, Where They Want to Go, and Why It Matters. Washington, D.C.: Gallup White Papers, online unter: https://www.imi.ox.ac.uk/news/presentation-available-from-gallup-seminar-on-worlds-potential-migrants/gallup_whitepaper_migration-1.pdf, abgerufen 29.05.2017.

Marx/DBK (2017): Pressebericht des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, anlässlich der Pressekonferenz zum Abschluss der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am 9. März 2017 in Bensberg, online unter https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2017/2017-044-Pressebericht-FVV-Bensberg.pdf, erstellt 09.03.2017/abgerufen 31.05.2017.

Diener, Andrea (28.12.2016): Die Sprache der Populisten. „Lügenpresse“, „Meinungsdiktatur“ oder „Toleranzfaschismus“: Die Sprache der Populisten soll Menschenmassen provozieren und komplexe Zusammenhänge simplifizieren. Ist so ein gemeinsamer Diskurs überhaupt möglich? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.12.2016, online unter http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/analyse-der-sprache-von-populisten-14595386.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2, abgerufen 12.04.2017.

FAZ (2016): AfD-Vizechefin will Polizei sogar auf Kinder schießen lassen, online unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrix-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html>, erstellt 31.01.2016/abgerufen 15.05.2017.

Filipović, Alexander (2013): Die Enge der weiten Medienwelt. Bedrohen Algorithmen die Freiheit öffentlicher Kommunikation? In: *Communicatio Socialis* 46 (2), S. 192–208. Online verfügbar unter <http://ejournal.communicatio-socialis.de/index.php/cc/article/view/93>.

Filipović, Alexander (2016): Verrohung der Debatte? Hassrede im Kontext des Flüchtlingszuzugs nach Deutschland in den Sozialen Medien. In: Marianne Heimbach-Steins (Hg.): Begrenzt verantwortlich? Sozialethische Positionen in der Flüchtlingskrise. Sozialethische Positionen in der Flüchtlingskrise. Freiburg: Herder, 39–50.

Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

GG – Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2014): Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: bpb.

Gilligan, Carol (1982/1984): In a different voice. Psychological Theory and Women's Development. Cambridge/ Mass.: Harvard University Press (Dt.: Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München: Piper).

Goldschmidt, Nils (2011): Art. IV.A Deutschsprachige Ansätze der Wirtschafts- und Unternehmensethik. 2. Ethische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. In: Aßländer, Michael S. (Hg.): Handbuch Wirtschaftsethik. Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler, 76–82.

Habermas, Jürgen (1992/1993): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 3. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hartleb, Florian (2011): Populismus. In: Hartmann, Martin; Offe, Claus (Hg.): Politische Theorie und Politische Philosophie. Ein Handbuch. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1819), S. 53–55.

Häusler, Alexander (2015): Die AfD. Partei des rechten Wutbürgertums am Scheideweg (Expertisen für Demokratie 1/2015, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung), online unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11390-20150911.pdf>, abgerufen 02.06.2017.

Heimbach-Steins, Marianne (2009): „... nicht mehr Mann und Frau“ (Gal 3,28). Sozialethische Studien zu Geschlechterverhältnis und Geschlechtergerechtigkeit. Regensburg: Pustet-Verlag.

Heimbach-Steins, Marianne (2012): Religionsfreiheit – ein Menschenrecht unter Druck. Paderborn: Schöningh.

Heimbach-Steins, Marianne (2013): Katholische Schule, Bildungsgerechtigkeit und Inklusion. In: Sautermeister, Jochen (Hg.): Verantwortung und Integrität heute. Theologische Ethik unter dem Anspruch der Redlichkeit (FS Konrad Hilpert). Freiburg i. Br.: Herder, 323–336.

Heimbach-Steins, Marianne (2015): Die Gender-Debatte – Herausforderungen für Theologie und Kirche (Kirche und Gesellschaft, Nr. 422), hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln: Bachem-Verlag.

Heimbach-Steins, Marianne (2016): Grenzverläufe gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Migration – Zugehörigkeit – Beteiligung (GER 5). Paderborn: Schöningh.

Heimbach-Steins, Marianne (2017): Europa und Migration. Sozialethische Denkanstöße. (Kirche und Gesellschaft 438), hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach. Köln: J. P. Bachem.

Heimbach-Steins, Marianne; Lienkamp, Andreas (2015): Die Enzyklika "Laudato si'" von Papst Franziskus. Auch ein Beitrag zur Problematik des Klimawandels und zur Ethik der Energiewende. In: Heimbach-Steins, Marianne (Hg.): Ethische Herausforderungen der Energiewende (JCSW 56), 155–179.

Heise, Nele (2016): Algorithmen. In: Heesen, Jessica (Hg.): Handbuch Medien- und Informationsethik. Stuttgart: Metzler, 202–209.

Hinsch, Wilfried (2013): Glaube und Legitimität in liberalen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63(24), 10–16.

Kampf, Lena (2015): Höckes AfD: Resonanzraum für die Neue Rechte?, online unter <http://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Hoeckes-AfD-Resonanzraum-fuer-die-Neue-Rechte,hoeckeslehre104.html>, erstellt 16.12.2015/abgerufen 22.05.2017.

KDFB (2015): Katholischer Deutscher Frauenbund (Hg.): Gender, Gender Mainstreaming und Frauenverbandsarbeit, Köln.

Kemper, Andreas (2016): Antimanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland. In: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, 81–98.

Kirchhof, Paul (2001): „Die Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft durch Ehe und Familie“. In: Leipert, Christian (Hg.): Familie als Beruf: Arbeitsfeld der Zukunft. Opladen: Leske + Budrich, 43–51.

Kohrs, Camilla (2016): Das Zentralorgan der AfD, online unter <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/12/27/medien-junge-freiheit/>, erstellt 27.12.2016/abgerufen 31.05.2017.

Kuby, Gabriele (2012): Die globale sexuelle Revolution. Kißlegg: fe-Medienverlags-GmbH.

Kuby, Gabriele (2014): Gender. Eine neue Ideologie zerstört die Familie. 4. Auflage. Kißlegg: fe-Medienverlags-GmbH.

Küppers, Arnd (2017): Die Ordnungsethik der Katholischen Soziallehre (Kirche und Gesellschaft 436), hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach. Köln: J. P. Bachem.

Leif, Thomas; Gensing, Patrick (23.01.2017): Provokation statt Problemlösung. AfD-Strategiepapier, online unter <https://www.tagesschau.de/inland/afd-strategiepapier-101.html>, abgerufen 15.03.2017.

Lewandowsky, Marcel (2016): Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus. In: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, 39–51.

Libreria delle donne di Milano (1987/1991): Non credere di avere diritti. Turin: Rosenberg & Sellier (dt. Wie weibliche Freiheit entsteht: eine neue politische Praxis. Mit einem Vorwort von Antje Schrupp. Aus dem Italienischen von Traudel Sattler. Berlin: Orlanda Frauenverlag).

Marschütz, Gerhard (2014): Trojanisches Pferd Gender? In: Schlögl-Flierl, Kerstin; Prüller-Jagenteufel, Gunter (Hg.): Aus Liebe zu Gott – im Dienst an den Menschen, Münster, 431–454.

Marschütz, Gerhard (2017): Schafbrief an den Hirten Andreas: Gender ist nicht des Teufels, online unter <http://www.feinschwarz.net/schafbrief-an-den-hirten-andreas-gender/>, erstellt 07.04.2017/abgerufen 31.05.2017.

Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (4), 541–563.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Suhrkamp Verlag.

Palaver, Wolfgang (2013): Populismus – Gefahr oder hilfreiches Korrektiv für die gegenwärtige Demokratie? In: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 54, 131–154.

Pariser, Eli (2011): The filter bubble. What the Internet is hiding from you. New York, NY: Penguin Press.

Pieper, Morten; Haußner, Stefan; Kaeding, Marcel (2015): Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland im Frühjahr 2014. In: Kaeding, Marcel; Switek, Niko (Hg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 149–160.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt, New York: Campus (Campus »Studium«).

Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (5–6), 3–9.

Radio Vatikan (2015): Papst: Jede Pfarrei soll eine Flüchtlingsfamilie aufnehmen, online unter http://de.radiovaticana.va/news/2015/09/06/papst_jede_pfarrei_soll_fl%C3%BCchtlinge_aufnehmen!/1169957, erstellt 06.09.2015, abgerufen 19.05.2017.

Rohgalf, Jan (2016): Coding Populism? Populismus und Soziale Medien. *theorieblog.de*. Online verfügbar unter <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/05/coding-populism-populismus-und-soziale-medien/>, abgerufen 20.05.2016.

Scharloth, Joachim (2016): Ist die AfD eine populistische Partei? Eine Analyse am Beispiel des Landesverbands Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter <http://www.security-informatics.de/blog/?p=1790>, erstellt 13.03.2016/abgerufen 02.06.2017.

Siebenrock, Roman (2005): Das Recht auf Religionsfreiheit: zur verfassungsrechtlichen Gestalt der Glaubensfreiheit nach „Dignitatis humanae“. In: *Una sancta. Zeitschrift für ökumenische Bewegung* 60, 213–223.

Siri, Jasmin (2016): Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland In: Häusler, Alexander (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, 69–80.

Spieker, Manfred (2016): Gender-Mainstreaming in Deutschland. Konsequenzen für Staat, Gesellschaft und Kirchen. 2. Auflage. Paderborn: Schöningh.

Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: Springer VS, 33–58.

Stapf, Ingrid; Prinzing, Marlis; Filipović, Alexander (2017): Einleitung: Der Journalismus und die Qualität des gesellschaftlichen Diskurses. In: Stapf, Ingrid; Prinzing, Marlis; Filipović, Alexander (Hg.): Gesellschaft ohne Diskurs? Digitaler Wandel und Journalismus aus medienethischer Perspektive. Baden-Baden: Nomos (Kommunikations- und Medienethik, 5), 11–14.

Statistisches Bundesamt (2016): Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr, online unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html>, abgerufen 31.05.2017.

Statistisches Bundesamt (2017): Schwangerschaftsabbrüche nach rechtlicher Begründung, Dauer der Schwangerschaft und vorangegangenen Lebendgeborenen, online unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Schwangerschaftsabbrueche/Tabellen/RechtlicheBegrueundung.html>, abgerufen 31.05.2017.

Strube, Sonja Angelika (2017): Christliche Unterstützer der AfD: Milieus, Schnittmengen, Allianzen. In: Orth, Stefan; Resing, Volker (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?. Freiburg i. Br.: Herder, 58–71.

Sunstein, Cass R. (2009): Republic.com 2.0. Princeton: Princeton University Press.

Tagesspiegel (2017): „Gemütszustand eines total besiegten Volkes.“ Höcke-Rede im Wortlaut, online unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegt-en-volkes/19273518.html>, erstellt 19.01.2017/abgerufen 15.05.2017.

Taggart, Paul (2000): Populism. Buckingham/Philadelphia: Open University Press.

Unger, Simone (2012): Parteien und Politiker in sozialen Netzwerken. Moderne Wahlkampfkommunikation bei der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden, s.l.: Imprint VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vogt, Markus (2015): Ein neues Kapitel der katholischen Soziallehre. Ganzheitliche Ökologie – eine Frage radikal veränderter Lebensstile und Wirtschaftsformen. In: Amosinternational 9 (4), 3–10.

Winter, Sebastian (2016): „Gegen ‚nährischen Individualismus‘ und ‚Sexlust‘“. In: Busch, Charlotte; Gerlein, Martin; Uhlig, Tom David (Hg.): Schiefheilungen: Zeitgenössische Betrachtungen über Antisemitismus. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 219–234.

Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: Hamburger Edition.

ZdK (2012): Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Gemeinsam lernen. Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Bildungswesen, Bonn, online unter: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklarungen/detail/Gemeinsam-lernen-Inklusion-von-Menschen-mit-Behinderung-im-Bildungswesen-200Q/>, erstellt 16.05.2012/abgerufen 31.05.2017.

Zeh, Reimar; Holtz-Bacha, Christina (2015): Internet, Social Media Use and Political Participation in the 2013 Parliamentary Election in Germany. In: Lachapelle, Guy; Maarek, Philippe J. (Hg.): Political parties in the digital age. The impact of new technologies in politics. Berlin: de Gruyter Oldenbourg (De Gruyter Textbook), 43–60.

Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN) (Hg.) (2015): „Ganzheitliche Ökologie“. Diskussionsbeiträge zur Enzyklika Laudato si' von Papst Franziskus. Münster (ZIN Diskussionspapiere, 1), online unter: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fuchs/zin/05publikationen/zin_diskussionspapiere_1_encyklika_laudato_si.pdf erstellt November 2015/abgerufen 01.06.2017.

Die Autorinnen und Autoren

Marianne Heimbach-Steins, Prof. Dr. theol.; Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften, WWU Münster

Alexander Filipović, Prof. Dr. theol.; zem::dg – Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft, Hochschule für Philosophie München

Josef Becker, Mag. Theol.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Sozialwissenschaften, WWU Münster

Maren Behrensen, Ph.D.; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Christliche Sozialwissenschaften, WWU Münster

Theresa Wasserer, Studentische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Medienethik, Hochschule für Philosophie München

Sozialethische Arbeitspapiere des ICS

Bisher erschienen:

Nr.1:

Heimbach-Steins, Marianne/ Enxing, Julia/ Görtz-Meiners, Vanessa/ Krause, Felix/ Riedl, Anna Maria (2015): Voraussetzungen, Ansätze und Schwierigkeiten der Vermittlung von kirchlicher Lehre und christlicher Praxis: eine theologische Stellungnahme zur Außerordentlichen Bischofssynode zur Familie 2014.

Nr.2:

Heimbach-Steins, Marianne (2015): Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik: ethische Prüfsteine.

Nr.3:

Heimbach-Steins, Marianne/ Stockmann, Nils (2015): „Pope for Planet“?: Laudato Si‘ als „dringliche Einladung zum Dialog“ (LS 14) und das weltweite Echo auf die Enzyklika.

Nr.4:

Urselmann, Judith/ Heimbach-Steins, Marianne (2016): Migration und Stadt: eine sozialethische Skizze.

Nr.5:

Heimbach-Steins, Marianne/ Motzigkeit, Denise/ Redemann, Janine/ Frerich, Karolin/ Štica, Petr (2016): Familiäre Diversität und pastorale Unterscheidung. Eine theologisch-ethische Analyse zum nachsynodalen Schreiben Amoris laetitia.

Nr.6:

Bausch, Christiane / Eggers, Nina E. (2017): Zur Frage der Grenzen von Solidarität und Verantwortung in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Nr.7:

Riedl, Anna Maria (2017): Kindeswohl zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sozialethische Sondierungen zu Fragen der Anerkennung und einer Ethik der Verletzlichkeit.